

Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag (Hg.)

Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Strategie und Ideologie

Dokumentation eines Fachgesprächs
der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag am 24. Mai 2006

Herausgeber: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Redaktion: Johannes Lichdi (MdL, Innenpolitischer Sprecher)
Achim Wesjohann (Parlamentarische Beratung),
Christine Schickert

Telefon: 0351/ 493 48 2
Telefax: 0351/ 493 48 09
E-Mail: achim.wesjohann@slt.sachsen.de

Gestaltung: Michael Graudßus
Druck: Ökoprint - www.oekoprint.de

Bezug: **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Fraktion im Sächsischen Landtag
Öffentlichkeitsarbeit
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Telefon: 0351/ 493 48 15
Telefax: 0351/ 493 48 09
E-Mail: publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Schutzgebühr: 10 Euro
ISBN-10: 3-00-020672-8
ISBN-13: 978-3-00-020672-6

Gedruckt mit Ökofarbe auf 100 % Recyclingpapier ResaOffset

Inhalt

Vorwort.....7

Die Thesen..... 11

Johannes Lichdi

Zur Auseinandersetzung der demokratischen Fraktionen
mit der NPD-Fraktion.....15

A: Europa- und Innenpolitik

I. Dossier.....29

Achim Wesjohann

Der „Souveränitätsverlust“ des „Vasallenstaats“ BRD –
Die NPD als verfolgte „nationale Opposition“

II. Kommentar.....57

Michael Minkenberg

Ethnokratie statt Demokratie: Die Delegitimierungsstra-
tegie der NPD

III. Fazit.....67

Achim Wesjohann

Untaugliche Versuche in abenteuerlichen Theorien

B: Geschichtspolitik

I. Dossier.....	73
-----------------	----

Achim Wespjohann

Die Deutschen als Opfer – Strategie zur Relativierung
der nationalsozialistischen Verbrechen

II. Kommentar.....	85
--------------------	----

Michael Kohlstruck

Angepasste Strategie - Zur aktuellen Geschichtspolitik
der NPD

III. Fazit.....	105
-----------------	-----

Achim Wespjohann

Bemühen um Anschlussfähigkeit

C: Sozial- und Ausländerpolitik

I. Dossier.....	111
-----------------	-----

Christine Schickert/ Johannes Lichdi

Globalisierungskritik, Ausländerfeindlichkeit und Sozial-
populismus – Propaganda für die völkisch-rassistische
„Volksgemeinschaft“

II. Kommentar.....	151
--------------------	-----

Helena Flam

Multikulturalismus und Rassismus – Zu den Debatten
der NPD im deutschen Kontext

Björn Carius

Wider die antifaschistische Einheitsfront - die Querfront
der Volkstreuen

III. Fazit.....185

Christine Schickert

Die Schaffung eines imaginären Volkes: Verbindungen
zwischen völkischer Sozialpolitik und Fremden-
feindlichkeit

Die AutorInnen.....189

Vorwort

1. Der Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag im September 2004 hat bundesweit Aufsehen erregt. NPD-Abgeordnete haben mit ihren Auftritten und Provokationen wiederholt Empörung ausgelöst. In der bundesweiten Öffentlichkeit ist aber auch der Eindruck entstanden, als ob die demokratischen Fraktionen der CDU, PDS, SPD, FDP und der GRÜNEN nicht in der Lage seien, auf die Provokationen der NPD angemessen zu reagieren.

Dieser Vorwurf ist nur zum Teil berechtigt: Die demokratischen Fraktionen im Sächsischen Landtag grenzen sich scharf gegen die NPD ab. Im Plenum des Landtags werden durchaus die sachlichen Fehler, der vordergründige Sozialpopulismus und die rechtsextremistische Ideologie in den Anträgen und Reden der NPD-Fraktion thematisiert. Dennoch ist eine tiefer gehende Analyse der Strategie und Ideologie der NPD-Initiativen im Sächsischen Landtag bisher nur sehr begrenzt geleistet worden. Die NPD-Fraktion hat sicher ein anderes intellektuelles Niveau als die berüchtigte DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt von 1998. Es ist aber auch falsch, die NPD-Fraktion zu überschätzen.

2. Wir halten es als Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag für unsere Aufgabe, die Öffentlichkeit über die Initiativen und Aktionen, die Ideologie und Strategie der NPD zu informieren. Wir suchen bewusst die Diskussion mit der Öffentlichkeit, der Wissenschaft und den Initiativen gegen Rechtsextremismus. Ein erster Schritt war die gut besuchte Ver-

anstellung des Workshops zu „Strategie und Ideologie der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag“ vom 24. Mai 2006, dessen Materialien und Ergebnisse wir hier vorlegen.

Wir haben für den Workshop und diese Veröffentlichung bewusst eine das Material ausbreitende und diskursive Form gewählt. In Vorbereitung des Workshops destillierte eine Arbeitsgruppe der bündnisgrünen Fraktion aus der Fülle des Materials Thesen, die aus unserer parlamentarischen Erfahrung wesentliche Aspekte der Strategie und Ideologie der NPD-Fraktion ausmachen.¹ Die Thesen betreffen die Europapolitik, die Geschichtspolitik sowie die Sozial- und Ausländerpolitik der NPD-Fraktion.

Diese Thesen haben wir in Dossiers mit ausführlichen Materialsammlungen begründet. Thesen und Dossiers wurden vorab an die Teilnehmer des Workshops und die Kommentatoren aus der Wissenschaft versandt. Wir stellen das Dossier hier auch in der Hoffnung zur Verfügung, der Öffentlichkeit Material und Hintergründe für ihre Auseinandersetzung in die Hand geben zu können.

Wir haben die Kommentatoren gebeten, dazu ihre Statements abzugeben. Wir sind Herrn Björn Carius und Frau Prof. Dr. Flam von der Uni Leipzig, Herrn Dr. Kohlstruck von der TU Berlin und Herrn Prof. Dr. Minkenberg von der Uni Frank-

¹ Die Arbeitsgruppe der Fraktion hat in Vorbereitung des Workshops sämtliche parlamentarischen Initiativen der NPD-Fraktion seit Einzug in den Landtag bis zum 15. 2. 2006 in einer Datenbank sortiert, einzelne Nachträge reichen bis Mitte Mai 2006. Die Datenbank wird fortgeführt.

furt/ Oder sehr dankbar, dass sie das Material durchgearbeitet und ihre durchaus kritischen Stellungnahmen zu unseren Dossiers nach dem Workshop auch schriftlich zur Verfügung gestellt haben. Schließlich haben wir versucht, die Diskussionen in einem Fazit zusammenzufassen. Die Veröffentlichung wird von einem Vortrag eingeleitet, den der rechtsextremismuspolitische Sprecher der GRÜNEN Fraktion, Johannes Lichdi, zur Einführung gehalten hat.

3. Den einen oder anderen mag es verwundern, dass wir die NPD-Redner so ausführlich zitieren. Wird damit nicht die Verbreitung der rassistischen Ideologie der Neonazis gefördert? Wir halten diesen Einwand nicht für stichhaltig. Es ist zu unser aller Schande leider wahr, dass es 60 Jahre nach der Befreiung Deutschlands und Europas vom verbrecherischen Naziregime wieder relevante Gruppen gibt, die der Naziideologie mehr oder weniger offen anhängen. Dies verschweigen zu wollen, ist einer der Gründe für den Erfolg der NPD. Wir glauben im Gegenteil, dass wir genau hinschauen müssen, wenn die Forderung nach einer Auseinandersetzung mit der NPD ihren Sinn haben soll. Demokratinnen und Demokraten müssen sich diesem unappetitlichen Gebräu aus Populismus in bürgerlicher Verkleidung, hinter dem stets ein militanter und knallharter völkischer Rassismus steht, aussetzen sowie ihn auszuhalten und zu widerlegen lernen. Dies wird nur gelingen, wenn wir nicht bei der Äußerung des Abscheus stehen bleiben, sondern rechtsextremistisches Denken als Versuch wahrnehmen, eine politische Alternative zur freiheitlichen Demokratie aufzubauen. Eine Auseinandersetzung kann dabei nur gelingen, so sind wir überzeugt, wenn die Demokra-

tinnen und Demokraten wieder lernen, sich ihrer eigenen Wertegrundlagen, nämlich der Freiheit und Gleichheit aller Menschen, bewusst zu werden und daraus eine glaubwürdige und erfolgreiche Politik zu entwickeln.

Ich danke Christine Schickert und Achim Wesjohann, die die Hauptlast der inhaltlichen Vorarbeit getragen haben. Danken möchte ich auch Kai Dießner, Carsten Enders und Stefan Schönfelder für ihre Mitarbeit und ihr Mitdenken!

Johannes Lichdi, im Dezember 2006

Die Thesen

These I:

Die NPD-Fraktion versucht die Demokratie durch Instrumentalisierung von EU-Skepsis und Selbststilisierung zur verfolgten Opposition zu delegitimieren.

Die NPD-Fraktion greift in ihrer EU-feindlicher Positionierung („Los von Brüssel“) eine weit verbreitete Europaskepsis auf. Die EU wird als Instrument der Fremdbestimmung und der Aufhebung nationalstaatlicher Souveränität diffamiert. Demokratiedefizite der EU werden zur Aufhebung der Volkssouveränität in Deutschland umgedeutet. So wird suggeriert, dass „die Deutschen“ im Grunde gar nicht demokratisch über sich selbst bestimmen können. Zum anderen deutet die NPD das Vorgehen anderer politischer Kräfte und des Verfassungsschutzes gegen Rechts als ein weiteres Indiz dafür, dass die bundesdeutsche Demokratie ihren Ansprüchen nicht gerecht wird. Die NPD-Fraktion versucht, Mitleids- und Solidarisierungseffekte zu erreichen, indem sie sich zum Opfer von „Machenschaften“ der Mächtigen stilisiert. Damit verbunden ist die Behauptung, die DemokratInnen seien nicht in der Lage, auf die Argumente der NPD etwas inhaltlich zu entgegnen. Die NPD behauptet, dass ein echter Pluralismus nicht gegeben ist, was anhand der angeblichen Verfolgung der nationalen Opposition „nachgewiesen“ werden soll. So wird suggeriert, dass die Prinzipien der Parlamentarischen Demokratie und der pluralistischen Gesellschaft gar nicht kohärent und somit reif für ihr Ende seien. Außerdem kommuniziert die NPD-Fraktion in die militante Szene hinein, dass auch sie von Repression betroffen ist, und versucht sich so Sympathien zu erhalten, die teilweise wegen einer unterstellten „Systemnähe“ der NPD gefährdet sind.

These II:

Die NPD-Fraktion nutzt den Landtag als Bühne zur geschichtspolitischen Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, indem sie die Deutschen schon vor 1933 und andauernd nach 1945 in der Opferrolle sieht.

Die NPD-Fraktion knüpft bewusst nicht an die Leugnung der Shoah an, sondern versucht den Blick auf die deutsche Geschichte durch Relativierung zu manipulieren. Die nationalsozialistischen Verbrechen werden nicht geleugnet, aber das Erinnern daran wird als „Schuldskult“ oder ähnliches diffamiert. Hintergrund dieser Diffamierungen ist die These, dass das Selbstbewusstsein des deutschen Volkes im Sinne der Fremdbestimmung gebrochen werden soll. Die NPD-Fraktion versucht Deutschland und die Deutschen zu Opfern des Zweiten Weltkriegs zu stilisieren, um indirekt die Einzigartigkeit der Shoah zu leugnen. Grundlegend ist die Behauptung, dass die Bombardierung deutscher Städte und die massenhaften Vertreibungen von Deutschen bereits Jahrzehnte vor dem Zweiten Weltkrieg geplant worden seien. Der nationalsozialistische Angriffskrieg wird so zum Abwehrkampf umgedeutet.

These III:

Die NPD-Fraktion versucht Globalisierungskritik, Ausländerfeindlichkeit und Sozialpopulismus zu nutzen, um für ihre völkisch-rassistische Idee einer „Volksgemeinschaft“ zu werben.

Die NPD-Fraktion verbindet Globalisierungskritik, Ausländerfeindlichkeit und Sozialpopulismus zu einer völkischen Position: Sie läßt Globalisierungskritik nationalistisch auf und verbindet soziale Themen mit der „nationalen Frage“. Die NPD-Fraktion stellt Deutschland als Opfer transnationaler Mächte dar. Damit verbunden ist ein dezidiertes Antiamerikanis-

mus, der antisemitisch konnotiert ist. Die NPD-Fraktion malt ein Szenario der Überfremdung und der Bevorteilung von AusländerInnen, wobei sie mit groben Verfälschungen der Wahrheit arbeitet. Reale Konflikte in europäischen Gegenden mit hohen Ausländeranteilen werden als Drohkulissen für Sachsen aufgebaut. Die NPD-Fraktion behauptet, dass gezielte Ghettobildungen geplant seien. Da sie bei dieser Thematik in besonderem Maße Stimmungen ausnutzen will, bemüht sie sich hier um besonders große Öffentlichkeitswirksamkeit. Die NPD-Fraktion versucht zu suggerieren, dass das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern prinzipiell unmöglich sei, und dass eine gesellschaftliche (nationale) Homogenität gezielt zerstört werde. Die Globalisierung wird in Verbindung mit der Zuwanderung von Ausländern als Bedrohung deutscher Kultur und Identität dargestellt. „Multikulti“ gilt der NPD als Instrument der Entwurzelung der Deutschen, das sie steuerbar im Sinne kapitalistischer Interessen machen soll. Die NPD-Fraktion versucht, sozialpolitische Themen völkisch zu interpretieren. Sie betont, dass sie soziale Leistungen „für Deutsche“ (sprich: nur für Deutsche) verlangt. Insbesondere versucht die NPD-Fraktion angesichts des demografischen Wandels eine nationale Bevölkerungspolitik zu propagieren, indem sie Leistungen wie ein „Müttergeld“ oder eine „Kinderrente“ für Deutsche fordert. Sozialpolitik ist für die NPD-Fraktion ein Mittel völkischer Bestandserhaltung.

Johannes Lichdi

Zur Auseinandersetzung der demokratischen Fraktionen mit der NPD-Fraktion

1. Ein kurzer Abriss der Geschichte der NPD-Fraktion im Landtag

Zur Einführung möchte ich die Hauptereignisse der bisher anderthalbjährigen Zugehörigkeit der NPD im Sächsischen Landtag in Erinnerung rufen.¹

a) Zwei Stimmen zuviel

Nach dem Schock des Wahlerfolgs mit 9,2 % der Zweitstimmen oder 191.000 Wählerinnen und Wählern kam es im November 2004 zu einem weiteren Paukenschlag, der bis heute das Bild der NPD-Fraktion und das der demokratischen Parteien im Landtag maßgeblich prägt: Der Kandidat der NPD für das Amt des Ministerpräsidenten, Uwe Leichsenring, erhielt zwei Stimmen mehr als seine Fraktion hatte. Dies bedeutet, dass zwei Mitglieder anderer Fraktionen Leichsenring gewählt haben mussten. Während die CDU streute, dass die Stimmen aus dem PDS-Lager stammten, vermuteten die anderen Fraktionen die Abweichler in der CDU-Fraktion.

Der Verdacht musste auf die CDU-Fraktion fallen, denn hatte nicht die CDU bis zur Landtagswahl die Verwurzelung der Rechtsextremisten in Sachsen offensiv verharmlost? Für diese

¹ Die Vortragsform wurde beibehalten. Nachträglich wurden Fußnoten angefügt.

Blindheit steht das schlimme Wort des Ministerpräsidenten Biedenkopf, die Sachsen seien "immun" gegen die Rechtsextremisten. Viele CDU-Vertreter erkannten Gefahren für die Demokratie lieber in der anhaltenden Zustimmung zur PDS, als in der anwachsenden Verwurzelung der NPD in manchen sächsischen Regionen. Und schließlich hatte Spitzenkandidat Milbradt nach dem Verlust von mehr als 15% der Stimmen bei der Landtagswahl Partei und Fraktion offensichtlich nicht uneingeschränkt hinter sich.

b) Erklärung der Fraktionen vom Januar 2005

Anfang Januar 2005 kam es zu einer Erklärung der Fraktionschefs der CDU, PDS, SPD, FDP und der GRÜNEN, in der sie erklärten, die Abweichler "bei zweifelsfreier Identifikation" aus ihren Fraktionen zu werfen. Bis heute ist aber unbekannt geblieben, welche zwei Abgeordnete für Leichsenring gestimmt hatten. Dennoch markiert die Erklärung einen Wendepunkt in der Auseinandersetzung der anderen Fraktionen mit der NPD. Seither kommt es zu verlässlichen Absprachen für das Plenum.

Die Absprachen sind von dem gemeinsamen Willen getragen, den Abstand zwischen der verfassungsfeindlichen NPD und den demokratischen Fraktionen deutlich zu markieren. Daher können Anträge der NPD nicht so wie Anträge anderer Fraktionen behandelt werden, als zielten sie darauf ab, die Lebensverhältnisse in Sachsen auf dem Boden der Sächsischen Verfassung und des Grundgesetzes zu verbessern. Daher dürfen wir der NPD nicht den Erfolg lassen, deren Themensetzungen durch normale Behandlung zu akzeptieren.

Zugleich darf aber auch nicht der Eindruck entstehen, als scheuten die Demokratinnen und Demokraten die inhaltliche Auseinandersetzung oder seien dazu intellektuell nicht in der Lage – wie des Öfteren in den Medien gemutmaßt wurde. In der parlamentarischen Praxis führt dies dazu, dass in der Regel nur je ein Vertreter der Koalition und ein Vertreter der Opposition zu den Anträgen der NPD sprechen.

Es ist mir wichtig festzuhalten, dass diese Erklärung aller Fraktionen vor dem Eklat vom 21. Januar 2005 abgegeben wurde, als Jürgen Gansel in bewusster Provokation die alliierten Luftangriffe vom 13. und 14. Februar 1945 auf Dresden als "Bomben-Holocaust" bezeichnete.

Diese Gansel-Rede markiert aber einen weiteren Wendepunkt in der Auseinandersetzung mit der NPD. Zwar erscheint es kaum glaublich – aber viele Mitglieder der CDU-Fraktion scheinen erst damals verstanden zu haben, dass die NPD tatsächlich neonationalsozialistische Positionen vertritt und nicht nur etwas patriotischer und nationaler gesonnen ist, als man selbst für sich in Anspruch nimmt.

In der Folgezeit kam es mehrfach zu deutlichen, überzeugenden und inhaltlich begründeten Distanzierungen aller Fraktionen. Leider hat dies nicht mehr die Aufmerksamkeit der Medien gefunden.

c) Neo-Nationalsozialismus der NPD

Ich habe die NPD "Neo-Nationalsozialisten" genannt. Dies ist richtig, aber unzureichend. Wie komme ich dazu?

Ich habe mir erlaubt, im Plenum durch Zwischenfragen nachzufragen, ob die NPD-Fraktion bereit sei, sich von Ideologie und Verbrechen der Nazis zu distanzieren. Die NPD-Fraktion ist nicht bereit, sich zu distanzieren. In der Regel verweist sie darauf, dass die NPD erst 1964 gegründet worden sei.

Die bewusste Offenhaltung des NS als politische Alternative dürfte aber der wahre Grund sein, weshalb sie das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus, der Shoah und des Vernichtungskriegs wie übrigens auch der deutschen Opfer des Bombenkriegs verweigert. Die NPD hat bisher die Teilnahme an allen Gedenkstunden des Landtags – etwa zum Tag der Befreiung am 8. Mai oder dem Holocaust-Gedenktag am 27. Januar – verweigert.

Die NPD-Fraktion verfolgt offenbar die Linie, sich nicht offensiv zur Ideologie des "Dritten Reichs" zu bekennen, diese aber auch nicht ausdrücklich abzulehnen. So beziehen sich Winfried Petzold und Gitta Schüssler schon mal positiv auf "bevölkerungspolitische Maßnahmen" der "Reichsregierung" von 1934. Und Uwe Leichsenring möchte gerne wieder "Sonderzüge" fahren lassen.²

² Anspielung auf die Äußerung des NPD-Abgeordneten im Mai 2006, der in einer Debatte verlangt hatte, dass linksextremistische Gewalttäter mit „Sonderzügen“ zur Bundesanwaltschaft nach Karlsruhe gefahren werden sollten. Darauf rief der Vorsitzende der PDS-Fraktion dazwischen: „Es gab schon mal Sonderzüge – mit Zügen kennt ihr euch ja aus.“ Darauf antwortete Leichsenring: „Ja, ja, manchmal wünscht man sie sich wieder, wenn ich manche so sehe“ Siehe Plenarprotokoll 4/ 49 S. 3907.

Tatsächlich versucht der Chefideologe Jürgen Gansel die gesamte politische Gedankenwelt des rechtsautoritären, nationalistischen bis nationalsozialistische Denkens vor 1945 sowie die Aktualisierungen der so genannten "Neuen Rechten" zu integrieren. Mit dieser Strategie sollen die gesellschaftlichen Tabus, die einer offenen Unterstützung der Politik der NSDAP entgegenstehen, umgangen und dann aufgeweicht werden.

d) Die NPD-Fraktion – ein monolithischer Block ?

Eine neue Phase wurde durch den Austritt von Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön aus der NPD-Fraktion kurz vor Weihnachten 2005 erreicht. Mittlerweile ist bekannt geworden, dass Schmidt und später Baier seit dem Sommer 2005 Kontakt zum Landesamt für Verfassungsschutz gesucht haben. Das Landesamt hat mehrere Gespräche mit beiden geführt. Die NPD-Fraktion hat versucht, die Austritte und Gespräche als gezielte Strategie des Verfassungsschutzes zur Zerschlagung der NPD darzustellen. Innenminister Buttolo hat dagegen im Landtag erklärt, dass beide weder vor ihrem Einzug in den Landtag noch danach als Spitzel für den Verfassungsschutz gearbeitet und dass sie kein Geld vom Verfassungsschutz erhalten hätten. Ich habe keine Anhaltspunkte dafür, an dieser Darstellung zu zweifeln.³

Die Austritte hatten für die Fraktion einschneidende Folgen: Sie verlor den Vorsitz im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft und ist in jedem Ausschuss nur noch mit einem statt bisher zwei

³ Die GRÜNE Fraktion ist im Parlamentarischen Kontrollgremium für den Geheimdienst nicht vertreten.

Sitzen vertreten. Entsprechend der verringerten Fraktionsstärke sanken die staatlichen Geldzuweisungen.

Die politische Deutung der Austritte ist für mich nicht abgeschlossen. Die Austritte der drei zeigen jedenfalls: es war falsch, die NPD-Fraktion für einen monolithischen Block zu halten. Es ist wohl kein Zufall, dass die Ausgetretenen gebürtige Ostdeutsche mit starker lokaler Verankerung waren, die die pseudointellektuellen Gedankenspiele der Westkader um Apfel, Marx und Gansel ihrem Umfeld in Annaberg-Buchholz, Meißen oder Leipzig wohl kaum vermitteln wollten und konnten. Gleichwohl war vorher nicht erkennbar, dass einer der drei die Politik der NPD nicht mitgetragen hätte. Schließlich ist für mich noch keineswegs erkennbar, dass sich die drei von rechtsextremistischen Positionen losgesagt hätten.

2. Fragestellungen

a) *"Ekelhaft, aber intelligent"?*

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Prof. Cornelius Weiss, hat die NPD "auf ekelhafte Weise intelligent" genannt. Dieser Ausdruck wird viel zitiert und bestimmt mittlerweile, so scheint mir, die veröffentlichte Wahrnehmung zur NPD-Fraktion. Ich bedauere dies sehr. Dieser Workshop hat auch das Ziel diese Sichtweise zu korrigieren.

Ich bestreite nicht, dass die Ansichten der NPD-Fraktion Ekel erregend sind. Ich bestreite auch nicht, dass die Mitglieder der NPD-Fraktion intelligenter sind als die DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt von 1998. Ich glaube aber, dass man der NPD-Fraktion zuviel Ehre zugesteht, wenn man sie für "intelligent"

erklärt. Dies erweckt den Eindruck, als ob die NPD ein ernstzunehmendes fachliches Politikangebot hätte. Weiterhin sieht es so aus, als ob die anderen Fraktionen der NPD fachlich nicht gewachsen wären. Beides ist nicht der Fall.

Genau dies transparent zu machen, ist auch ein Ziel dieses Workshops. Der Workshop bearbeitet die Strategie und Ideologie der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag. Ich möchte die Schwerpunktsetzung nur auf die NPD-Fraktion sowie deren Strategie und Ideologie begründen.

b) NPD-Fraktion und rechtsextremistische Szene

Die Beschränkung auf die NPD-Fraktion bedeutet, dass nicht der gesamte Rechtsextremismus in Sachsen Gegenstand ist, also weder die Kameradschaftsszene, die sog. "Freien Kräfte" oder die Lage in den Regionen des Landes. Dennoch ist eine zentrale Frage zur Wirksamkeit der NPD-Fraktion, ob die Geld und Personalmittel der NPD-Fraktion die Naziszene lokal vor Ort stärken und damit Lebensmöglichkeiten für Andersdenkende und Ausgegrenzte verschlechtern. Diesen Fragen wollen wir in einem späteren Workshop nachgehen.

Ich halte es für wichtig, den Blick zunächst auf die NPD-Fraktion zu richten. Immerhin soll das Parlament nach der Verfassung der Hauptort der politischen Auseinandersetzung sein. Aber auch wenn nur wenige Bürgerinnen und Bürger das Geschehen im Landtag verfolgen sollten, ist das Auftreten im Landtag doch mitentscheidend für das öffentliche Ansehen und die Wahrnehmung der Nazis im Land insgesamt. Dies beweisen die

Skandale und Eklats, die die NPD-Fraktion bisher ausgelöst hat und deren Medienecho der NPD sicher geschadet haben.

c) Protestwahl?

Oberstes Ziel unserer Auseinandersetzung muss es natürlich sein, den Wiedereinzug der NPD in den Landtag zu verhindern und die rechtsextremistischen Milieus in Sachsen auszutrocknen. Eine Beschäftigung mit der Ideologie der NPD erscheint für dieses Ziel aber nur dann erforderlich, wenn gerade diese Ideologie viele Wählerinnen und Wähler zu einer Wahlentscheidung für die NPD veranlasst haben sollten. Genau dies ist aber höchst umstritten!

Der frühere Innenminister de Maizière hat vor einem Jahr in einer Rede an der TU Dresden die Meinung vertreten, dass die NPD gewählt wurde, weil sie ihre wahren extremistischen Ziele versteckt habe. Das ist die Protestwahlthese, die ich im Grundsatz für falsch halte, weil sie die langjährige Abfolge der Wahlergebnisse in Sachsen missachtet. Ich halte die Protestwahlthese aber auch für gefährlich, weil sie die fortgeschrittene Verankerung rechtsextremistischen Denkens bzw. rechtsextremistischer Milieus verharmlost.

Meiner Ansicht nach können allenfalls 3 bis 4 % der Wählerstimmen der Landtagswahl für die NPD der populistischen Erregung über Hartz IV zugeschrieben werden. Denn die Ergebnisse der Wahlen in Sachsen seit 1999 zeigen, dass rechtsextremistische Parteien schon seit damals über 5 % liegen. Im Januar 2005 lag die NPD bei EMNID immer noch bei 9 %. Seit dem Sommer 2005 liegt sie in den Umfragen wieder bei 5 %. Diese

Marke wurde bei der Bundestagswahl im September 2005 bestätigt. Daher liegt das langjährige Wählerpotenzial offenbar bei über 5 %, während die 9,2 % der Landtagswahl 2004 den Ausschlag des Pendels nach oben anzeigen.

Gerade weil ich die These, dass die Wählerinnen und Wähler die NPD nur aus "Protest" gegen Hartz IV gewählt hätten, nicht teile, muss es das Ziel der demokratischen Akteure sein, die rechtsextremistische Ideologie der NPD herauszuarbeiten. Dies hat zwei Gründe: Einmal könnten die 3 bis 4 % der Wählerinnen und Wähler, die über dem langjährigen Mittel der Zustimmung von etwa 5 % liegen, damit möglicherweise von der Wiederwahl der NPD abgehalten werden. Zum anderen könnten damit naive Fehlvorstellungen bei Anhängern demokratischer Parteien ausgehoben werden. Und zum dritten ist die ideologische Auseinandersetzung zwischen Demokraten und Neonazis die Kerndebatte in der Zurückdrängung der Neonazis.

3. Zur rechtsextremistischen Ideologie der Fraktion

a) Definition

Nun also zur Ideologie der NPD-Fraktion: Oben habe ich bereits Anhaltspunkte für die ideologische Anknüpfung an die Politik des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 gegeben. Wenn wir die parlamentarischen Initiativen der NPD-Fraktion auf ihren ideologisch rechtsextremistischen Gehalt abklopfen wollen, dann ist "Rechtsextremismus" zu definieren.

Zunächst ist festzustellen, dass Rechtsextremismus keine einheitliche Ideologie ist, sondern sich aus mehreren Versatzstücken oder Gedankenmotiven mit je unterschiedlichem Gewicht zu-

sammensetzt. Mir leuchtet die Definition ein, die eine Experten-
gruppe zum Zwecke der sozialwissenschaftlichen Erhebung
rechtsextremistischer Einstellungen in der Bevölkerung erarbei-
tet hat – Zitat:

*"Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes
Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich
im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen,
chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtferti-
gung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet
durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellun-
gen."*⁴

Befragungen nach diesem Raster ergaben 2003 für Sachsen ein
rechtsextremistisches Einstellungspotenzial von 26 %! Im Ost-
durchschnitt waren es 23 % im Westdurchschnitt 16 %. Sachsen
lag damit bundesweit nach Mecklenburg-Vorpommern auf dem
zweiten Platz! Nach der EMNID-Umfrage vom Januar 2005
können sich 15 % vorstellen, NPD zu wählen, tröstlicherweise
77 % aber auf gar keinen Fall.

*b) Rechtsextremistische Einstellungen in den Initiativen der NPD-Frak-
tion*

Will man also den rechtsextremistischen Charakter der NPD-
Fraktion analysieren, wäre unsere Untersuchungsfrage so zu
formulieren:

⁴ Oliver Decker / Elmar Brähler, Rechtsextreme Einstellungen in Deutsch-
land, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42/2005, S. 8-17, Zitat: S. 11.

"Zeigen sich in den parlamentarischen Initiativen der NPD-Fraktion Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die sich in der Befürwortung einer Diktatur, Chauvinismus und Rechtfertigung des Nationalsozialismus zeigen? Geben die Initiativen der NPD-Fraktion antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Vorstellungen zu erkennen?"

Diese Elemente lassen sich nach unserer Durchsicht und Analyse durchaus in den Initiativen der Fraktion nachweisen. In der Kampagne der NPD-Fraktion gegen EU-Verfassung, Osterweiterung und Türkeibeitritt tritt die fremdenfeindliche, und im Kern völkisch-rassistische Einstellung ans Licht. Der erste Abschnitt zu den Versuchen zur Delegitimierung der Demokratie wird sich damit beschäftigen.

Die Verharmlosung des Nationalsozialismus wird schon im "Bomben-Holocaust"-Eklat überdeutlich. Der Abschnitt Geschichtspolitik wird dies zum Gegenstand machen.

Die völkisch-rassistische Motivation tritt bei dem Bemühen um eine – so wörtlich – "Bestandserhaltung" des deutschen Volkes und zur Vermeidung eines – wörtlich – "Bevölkerungszusammenbruchs" bis 2020 ans Licht. Der Abschnitt zur Sozial und Familienpolitik der NPD wird dies behandeln.

4. Zur Strategie der NPD-Fraktion

Nach unserem Eindruck hat die NPD-Fraktion die Gedenktage des Jahres 2005 zur Propagierung ihres geschichtsrevisionistischen Weltbildes genutzt. In der Kritik an der EU glaubt sie den Hebel erkannt zu haben, mit dem Fremdenfeindlichkeit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes instrumentalisiert wer-

den können, um die Menschen für eine Loslösung Deutschlands aus seinen internationalen Bindungen zu gewinnen. Nach der externen und wohl auch internen Kritik an diesen Schwerpunktsetzungen, versucht die Fraktion, nun über sozialpopulistische Vorschläge wieder Boden gut zu machen. Gerade diese sind aber ein gutes Beispiel über das Verhältnis zwischen der Anknüpfung an laufende gesellschaftliche Debatten, anerkannte politische Positionen und ihrer Instrumentalisierung und Umdeutung im völkisch-rassistischen Sinne.

Auffällig ist, dass sich die Fraktion auch um Camouflage ihrer rechtsextremistischen Gesinnung bemüht. Anerkannte sachpolitische Ziele wie Familienförderung, Armutsverhinderung oder Sicherung der Sozialsysteme werden als Begründungsstränge mitgeführt – aber nur sekundär. Das öffentliche Erscheinungsbild soll geglättet werden.

So darf nicht nur der bekennende Nationalsozialist Menzel nicht im Plenum reden. Auch Jürgen Gansel bemüht sich um Auslassung seiner offen antisemitischen Töne, die er sonst in Artikeln und Papieren zu erkennen gibt. Überhaupt wird das rechtsextremistische Weltbild am klarsten und aggressivsten gegen die demokratischen Grundwerte der Freiheit und Gleichheit aller Menschen in einem Papier zur Gründung der "Dresdner Schule" formuliert, das Karl Richter verfasst hat. Hier werden die Ungleichwertigkeitsvorstellungen am klarsten formuliert und hier werden das "egalitäre Menschenbild" und die Menschenrechte

ausdrücklich unter Berufung auf die genetische Identität der Menschen abgelehnt!⁵

Wenn ich zum Schluss eine vorläufige These wagen darf: Es zeichnet sich ab, dass die Kriterien der Expertengruppe für Rechtsextremismus die Initiativen der NPD-Fraktion nicht vollständig erfassen. Das eigentliche Ziel der Politik der NPD, die Wiederherstellung der biologisch homogenen "Volksgemeinschaft" kommt mit diesen Kriterien kaum in den Blick. Genau dieses Versprechen scheint mir aber in der Lage zu sein, Zustimmung zum rechtsextremistischen Weltbild zu mobilisieren.

Nachtrag Oktober 2006: Ende August 2006 kam der parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Uwe Leichsenring, bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Nachgerückt ist für ihn René Despang aus Dresden. Der Tod Leichsenrings ist für die NPD eine massive Schwächung, deren Bedeutung sicherlich über den Austritt von Schmidt, Schön und Baier hinausgeht.

Nachtrag Dezember 2006: Mittlerweile ist der bekennende Hitler-Verehrer Klaus-Jürgen Menzel – angeblich wegen seines Finanzgebarens – aus der NPD-Fraktion ausgeschlossen worden.

⁵ Das Papier „Zur Diskussion: Die ‚Dresdner Schule‘ – Anspruch – Inhalte – Strukturen“ wurde von Karl Richter gezeichnet und am 3. Mai 2005 zur Vorstellung der „Dresdner Schule“ zusammen mit der „Erklärung des Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel zu Wesen und Wollen der ‚Dresdner Schule‘ – Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation“ (abgedruckt in: „Deutsche Stimme“, Juni 2005) auf einer Pressekonferenz der Fraktion ausgegeben.

Offenbar war Menzel nicht mehr steuerbar. Der Mandatsverzicht von Matthias Paul infolge eines Kinderpornographie-Verdachts bedeutet für die NPD den Verlust eines begabten Nachwuchskaders. Menzel behält sein Mandat, während für Paul der Zwickauer Peter Klose nachgerückt ist. Damit hat sich die NPD-Landesliste erschöpft, d. h. weitere personelle Ausfälle können nicht mehr ausgeglichen werden.

A: Europa- und Innenpolitik

I. Dossier

Achim Wesjohann

Der „Souveränitätsverlust“ des „Vasallenstaats“ BRD – Die NPD als verfolgte „nationale Opposition“

Europapolitische Themen spielen eine große Rolle in der Öffentlichkeitsarbeit der NPD-Fraktion. Auf ihrer Homepage bietet die Fraktion eine Übersichtsseite unter dem Motto „*Europa der Völker statt Europa der Bürokraten*“ an (die allerdings seit Juni 2005 nicht mehr aktualisiert worden ist).¹ Eine der 2005 von der Fraktion herausgegebenen DVDs, auf denen Mitschnitte von Plenarbeiträgen der NPD-Abgeordneten wiedergegeben werden, ist komplett der Europapolitik gewidmet. Europapolitische Themen finden sich in allen Ausgaben der Fraktionszeitung „*Klartext*“.²

¹ http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_fraktion/2005.

² Ausgabe 1: Hintergrund zur Großen Anfrage der NPD zur Föderalismusreform (siehe unten); Ausgabe 2: Rettung des Unternehmens ERBA LAUTEX (gegen Beihilfe-Rückzahlungsforderungen der EU-Kommission) / Holger-Apfel-Interview gegen EU-Verfassung; Ausgabe 3: Jugendpolitische Projektwoche „*Europa der Völker contra Europa der Bürokraten*“; Ausgabe 4: Aktuelle Debatte „*Los von Brüssel*“; Ausgabe 5: Expertenanhörung zur EU-Verfassung im Sächsischen Landtag; Ausgabe 6: Millionenrückforderungen der EU an sächsische Gärtnereien [das Thema „Souveränität“ wird in dieser Ausgabe außerdem mit einem Artikel „*Stoppt den Foltertourismus*“. NPD thematisiert Verletzung deutscher Souveränitätsrechte durch die CIA behan-

1. Angebliche Risiken der EU-Erweiterung

Natürlich ist die Ablehnung des EU-Beitritts Rumäniens, Bulgariens und insbesondere der der Türkei eine erwartbare Position. Im Juli 2005 stellte die NPD-Fraktion den Antrag *Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei; Informationen zum Verhandlungsstand; Erneuerung von Mitwirkungs- und Einflussmöglichkeiten der Staatsregierung* (Drs 4/2484). Dem Titel gemäß beinhaltet der Antrag nur den Auftrag, Informationen zu übermitteln und Prüfungen anzustellen. Laut Antrag solle die Staatsregierung auch zu erwartende Zuschüsse an die Türkei und Zuwandererzahlen „schätzen“ und die Akzeptanz des Beitritts prüfen. Erst in der Begründung wird gesagt, dass der Beitritt verhindert werden müsse.

In der Debatte zum Antrag am 14. 7. 2005 brachte Holger Apfel noch ganz andere Aspekte ins Spiel:

„Sie könnten sich (...) als Hilfskräfte der USA bloß stellen, die seit langem die EU zu einer Aufnahme der Türkei drängen. Die Nato wäre dann noch effektiver die Aufpassermacht über die EU und die Kriegsfront gegen die arabischen Staaten wäre wieder geschlossen.

Es liegt auf der Hand, dass vor allem die USA ein Interesse an einem möglichst raschen EU-Beitritt der Türkei haben. Den US-Strategen ist bewusst, dass die millionenfache Zuwanderung von Türken in Europa zu

delt]; Ausgabe 7 (2006): Ablehnung des EU-Beitritts Rumäniens und Bulgariens; „Dienstleistungsrichtlinie schadet deutschen Standards“; Sonderausgabe (anlässlich des einjährigen Bestehens der Fraktion): „Nein zum EU-Beitritt der Türkei“ [die Sonderausgabe gibt es in zwei Versionen, da die ältere Ausgabe, auf deren Titelbild noch die späteren „Abweichler“ zu sehen sind, ersetzt wurde – inhaltlich sind die beiden Versionen deckungsgleich].

wirtschaftlichen Krisen, zum Zusammenbruch der Sozialsysteme und zu ethnischen Konflikten führen würde. Mit einem Beitritt der Türkei würde der Kurdenkonflikt europäisiert, Pulverfässer des Nahen Ostens, Kaukasiens und Mittelasiens noch stärker nach Europa verlagert.

Europa soll destabilisiert werden, damit es handlungsunfähig wird, denn alles, was Europa schwächt, stärkt die Weltherrschaftsbestrebungen der USA!

Ein weiterer Grund liegt für die USA natürlich darin begründet, dass sich auf türkischem Territorium wichtige US-Stützpunkte im Nahen und Mittleren Osten befinden. Und so scheint die Aufnahme der Türkei allein schon deshalb beschlossene Sache der US-Strategen und ihrer willfährigen Handlanger in Europa zu sein, damit sich die USA der strategisch günstigen Lage der Türkei für ihre Ansprüche auf Erdöl gewiss sein können. Im Gegenzug würde die Mitgliedschaft dem bettelarmen Land den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt und zu den Brüsseler Subventionen sichern.

Millionen Türken strebten in die BRD und ließen sich dauerhaft nieder. Für die meisten Türken eine grandiose Perspektive, für die Amerikaner nichts als skrupellose Berechnung, die sie nichts kostet.“

Im Februar 2006 stellte die NPD-Fraktion den Antrag, die Staatsregierung solle im Bundesrat gegen den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum 1. Januar 2007 stimmen mit der Begründung, dass diese nicht die von der EU-Kommission aufgestellten Beitrittskriterien erfüllten (Drucksache 4/ 4203). Die Debatte dazu am 16. März nutzte Holger Apfel zum Rundumschlag gegen die europäische Integration. Es fällt bei den europapolitischen Anträgen der NPD auf, dass diese mit moderaten Formulierungen begründet sein können, während die dazugehö-

rigen Debattenbeiträge sehr viel schärfer ausfallen. Während der Antrag selbst lediglich eine Verschiebung der Beitritte beinhaltet, die sich bei Nichterfüllung der Kriterien automatisch ergeben würde, sprach Apfel in seiner Rede von „EU-Fanatikern“, einer undemokratischen Entscheidung „von oben herab“, malte er das Szenario einer „Masseneinwanderung von Ausländern“ und machte „die Deutschen“ als „Hauptleidtragende“ der Beitritte aus, weil sie Nettozahler seien. Er prognostizierte ein „gnadenloses Lohndumping auf dem Rücken der sozial Schwächsten“ und behauptet, dass „70% der 20 bis 40jährigen Rumänen“ nach dem Beitritt auswandern wollen. Bulgarien gelte als „Drehscheibe für Geldfälschung, Drogen und Frauenhändler“. In seinem Schlusswort ergänzte er:

„(...) natürlich mache ich überhaupt keinen Hehl daraus, dass sich die NPD für einen Austritt aus der Europäischen Union stark macht, damit Deutschland endlich wieder seine Kompetenz und Souveränitätsrechte erhält.“

Im Zusammenhang mit der Schürung von Ängsten gegenüber neuen EU-Beitritten steht die negative Wertung der 2004 erfolgten EU-Erweiterung. Mit der Aktuellen Debatte „Grenzen dicht für Lohndrücker“ auf der 17. Sitzung am 18. 5. 2005 nahm die NPD ein Wahlkampfthema von 2004 wieder auf. In seiner Rede bezog sich Holger Apfel dabei positiv auf Einsprüche des damaligen Innenministers Thomas de Maizière gegen das Ziel der EU-Kommission, den freien Grenzverkehr zu Tschechien und Polen im Jahr 2007 zuzulassen. Die angeblich zu erwartenden „katastrophalen Folgen der Osterweiterung“ musste Apfel aber mit Bezug auf die noch nicht beschlossene EU-Dienstleistungsrichtlinie in die Zukunft projizieren:

„Die Verlautbarungen von Schröder, Chirac und Claude Juncker, dass die Richtlinie so überarbeitet werde, dass es kein Sozialdumping gäbe, sind daher nur mit Blick auf das französische Referendum am 29. Mai zu sehen. Nach einem erfolgreichen Referendum wird die Richtlinie in ihrem Ursprung europaweit durchgesetzt werden. Dies, meine Damen und Herren, wird insbesondere in den Grenzländern wie Sachsen katastrophale arbeitsmarktpolitische und soziale Folgen haben.

Es kann sich jeder ausmalen, dass Mitteldeuschland³ mit seiner langen Grenze zu den osteuropäischen EU-Neumitgliedern das größte Opfer bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie sein wird. Lobndumping, massive illegale Beschäftigung und vielfach missbräuchliche Nutzung von Scheinselbstständigkeit werden die Folge sein. Lassen Sie uns endlich einmal an einem Strick ziehen, damit die Verelendungsszenarien wie im Frühkapitalismus nie wieder Wirklichkeit werden!“⁴

Bekanntlich war später weder das französische Referendum zur EU-Verfassung „erfolgreich“, noch wurde die Dienstleistungsrichtlinie unverändert vom Europäischen Parlament angenommen (das Herkunftslandprinzip wurde abgelehnt).

Apfel kommt es in seiner Rede aber vor allem darauf an, einen angeblichen „Zusammenhang zwischen Lobbyismus, EU-Verfassung,

³ Anmerkung des Autors: Die NPD spricht konsequent von „Mitteldeutschland“ und meint damit die ostdeutschen Bundesländer. Damit wird der Anspruch auf die bis 1945 deutschen, heute polnischen Gebiete östlich von Oder und Neiße aufrechterhalten.

⁴ Apfel sah sich im Plenum hämischen Reaktionen ausgesetzt, weil am selben Tag publik wurde, dass die NPD ihre Parteizeitung „Deutsche Stimme“ eine zeitlang in Polen hatte drucken lassen.

Lissabon-Strategie und dem umstrittenen Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie“, der der Öffentlichkeit verborgen bleibe, aufzuzeigen:

„Der an das Sozialstaatsprinzip gebundene Nationalstaat soll durch eine kapitalistische Europäische Union abgelöst werden.“

Hier zeigt sich also der nationalistische Kern der Kapitalismuskritik der NPD und der Versuch, die Europäische Union als Instrument zur Zerstörung des Nationalstaates zu charakterisieren.

Mittels Anfragen hat die NPD-Fraktion vergeblich versucht, aus der EU-Erweiterung von 2004 resultierende negative Folgen feststellen zu lassen: In seiner mündlichen Anfrage vom 11. März 2005 fragte Klaus-Jürgen Menzel, welche Erkenntnisse der Staatsregierung darüber vorlägen, ob und in welcher Weise sich die EU-Osterweiterung auf die Lage der gegenwärtig in der sächsischen Landwirtschaft beschäftigten deutschen Erwerbstätigen auswirke, und darüber, *„welche zusätzlichen Kosten dem Freistaat Sachsen infolge der EU-Osterweiterung bereits entstanden sind und in Zukunft noch entstehen werden, insbesondere durch Schleuseraktivitäten, Aktivitäten im Bereich des organisierten Menschenhandels, der Drogenkriminalität und infolge eines steigenden Abschiebeaufkommens“*. Staatskanzlei-
chef Hermann Winkler antwortete, dass keine entsprechenden Erkenntnisse vorliegen und es auch keine erhöhte Kriminalstatistik gebe.

Jürgen Gansels Kleine Anfrage *Grenzüberschreitende Kriminalität im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung* (Drs. 4/ 1450) erwies sich auch als Schuss in den Ofen, da die Staatsregierung vom Rück-

gang der im Beitrittsjahr in Sachsen erfassten Kriminalität berichten konnte.

Einen Antrag, die Staatsregierung über das insolvenzbedrohte Neugersdorfer Textilunternehmen Neue ERBA Lautex berichten zu lassen (Drs. 4/ 752), verkaufte die NPD-Fraktion als Antrag zur „Rettung“ des Unternehmens, den die „Altparteien“ abgelehnt hätten.⁵ Die NPD versuchte sehr offensiv den Fall öffentlichkeitswirksam auszuschlachten: So wurden Mitarbeiter des Unternehmens auf der Besuchertribüne platziert. Die Fraktion veröffentlichte eine eigene Broschüre zum Thema. Da Rückforderungen der EU-Kommission bei der unglücklichen Geschichte des Unternehmens eine Rolle spielten, nutzte die NPD die Debatte auch, um europafeindliche Positionen zu transportieren: So war in dem Antrag davon die Rede, *„dass die politischen Machthaber der Bundesrepublik Deutschland (...) das Land einem fremden Wirtschaftsregime unterwerfen.“* Außerdem sollte sich die Staatsregierung zur fehlenden demokratischen Legitimation der EU-Kommission und zur *„rigoros fremdgesteuerten Globalisierung“* äußern.

2. Globalisierungskritik

Die NPD-Fraktion greift die (teils linke) Kritik an der Globalisierung auf und versucht sie an die Frage der nationalen Selbstbestimmung bzw. der völkischen Identität zu knüpfen. So sagte Holger Apfel in der Debatte zu einem PDS-Antrag „Sachseninitiative für Mindestlöhne“ am 19. Mai 2005:

⁵ Pressemitteilung vom 11. 3. 2005.

„Eine Kapitalismusdebatte zu führen muss heute aber auch heißen, eine Globalisierungsdebatte zu führen. Solange Deutschland als Nationalstaat noch halbwegs selbstbestimmt war, gelang es, auf überschaubaren Märkten den Marktmechanismus durch einen ordnungspolitischen Rahmen sozial funktionsfähig zu erhalten. Mit zunehmendem Verlust der wirtschaftspolitischen Selbstbestimmung aber wurde der Markt immer weniger dem grundgesetzlichen Anspruch gerecht, sozial zu sein. Die Entgrenzung des Heimatmarktes und der damit verbundene globale Verdrängungswettbewerb entkräftet die ordnungspolitischen Instrumente und ihre sozialen Maßnahmen. Glauben Sie es endlich: Globalisierung und soziale Marktwirtschaft schließen einander aus!“

In Abgrenzung zu linken Kräften sieht die NPD die Globalisierung aber als Entwicklung an, die nicht anders gestaltet, sondern aufgehoben werden soll. So erhebt Jürgen Gansel in einem programmatischen Artikel die *„Forderung nach einem völkischen Verteilungs- und Sozialkonsens“*.⁶

Im *„Klartext“* Nr. 7 berichtet die NPD über die Teilnahme von Fraktionsvertretern an den Protesten gegen die Dienstleistungsrichtlinie in Straßburg im Februar 2006. Parlamentarische Initiativen stehen dem – außer einem Antrag vom 31. 3. 2005, die Staatsregierung über den Verhandlungsstand informieren und die Verfassungsmäßigkeit der Richtlinie prüfen zu lassen (Drs. 4/ 1126) – kaum gegenüber. Im Antrag wird auf nationalistische Polemik verzichtet, und Uwe Leichsenring trat in der Debatte

⁶ *Die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft. Über die Gleichzeitigkeit von De-Nationalisierung und Re-Nationalisierung im Globalisierungszeitalter*, in: *„Deutsche Stimme“*, Dezember 2005.

zum Antrag am 22. 4. 2005 auch entsprechend gemäßigt auf.⁷ Indessen fällt auf, dass auch mittels dieses Antrages die mangelnde demokratische Legitimierung der EU-Politik thematisiert wurde.⁸

3. Souveränitätsverlust

a) „*Vasallenstaat*“ BRD

Ihr grundsätzliches Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland darzustellen, ist für die NPD problematisch: Zum einen bemüht sie sich, ihre Verfassungsfeindlichkeit gegenüber einem größeren Publikum zu verbergen, und beruft sich mitunter selbst gerne auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Zum anderen herrscht in ihr die Vorstellung vor, dass die „BRD“ ein von den Siegermächten fremdbestimmter Staat sei, den es zu überwinden gelte. Das ist zwar nicht in aller Deutlichkeit im Parteiprogramm bzw. im Aktionsprogramm der NPD nachzulesen, aber im Interview mit der „*Jungen Freiheit*“ wurde der NPD-Vorsitzende Udo Voigt deutlich genug:

⁷ Insofern bot die Bemerkung des Abgeordneten Brangs (SPD) „Auch hier wird wieder der Versuch unternommen, ausländerfeindliche Parolen breitzutreten und mit Deuschtümelei etwas gegen die europäische Integration und vor allem gegen die Europäische Union anzuführen“, Leichsenring eine gute Angriffsfläche, weil es entsprechende Parolen im Antrag und in der Begründung einfach nicht gab!

⁸ Siehe die Begründung in Drs 4/ 1126: „Neben der inzwischen offensichtlichen Verfassungswidrigkeit der deutschen EU-Integration führt nicht zuletzt dieses Demokratiedefizit bei ihrer Durchsetzung zunehmend zu ihrer zunehmenden Delegitimierung in Deutschland (sic).“

„Es ist unser Ziel, die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat (...). Nach 1945 sind in Deutschland zwei Vasallenstaaten entstanden, die DDR in Mitteldeutschland und die BRD im Westen. Erst wenn beide Vasallenstaaten verschwunden sind, können die Deutschen sich in Selbstbestimmung einen eigenen Staat schaffen, in dem sie frei leben können.“⁹

Die Legitimität der Bundesrepublik streitet Voigt grundsätzlich ab:

„Präambel und Artikel 146 des Grundgesetzes formulierten über fünfzig Jahre den Verfassungsauftrag, die Einheit Deutschlands herzustellen und damit gleichzeitig das Provisorium des Grundgesetzes zu beenden und dem deutschen Volk eine Verfassung zu geben, die es in freier Selbstbestimmung beschließt. Entgegen diesem Verfassungsauftrag besteht die Gültigkeit des provisorischen Grundgesetzes auch fast 15 Jahre nach dem Tag der Vereinigung von BRD und DDR fort. Insofern existiert mittlerweile gar keine legitime Verfassung mehr, gegen die wir verstoßen könnten. Und die Frage ist natürlich, ob sich ein solchermaßen illegitimes System wirklich noch auf das Prinzip der wehrhaften Demokratie berufen kann.“¹⁰

Zwar wolle man die Gesetze der BRD befolgen, solange sie „de facto“ existiere, den Wahlerfolg der NPD in Sachsen interpretiert Voigt in dem Interview aber als Auftakt zu einer „revolutionären Veränderung“.

Damit ist für die NPD-Fraktion gewissermaßen die Aufgabe vorgegeben, darzustellen, dass sie lediglich Grundforderungen

⁹ Junge Freiheit Nr. 40/ 2004.

¹⁰ Ebd.

des Grundgesetzes, die Deutschland als demokratisches und souveränes Land betreffen, einklage, während der Staat selbst, der auf dem Grundgesetz beruht, diesen nicht entspreche, also seine Legitimität verloren habe. So ist eine Doppelstrategie möglich: Zum einen stellt man sich gegenüber der breiteren Öffentlichkeit als Verteidiger von Demokratie und deutscher Souveränität dar, zum anderen wird suggeriert, dass Demokratie und Souveränität gar nicht mehr gegeben seien.

Die sich daraus ergebende Widersprüchlichkeit fällt auch im rechten Lager auf: In der zweiten Ausgabe des „*Klartext*“ erörterte Apfel in einem Interview den Antrag „*Zustimmungsgesetz zur EU-Verfassung*“ (Drucksache 4/ 0888) und meinte, „*dass man spätestens nach einer Annahme des EU-Verfassungsentwurfs wohl kaum noch von der Bundesrepublik Deutschland als souveränem und demokratischem Staat sprechen könnte*“. Auf den Vorwurf „nationaler Sozialisten“ aus Dresden, dass er damit behauptete, dass die Bundesrepublik ein demokratischer und souveräner Staat sei, und er sich in den Dienst der alliierten Besatzer stelle, weil er den Umstand verleugne, dass „die Geschichte unseres Landes (...) seit 1945 durch die Besatzungspolitik der Alliierten bis zum heutigen Tage geprägt“ sei, antwortete Apfel wiederum:

„(...) ich finde es geradezu grotesk, mir im Umkehrschluss die Auffassung zu unterstellen, wir würden heute in einem demokratischen und souveränen Staat leben! Dass das Gegenteil der Fall ist, weiß jeder, der sich im alltäglichen politischen Meinungskampf befindet“.¹¹

¹¹ http://de.altermedia.info/general/quelle-stoertebeker-netz-vom-29042005_-2534.html.

b) „Los von Brüssel“

Es fällt auf, dass die angebliche alliierte Kontrolle der Bundesrepublik weniger eine Rolle spielt als der Versuch des Nachweises, dass die Souveränität der Bundesrepublik durch die EU gefährdet sei. Hier spielt die Diskussion um die EU-Verfassung eine zentrale Rolle. Die Taktik, das Grundgesetz gegen die EU-Verfassung auszuspielen, geht offenbar in hohem Maß auf den Fraktionsmitarbeiter Per Lennart Aae zurück.¹² Dieser führt seit 2003 in rechtsextremen Kreisen eine strategische Diskussion über die Möglichkeit einer positiven Bezugnahme auf das Grundgesetz.¹³ So formulierte er:

„1) Die entscheidende Strategische Aufgabe einer nationalen Bewegung ist heute die Verteidigung des souveränen Nationalstaates als solchen sowie der sozialen und kulturellen Gemeinschaft, also der Volksgemeinschaft, gegen die Entmachtungs- und Zersetzungsangriffe der kapitalistischen und kosmopolitischen Internationale.

2) Dabei ist derzeit kein strategischer Spielraum für einen gleichzeitigen aggressiven Antagonismus gegen den existierenden Staat und seine Verfassung. Ganz im Gegenteil, je mehr die nationale Bewegung zeigen kann, dass SIE diesen Staat gegen Ausverkauf, Fremdbestimmung, Missbrauch seiner Verfassung etc. verteidigt, um so besser sind die Erfolgsaussichten. Wir sind heu-

¹² Siehe z. B. seinen Text „Nationalpolitisch verbrecherisch, verfassungsrechtlich illegal: Die Zerschlagung der deutschen Eigenstaatlichkeit durch die EU“, der Bestandteil einer Infomappe der NPD-Fraktion mit dem Titel „Ja zu Europa – Nein zu dieser EU“ ist.

¹³ <http://www.die-kommenden.net/dk/theorie/strategiediskussion.htm>; http://www.die-kommenden.net/dk/theorie/gg_diskussion_2.htm.

*te (glücklicher oder unglücklicherweise) in der Lage, dies besonders überzeugend darstellen zu können.*¹⁴

Das neue Interesse Aaes an staatsrechtlichen Fragen ließen ihn noch vor dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag zu dem Schluss kommen, dass in der Föderalismuskommission das Ziel der Abschaffung der Bundesrepublik durch Kompetenzzuweisungen an die Europäische Union verfolgt werde.¹⁵ Diese somit schon länger vorhandene These griff die NPD-Fraktion auf, um sie als Grundlage eines Änderungsantrages zu einem Antrag der Koalitionsfraktionen zur Föderalismusreform zu verwenden (Drs. 4/ 314 – Debatte am 9. 12. 2004). Ferner wurde im Zusammenhang mit dem Thema eine Große Anfrage zum „*Staatsverständnis*“ der Landesregierung gestellt (Drs. 4/ 413), die am 19. 5. 2005 debattiert wurde. War dieser Ansatz inhaltlich noch sehr krude¹⁶, so bemühte sich die NPD-Fraktion hinsichtlich der These des Souveränitätsverlusts Deutschlands zugunsten der EU inhaltlich nachzulegen – bis sie schließlich sogar einen renommierten Staatsrechtler für eine Anhörung gewinnen konnte (siehe unten).

Mit dem Antrag *Zustimmungsgesetz zur EU-Verfassung* (Drs. 4/ 888) forderte die NPD-Fraktion im Februar 2005 die Ablehnung des Zustimmungsgesetzes der EU-Verfassung durch den

¹⁴ http://www.die-kommenden.net/dk/theorie/gg_diskussion_2.htm.

¹⁵ Siehe einen Beitrag von P. L. Aae auf <http://www.adelaideinstitute.org/Conference/sacramento86.htm>, der auf den 4. Februar 2004 datiert ist.

¹⁶ Es würde zu weit gehen, die Verschwörungstheorie P. L. Aaes hier im Detail nachzuzeichnen.

Freistaat Sachsen. In der Begründung heißt es, dass durch die Verfassung der EU eine eigene „*existentielle Staatlichkeit*“ verliehen werden solle. Durch die sich aus der Verfassung ergebenden Verpflichtungen „*könnten künftig am deutschen Volkssouverän vorbei politische Entscheidungen herbeigeführt werden, die für Deutschland von existentieller Bedeutung und von äußerster verfassungsrechtlicher Relevanz sind*“. Beispielhaft genannt werden die Bereiche des Asylrechts und der Außen und Sicherheitspolitik.

Auch hier wurde die NPD in der Person Holger Apfels in der Debatte (am 9. 3. 2005) deutlicher – hier einige Auszüge aus seiner Rede:

„Über den Weg der öffentlichen Meinungsbildung möchten wir ein Alarmsignal setzen, dass hier wieder einmal ein fataler, demokratiefeindlicher Schritt auf dem Weg zur Preisgabe staatlicher Souveränität und demokratischer Selbstbestimmungsrechte erfolgt.

(...)

Hinter dem Rücken des Volkes wurde bereits eine ganze Reihe von politischen Schritten vollzogen, die auf die Auflösung der Bundesrepublik als souveränen Staat hinauslaufen. Ich nenne hier nur den Maastricht-Vertrag, dessen Unterzeichnung erst 18 Monate nach dem Jahrhundertereignis der Wiedervereinigung stattfand und schon aus diesem Grund von den Deutschen kaum zur Kenntnis genommen wurde.

Dies erscheint uns problematisch, da mit diesem Vertrag wichtige Freiheitsrechte und wesentliche Teile der nationalstaatlichen Souveränität aufgegeben wurden. Das wiegt um so schwerer, da es sich nicht um einen demokratisch legitimierten Willensakt handelte, sondern eher um eine Nacht und Nebelaktion, eine Täuschung des deutschen Volkes, die ich nur als sittenwidrig

bezeichnen kann. Mit der EU-Verfassung wird ein langfristig geplanter Staatsstreich von oben konsequent weitergeführt.

(...)

Deutschland hat bereits einen Teil seiner soziokulturellen nationalen Identität verloren. Dies dürfte der wichtigste Grund für den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang unseres Landes sein. Durch die forcierte Zwangsglobalisierung unserer Märkte und des gesamten gesellschaftlichen und kulturellen Lebens wird sich dieser Niedergang fortsetzen und beschleunigen. Es kommt aber noch etwas Wichtiges hinzu: Die Zwangsglobalisierung unseres Landes, die Demontage unserer staatlichen Ordnung und der Verlust unserer nationalen Unabhängigkeit zerstören den Rechtsfrieden in Deutschland.

(...)

Denn dieser mit Täuschung und Zwang herbeigeführte Prozess hat längst den Boden des Grundgesetzes verlassen. Er ist volksfeindlich und illegal. Mit dem zunehmenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verfall unseres Landes wird dies immer mehr Menschen einleuchten.

(...)

Dann wird der Verfallsprozess die Wahrnehmung des Widerstandsrechts nach Art. 20 Absatz 4 GG begründen und auslösen "wenn andere Abhilfe nicht möglich ist", wie es im Grundgesetz so schön heißt."

In seinem Schlusswort sagte Apfel:

„Ganz im Sinne des Selbstbestimmungsrechts Deutschlands sehe ich die Stunde gekommen, eine breit angelegte „Los-von-Brüssel-Bewegung“ auszurufen, die sich nichts Geringeres als den Erhalt des deutschen Nationalstaates auf die Fahnen geschrieben hat.“

Das Schlagwort „*Los von Brüssel*“ wurde dann in der von der NPD beantragten Aktuellen Debatte „*Los von Brüssel – Nein zu dieser EU*“ am 22. 6. 2005 wieder aufgegriffen: Jetzt konnte sich Apfel positiv auf die ablehnenden EU-Verfassungsreferenden in den Niederlanden und in Frankreich beziehen:

„In Deutschland wehrt sich die herrschende politische Klasse mit Händen und Füßen gegen eine Volksabstimmung, bei der auch die Deutschen endlich Gelegenheit erhalten würden, Stellung zu nehmen zu der seit Jahren mit Verfassungsbrüchen und Täuschung der Öffentlichkeit betriebenen Demontage unserer demokratischen Rechte und unserer staatlichen Unabhängigkeit.

Die politische Klasse glaubt scheinbar, auch nach den Paukenschlägen in unseren Nachbarländern und nach dem Auflodern der lange schwelenden Finanzkrise in der EU die deutsche Bevölkerung in der gewohnten Weise an der Nase herumführen zu können. Das kann nur gelingen, wenn nicht endlich jemand den Mut findet, das auszusprechen, was ein Großteil unseres Volkes empfindet, aber sich noch nicht zu sagen getraut: Los von Brüssel!“

Die Entgegensetzung von Volk und „*politischer Klasse*“ bedient übrigens ein Bild, das in anderen Beiträgen der NPD-Fraktion (insbesondere Jürgen Gansels) eine große Rolle spielt, nämlich dem einer immer mehr zur Umwälzung bereiten Bevölkerungsmehrheit (siehe unten).

Seit einem Jahr beschäftigt den Landtag der NPD-Antrag „*Überprüfung der Vereinbarkeit des deutschen Zustimmungsgesetzes zum Europäischen Verfassungsvertrag mit dem Grundgesetz (Abstrakte Normenkontrollklage)*“ (Drs. 4/ 1567), nach dem die Staatsregierung ersucht werden soll, nach § 13 Abs. 6 Bundesverfassungsgerichtsgesetz den Antrag an das Bundesverfassungsgericht zu stellen, die Ver-

einbarkeit des Zustimmungsgesetzes zum Europäischen Verfassungsvertrag mit dem Grundgesetz zu überprüfen.¹⁷

Für die Anhörung im Rechtsausschuss konnte die NPD-Fraktion den Staatsrechtler Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider gewinnen, der den CSU-Bundestagsabgeordneten Gauweiler bei seiner Verfassungsbeschwerde gegen das Zustimmungsgesetz zur EU-Verfassung vertreten hatte.¹⁸ Dass dieser renommierte Staatsrechtler als einziger Experte die Normenkontrollklage empfahl, wurde von der NPD publizistisch ausgeschlachtet.¹⁹ Im Zusammenhang mit diesem Antrag verzichtet die NPD auffällig auf eine aggressive Rhetorik.

In diesem Zusammenhang ist noch einmal an die Argumentation der NPD-Fraktion zu erinnern, die gegen den EU-Beitritt der Türkei vorgebracht wurde (siehe oben): Hier wird eine sich ge-

¹⁷ Der Antrag wurde am 9. 5. 2005 gestellt. Am 26. 9. 2005 wurde dazu eine Anhörung im Rechtsausschuss durchgeführt.

¹⁸ NPD-Fraktion, Pressemitteilung am 27. 9. 2005: *Schachtschneider: „Diskurs um EU-Verfassung ist unverzichtbar, wenn wir uns weiterhin ein freies Land nennen wollen“*. Einzigartige Expertenanhörung zur EU-Verfassung im Sächsischen Landtag, hier heißt es u.a.: „Zu einem kleinen Zwischenfall kam es, als der NPD-Abgeordnete Dr. Müller die Frage stellte, inwiefern Artikel 23 Grundgesetz den Artikel 20 „berühre“ und damit gemäß Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes ein „verfassungswidriger Grundgesetzartikel“ sei. Der Ausschussvorsitzende erklärte sofort diese Frage für unzulässig, da sie mit dem Antrag der NPD nichts zu tun habe. Trotz energischen Widerspruchs von Dr. Müller wurde die Frage nicht zugelassen. Dabei ist Artikel 23 ein Eckpfeiler für die Begründung der Verfassungsmäßigkeit sowohl des Maastrichter Vertrages als auch der EU-Verfassung, so dass zu einer Anhörung über die Verfassungsmäßigkeit letzterer die Diskussion über Artikel 23 Grundgesetz ganz eindeutig dazugehört.“

¹⁹ Pressemitteilung vom 27. 9. 2005; Artikel in „Klartext“ 5/ 2005.

gen den Willen der Völker erweiternde EU (die zudem in der Darstellung im Zusammenhang mit den eben behandelten Anträgen sich immer mehr Kompetenzen aneignet) als ein dem Kalkül der nach Weltherrschaft strebenden USA entsprechender Apparat dargestellt, der die Überlebensfähigkeit und die Identität der europäischen Völker zerstören soll.

In einer (von den GRÜNEN beantragten) Aktuellen Debatte „*Auswirkungen der Zwischenbilanz der Europäischen Kommission zum 'Lissabon-Prozess' auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der sächsischen Staatsregierung*“ sagte NPD-Fraktionsgeschäftsführer Uwe Leichsenring am 25. 2. 2005:

„Das ist wiederum exakt das, was die hinter der politischen Klasse in der EU, aber auch in der BRD, stehenden Kräfte der Hochfinanz wollen.

Sie wollen unsere Gesellschaft zerschlagen, ihre inneren Kräfte lähmen, ihre Identitätsfähigkeit vernichten. Sie wollen hier einen sozialen Steinbruch schaffen, in dem sich Glücksritter aus aller Welt, aber vor allem die Vertreter des vagabundierenden internationalen Finanzkapitals, nach Belieben austoben können.

Und unser Staat soll ihnen nicht Einhalt gebieten können. Wir sollen uns nicht mit Hilfe unserer demokratischen Rechte, unserer gewählten Volksvertreter und unserer demokratisch legitimierten Staatsorgane wehren dürfen.

Da ist sie wieder, meine Damen und Herren, die Strategie der kosmopolitischen Hochfinanz!“

Die NPD-Fraktion knüpft erkennbar an aktuelle kritische Diskurse wie an allgemein verbreitete Klischees an: Sie greift das Bild des „Nettozahlers“ Deutschland auf wie das Klischee von

der bürokratischen EU. Vor allem aber bemüht sie antikapitalistische Töne und versucht die Globalisierung als einen Angriff auf die nationale und völkische Identität zu interpretieren. Als Gegner werden die „*kosmopolitische Hochfinanz*“ bzw. die USA, die als die eigentlichen Strippenzieher hinter der EU erscheinen sollen, benannt.

Wichtig ist die Feststellung, dass die NPD-Fraktion mit ihren Themensetzungen über ein im engeren Sinne „rechtsextremes“ Spektrum hinausgreift, aber versucht, öffentlich Schlüsse zu ziehen, die zu einem rechtsextremen Weltbild hinführen: Die Furcht vor unkontrollierter Zuwanderung, Wohlstandsverlust, steigender Kriminalität, Lohndumping wird durchgängig in den europapolitischen Beiträgen der Fraktion bedient – damit wird sicherlich eine breite Stimmung in der Bevölkerung angesprochen. Die berechtigte Frage, ob es in der EU ein Demokratiedefizit gibt, wird instrumentalisiert, wobei die NPD „Demokratie“ als „Volkssouveränität“ immer mit „nationaler Identität“ verknüpft. Kapitalismus und Globalisierungskritik werden aufgegriffen und ins Völkische gewendet. Die Gewinnung Prof. Schachtschneiders für eine Anhörung ermöglichte es der NPD, sich einen gewissen seriösen Anstrich in der EU-Verfassungsdebatte zu geben.

Die NPD-Fraktion hält sich in der parlamentarischen Öffentlichkeit mit der Verwendung rechtsextremistischer Codes zurück: Das Bild der „*kosmopolitischen Hochfinanz*“ wird von vielen kritischen Beobachtern als antisemitisch konnotiert erkannt werden – es stellt sich dem unbedarften Betrachter aber nicht so da. Das Bild erhält seinen Abschluss dann, wenn man beispielsweise

in der „*Deutschen Stimme*“ die Ausführungen des Abgeordneten Gansel über das angebliche Treiben der „*Judeo-Amerikaner*“ (sic!) liest.²⁰

Der Effekt dieses Vorgehens könnte ein doppelter sein: Menschen, die mit der Demokratie unzufrieden sind, werden an ein rechtsextremes Weltbild herangeführt. Rechtsextremisten finden wiederum einen Widerhall ihres Gedankengutes im Parlament. Bei den einen vertieft die NPD die Zweifel an der Demokratie und versucht den Wunsch nach einer grundlegenden Alternative zu wecken, bei den anderen wird die grundlegende Ablehnung der Demokratie aus dem parlamentarischen Betrieb heraus bestätigt.

4. Angebliche Verfolgung der „nationalen Opposition“

a) Parlamentarische Initiativen als Dienstleistung für die Neonazi-Szene

Diese Strategie birgt aber auch ihre Probleme für die NPD. Teile des militanten rechten Spektrums stehen dem „Legitimitismus“ der NPD skeptisch gegenüber. Dass Holger Apfel den CDU-Fraktionsvorsitzenden Fritz Hähle angezeigt hat, weil dieser die NPDler als „Nationalsozialisten“ bezeichnet hatte, und darin eine „*Diffamierung*“ sah, wurde ihm von dezidierten Nationalsozialisten sicher übel genommen.²¹

²⁰ Siehe z.B. den Artikel „*Der Nationalismus im ‚Kampf der Kulturen‘. Eine Positionsbestimmung zwischen Islamismus und Amerikanismus*“, in: *Deutsche Stimme* April 2005 (auch auf verschiedenen NPD-Homepages, z.B.: http://www.sachsen.npd.de/npd_sa_info/aktuell/2006/080306_der_nationalismus_im__k.html).

²¹ Siehe Pressemitteilung der NPD-Fraktion vom 28. 1. 05, vgl. taz 7. 2. 2005.

So dürfte auch das Verhältnis zu den „Freien Kameradschaften“ belastet sein. Dieses ist normalerweise sowieso ein eher ‚funktionelles‘: Die Partei versucht die Struktur der „Freien“ (also im Selbstverständnis bewusst parteifreier Nazis) zu nutzen – und umgekehrt.

Dafür steht auch die von der NPD-Fraktion beantragte Aktuelle Debatte „*Alle Jahre wieder - Linke Gewalt am 1. Mai*“ vom 11. Mai 2006, in der die Begleitumstände der zwei Nazidemonstrationen in Leipzig thematisiert werden sollten. Neben den skandalösen Äußerungen Uwe Leichsenrings, die zu seinem Ausschluss für drei Sitzungen geführt haben²², sind die Redebeiträge aus der NPD-Fraktion aufschlussreich hinsichtlich des Verhältnisses zu den militanten Nazikadern Steffen Hupka und Christian Worch, die die Demos durchgeführt hatten. Holger Apfel betonte, man müsse „*kein Freund*“ Hupkas und Worchs sein, um den Leipziger Polizeieinsatz zu kritisieren. Den rechten Demonstranten billigte er das Etikett „*nationale Dissidenten*“ zu. Leichsenring gerierte sich als Verteidiger der Grundrechte und versuchte sich vorsichtig

²² dpa-Meldung vom 11. Mai: „Die rechtsextreme NPD in Sachsens Landtag hat mit einer Anspielung auf die Deportationszüge im Zweiten Weltkrieg am Donnerstag erneut für einen Eklat gesorgt. In einer Debatte über die Krawalle am 1. Mai in Leipzig sprach der parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion, Uwe Leichsenring, von Sonderzügen zum Abtransport links-extremer Gewalttäter. Linksfraktions-Chef Peter Porsch bemerkte bei einem Zwischenruf: «Es gab schon mal Sonderzüge, in denen Menschen abtransportiert wurden.» Leichsenring erwiderte daraufhin: «Ja, manchmal wünscht man sie sich wieder.»“ Zuvor hatte Leichsenring außerdem das Opfer des Potsdamer Überfalls vom 16. April als „Neger“ bezeichnet (siehe auch Plenarprotokoll 4/ 49 S. 3907).

von Hupka und Worch zu distanzieren („*unsere Freunde sind das nicht*“ – diese Aussage hat allerdings den realen Hintergrund eines wechselvollen und ambivalenten Verhältnisses der beiden zur NPD). Trotzdem ist es offensichtlich, dass die Debatte ein Liebesdienst für die militanten Nazis sein sollte: Worch hatte das „parlamentarische Nachspiel“ bereits am 2. Mai auf seiner Homepage angekündigt.²³

Die Kehrseite eines solchen Verhältnisses ist der Umstand, dass beide Seiten jeweils befürchten müssen, instrumentalisiert zu werden. Dabei scheint die NPD weniger frei agieren zu können als die „Freien“: Sie kann auf die Unterstützung aus der Kameradschaftsszene nicht verzichten, aber sie muss auch versuchen, sich einen „gutbürgerlichen“ Anstrich zu geben. In Leichsenrings Person verbinden sich die intensiven Kontakte zur Kameradschaftsszene (Skinheads Sächsische Schweiz) und der Versuch, ein Biedermann-Image aufrecht zu erhalten, in exemplarischer Weise.

Neben der genannten ‚Dienstleistung‘ der NPD-Fraktion fallen auch einige Kleine Anfragen auf, in denen angebliche Übergriffe gegen Rechte durch AntifaschistInnen oder die Polizei thematisiert werden. Zum Teil werden ganze Reihen von Kleinen Anfragen zu einem bestimmten Vorgang gestellt (wobei bedacht werden muss, dass eine Kleine Anfrage allein schon aus bis zu fünf Einzelfragen bestehen kann!).²⁴ Die Ausführlichkeit der de-

²³ <http://1mai.net/rundbriefe/06-05-02.htm>.

²⁴ Uwe Leichsenring: 17 Kleine Anfragen „*Kaffeeahrt ins Erzgebirge*“ der Initiative „*Schöner leben ohne Nazisläden*“ vom 10. u. 14. 6. 2005; 8 Kleine Anfragen *Links-*

taillierten Anfragen erscheint teilweise absurd, aber es ist zu vermuten, dass die NPD-Fraktion mit ihnen gegenüber der rechten Szene dokumentieren will, dass sie sich um ihre Belange kümmert.

b) *„Machenschaften“ gegen die NPD und Untergangsszenario für die Demokratie*

Der Austritt der Abgeordneten Mirko Schmidt, Klaus Baier und Jürgen Schön aus der NPD-Fraktion Ende 2005 bot ihr Anlass, sich als Opfer von „Machenschaften“ des Verfassungsschutzes darzustellen.²⁵ Zu diesem Zweck wurde nicht nur das Instrument der Kleinen Anfragen intensiv genutzt, sondern auch am 6. 1. 2006 eine Große Anfrage gestellt.²⁶ Am 26. 1. 2006 wurde

extremistische Übergriffe in der Dresdner Neustadt vom 23. 6. 2005; 21 Kleine Anfragen Polizeiiübergriff auf den Bikerclub Rathmannsdorf am 24.09.2005 vom 4. 10. 2005; 26 Kleine Anfragen Trauermarsch zum 61. Jahrestag der Bombardierung Dresdens vom 15. 2. 2006; 12 Kleine Anfragen Kundgebung des Aktionsbündnis gegen den Sozialabbau in der Oberlausitz e.V. (AgSiO) am 22. 3. 2006 in Zittau vom 10. 4. 2006; Klaus Jürgen Menzel: 4 Kleine Anfragen Androhung des Schusswaffengebrauchs durch einen Polizeibeamten am Rande einer linksextremistischen Demonstration am 12. 11. 2005 vom 23. 11. 2005; 4 Kleine Anfragen Platzverweise für Nichtbeteiligte am Rande einer linksextremistischen Demonstration am 12. 11. 2005 vom 23. 11. 2005; 28 Kleine Anfragen Polizeiliche Übergriffe gegen eine geschlossenen Veranstaltung am 10. 12. 2005 auf dem Gelände des ehemaligen Döbelner Möbelwerkes vom 22. 3. 2006.

²⁵ Auf ihrer Homepage findet sich eine eigene Übersichtsseite „Geheimdienst-Skandal“: http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_fraktion/2006/uebersichtsseite_geheimdienst_skandal.html.

²⁶ Große Anfrage *Verfassungswidriger Missbrauch des Sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz zum Nachteil der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Beeinträchtigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, insbesondere des Rechts zur*

auf Antrag der NPD-Fraktion eine Aktuelle Debatte unter dem Titel „*Geheimdienstmachenschaften gegen die Opposition in Sachsen*“ geführt, in der sich zunächst Holger Apfel und Uwe Leichsenring über dieselben beklagten. Am aufschlussreichsten ist aber der Redebeitrag des Abgeordneten Gansel, der die angeblichen Machenschaften abschließend deutet. Hieraus seien einige Passagen zitiert:

„Dass wir hier und heute eine Debatte über „Geheimdienstmachenschaften gegen die Opposition in Sachsen“ führen müssen, zeigt, dass die politische Klasse in diesem Land längst eine politikeriminelle geworden ist. Es ist eine Klasse, der angesichts sinkender Mitgliederzahlen in ihren Parteien, steigender Nichtwählerzahlen und der Wahlerfolge nationaler Kräfte der kalte Angstschweiß auf der Stirn steht.

(...)

Längst liegt eine nationale Wende in der Luft, weil der Druck im Krisenkessel ständig steigt.

(...)

Der Protest der Deutschen gegen die von allen etablierten Parteien zu verantwortende Verausländerung, EU-Fremdbestimmung und Globalisierung wirkt noch unterirdisch, wird aber zwangsläufig an die Oberfläche treten. Ein neuer November 1989 kündigt sich an, der nach der DDR auch die BRD auf der Müllhalde der Geschichte deponieren wird. Weil das Herrschaftskartell aus CDU/SPD/FDP/GRÜNEN und PDS davon eine

Bildung einer parlamentarischen Opposition, durch verfassungswidrige Zersetzungsmaßnahmen (Drs 4/ 3913).

Ahnung hat, setzt es bis zum Verfassungsbruch alle erdenklichen Repressionsmittel gegen nationale Deutsche ein.

(...)

Der sog. Verfassungsschutz ist die Fortsetzung der DDR-Staatssicherheit unter anderem Namen in einem anderen Gesellschaftssystem, aber mit ähnlichen Zielen und Arbeitsweisen: alle organisierten Kritiker der bestehenden Verhältnisse sollen durch Verleumdung und Zersetzung zum Schweigen gebracht werden.

(...)

Beruhigend ist aber das Wissen darum, dass auch die Stasi das SED-System nicht vor dem Untergang bewahren konnte. Und genauso wenig wird der so genannte Verfassungsschutz verhindern können, dass die Deutschen diesem volksverachtenden System den Rücken zukehren und mit neuen politischen Kräften an einem nationalen und sozialen Deutschland arbeiten werden. Meine Damen und Herren der Blockparteien, auch die BRD wird noch ihren verdienten November 1989 erhalten. Auf diesen bundesdeutschen Stasi-Staat, der keine Demokratie sondern deren Karikatur ist, spucke ich.“

So wird die angebliche Verfolgung der „nationalen Opposition“ als Beweis dafür angeführt, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung ihren eigenen Ansprüchen nicht genügt, und dass das politische System der Bundesrepublik vor ihrem Ende stehe. Die Chiffre des 9. November hatte Gansel bereits in einer Aktuellen Debatte am 9. 11. 2005 gebraucht – wobei er sich hier noch auf das andere bereits behandelte große Motiv der Infragestellung der Demokratie, nämlich den angeblichen Verlust der Volkssouveränität bezog:

„Aber die politische Entmündigung der Deutschen seit 1949 ist ja von in- und ausländischer Seite so gewollt. Weder durften die Deutschen über den NATO-Beitritt der BRD noch über den massenhaften Ausländerzustrom befinden. Weder durften sie über die Ostverträge mit dem Verzicht auf die historischen Ostgebiete abstimmen noch über die Aufgabe der Deutschen Mark zugunsten des Euro. Und genauso wenig sind die Deutschen gefragt worden zur Osterweiterung der Europäischen Union, und genauso wenig werden sie gefragt werden zur schon längst von der politischen Klasse beschlossenen Aufnahme der nichteuropäischen Türkei in die Europäische Union. Nehmen wir also die Freiheits- und Einheitsimpulse des 9. November 1989 auf und schaffen wir eine wirkliche deutsche Volksherrschaft! Wir brauchen eine friedliche deutsche Volkserhebung, wie wir sie vor 16 Jahren erleben durften. Bereiten wir auch der Bundesrepublik ihren verdienten 9. November 89.“

Das Ziel des NPD-Vorsitzenden Voigt *„die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor fünfzehn Jahren die DDR abgewickelt hat“* (siehe oben), findet hier ganz offensichtlich seinen Nachhall wie auch seine Wunschvorstellung, dass die NPD-Präsenz im Sächsischen Landtag Zeichen einer „nationalen“ Umwälzung sei.²⁷

²⁷ Zu erinnern ist an die überschwänglichen Reaktionen auf den NPD-Wahlerfolg in Sachsen in der *„Deutschen Stimme“*, Oktober 2004. So schrieb hier der spätere Fraktionsmitarbeiter Karl Richter (noch in einer „Gastkolumne“): *„Spätere Historiker werden sich des 19. Septembers 2004 einmal als jenen Tag erinnern, an dem alles begann: 12 NPD-Abgeordnete im sächsischen Landtag – ein Dambruch, ein Fanal, das Udenkbare in Fraktionsstärke. Aber das ist erst der Anfang. Denn nun wiederholt sich, was die Geschichte immer wieder erweist: fallen erste Brechen, dann fallen bald weitere.“* In einer *„Wahlnachlese“* in derselben Ausgabe

Im Mai 2006 hat die NPD-Fraktion die Broschüre *„Die ganz linke Tour. Wie im Freistaat Sachsen versucht wird, „Toleranz und Demokratie“ mit Hilfe von Linksextremisten durchzusetzen“* veröffentlicht.²⁸ Im Vorwort schreibt Jürgen Gansel unter der Überschrift *„Antifaschismus als Sicherung des Herrschaftsmonopols“*:

„Das Phänomen „Antifaschismus“ auf diese so genannten Antifa-Gruppen zu begrenzen, wäre aber grundfalsch. Diese Gruppen sind nur die Hilfstuppen der Herrschenden zur Verbinderung einer nationalen Opposition. Die grundlegende Funktion des Antifaschismus ist die eines politischen Tabuwächters, der die bestehenden Herrschaftsverhältnisse abzusichern hat. Und diese Funktion weist über die Gruppen der gewalttätigen Antifa am linksextremen Rand weit hinaus auf die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik Deutschland: Konzerne, etablierte Parteien und Medien.“

Das sächsische Programm *„Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“* wird in der Broschüre als Beispiel für die *„Zusammenarbeit zwischen demokratischen und linksextremistischen Akteuren im sächsischen Raum“* angeführt

Auch in der bereits erwähnten Aktuellen Debatte am 11. Mai kritisierte Uwe Leichsenring das Projekt in diesem Sinne und warb für die besagte Broschüre. Die Antifa bezeichnete er als *„nützliche Idioten“* im Dienste der etablierten Parteien.

wird getitelt: *„Die Nationale Zeitenwende ist eingeläutet. Nach dem NPD-Triumph bei der sächsischen Landtagswahl ist die BRD nicht mehr, was sie vorher war“*.

²⁸ http://npd-fraktion.sachsen.npd.de/broschuere/broschuere_antifa.pdf.

II. Kommentar

Michael Minkenberg

Ethnokratie statt Demokratie: Die Delegitimierungsstrategie der NPD

Die These lautet „Die NPD-Fraktion versucht, die Demokratie zu delegitimieren, indem sie zum einen Europaskepsis instrumentalisiert und zum anderen sich selbst zur verfolgten Opposition stilisiert“.

Sie wird sodann im Dossier materialreich ausgeführt und erläutert. An dieser These fällt zunächst folgendes auf: der NPD wird eine Strategie, die Demokratie zu delegitimieren, attestiert; es wird ein (kausaler) Zusammenhang zwischen der Instrumentalisierung einer Europaskepsis (als Mittel bzw. Ursache) und der Delegitimierung der Demokratie (als Zweck bzw. Wirkung) hergestellt. Dasselbe gilt auch für die Selbststilisierung als „verfolgte Opposition“.

Bevor ich diese Punkte, ihre Zusammenhänge kommentiere, möchte ich klarstellen, dass ich mit allen drei Beobachtungen übereinstimme: die NPD ist antidemokratisch, die NPD instrumentalisiert die Europaskepsis, die NPD stilisiert sich als verfolgte Opposition.

Trotzdem möchte ich einige Zweifel anmelden, ob die postulierten Zusammenhänge so klar, so direkt, so einfach sind. Das möchte ich im Folgenden verdeutlichen.

Zunächst zum Thema EU: Die NPD ist zweifellos diejenige der drei rechtsradikalen Parteien in Deutschland – neben „Republikanern“ und DVU – welche am konsequentesten und auch immer besonders vernehmlich einen gegen die EU und deren Osterweiterung gerichteten Diskurs betrieben hat.

Was diese Parteien unter Osterweiterung verstanden und was sie davon halten, machen die nationalen Parteiprogramme deutlich. So fordern die „Republikaner“ in ihrem Programm von 1993 eine „Vollendung“ der deutschen Einheit; bei ihnen wie auch bei der NPD werden die fünf neuen Bundesländer als „Mitteldeutschland“ bezeichnet, die deutsch-polnische Grenze daher nicht akzeptiert.¹ Bei einer Recherche zu diesem Thema im Rahmen der Europawahlen von 1999 stellte ich fest, dass die EU-Osterweiterung offenbar kein Thema für die rechtsradikalen Parteien war. Im Europawahlprogramm der „Republikaner“ von 1999 findet sich keine Äußerung zur Osterweiterung an sich, aber eine massive Kritik an den Finanzierungsmodellen gemäß der „Agenda 2000“. Während von der DVU ebenfalls keine Stellungnahme zur Osterweiterung vorlag, machten der Bundesgeschäftsführer der NPD (in einem Telefoninterview) sowie das Europaprogramm der NPD unumwunden klar, dass die NPD die Globalisierung, die europäische Einigung und somit auch die EU-Osterweiterung grundsätzlich als „Gigantomanie“ ablehne.²

¹ Michael Minkenberg, Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland. Opladen/ Wiesbaden 1998, S. 296-298.

² NPD-Parteivorstand, Europa-Programm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands, Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre! Volksgemeinschaft statt EU-Diktatur! Deutschland zuerst! Stuttgart 1999, S. 17. Siehe

Dieses Programm stand übrigens unter der eindeutigen Überschrift: „Volksgemeinschaft statt EU-Diktatur“ – nicht etwa „Demokratie in Deutschland gegen EU-Diktatur“.

In diesem Licht betrachtet liest sich das Dossier über den EU-Diskurs der sächsischen Landtagsfraktion der NPD etwas anders. Denn hier werden EU, europäische Integration, die letzte und weitere Erweiterungsrounden, die EU-Verfassung nicht oder wenigstens nicht direkt dem völkischen Nationalismus der NPD, sondern dem Nationalstaat und der Demokratie gegenüber gestellt. Dabei bringt die NPD das Kunststück fertig, der Bundesrepublik ihre Souveränität und demokratische Legitimität abzusprechen (Beispiele im Dossier: Udo Voigt in der Jungen Freiheit sowie Holger Apfel)³ und zugleich zuzuschreiben, wenn Holger Apfel die Ablehnung der EU-Verfassung damit begründet, dass er die Souveränität der Bundesrepublik und das Grundgesetz verteidigen möchte.⁴ Das Dossier macht zu Recht darauf aufmerksam, dass hier zwei sehr unterschiedliche Klienten bedient werden sollen: die breitere Öffentlichkeit auf der einen, die militante Szene auf der anderen Seite.

Derlei Widersprüche lassen sich noch mehrere finden, ich will es aber bei diesem Beispiel belassen.

auch Michael Minkenberg, „Die EU-Osterweiterung im westeuropäischen Parteiendiskurs“, in Zeitschrift für Parlamentsfragen Jg. 31, Heft 3 (Sept. 2000), S. 626-634.

³ Siehe Dossier, S. 37/38.

⁴ Interview in Klartext 2/ 05.

Wichtig scheint mir an diesem Anti-EU-Diskurs – und das wird in dem Dossier nur flüchtig gestreift – folgendes, das ich in drei Punkten darlegen möchte.

1. Selbstlegitimation der eigenen Rolle

Erster Punkt: Der Anti-EU-Diskurs lässt sich nicht direkt in eine Strategie der Delegitimierung der Demokratie in Deutschland ummünzen. Im Gegenteil: oberflächlich betrachtet erzeugt die Stimmungsmache gegen die EU, gegen die EU-Verfassung, gegen „Gigantomanie“ und „EU-Diktatur“ eine rhetorische Stütze für Demokratie und Grundgesetz. Wenn man davon ausgeht, dass bestimmte Eliten oder Parteiendiskurse auf Teile der Öffentlichkeit „abfärben“, könnte man auch argumentieren, dass der Einsatz der NPD gegen den „Missbrauch [der] Verfassung“,⁵ dass die staatsrechtliche Argumentation der NPD ähnliche Effekte hat wie die immer wiederkehrenden völkischen Argumentationsfiguren. Es müsste also gezeigt werden, dass diese Diskurse unterschiedlich wirken, um die Delegitimierungsthese zu untermauern.

Vorerst kann man festhalten, dass der Anti-EU-Diskurs der NPD in erster Linie dazu dient, die Partei zu legitimieren statt die Demokratie zu delegitimieren – was im Übrigen nicht dasselbe ist, wie die Geschichte der italienischen Alleanza Nazionale (AN) zeigt. Allerdings geht aus der Wahlforschung, in Deutschland und anderswo, hervor, dass EU-Skepsis als Wahlmotivation für rechtsradikale Parteien nur eine nachgeordnete Rolle spielt.

⁵ NPD-Fraktionsmitarbeiter Per Lennart Aae, siehe Dossier, S. 40f.

Das zeigt zum Beispiel die Präsidentschaftskandidatur Le Pens 2002, der mit radikalen Anti-EU-Parolen in den Wahlkampf ging, seine Unterstützung aber vor allem aufgrund seines Unsicherheitsdiskurses erhielt.⁶

Die Forschung zu rechtsradikalen Parteien in ganz Europa zeigt im Übrigen, dass mit wenigen Ausnahmen Ultrationalismus in seinen verschiedenen Facetten des Ethnozentrismus, einer autoritären law & order-Orientierung und des Wohlfahrtschauvinismus den Kern rechtsradikaler Ideologien ausmacht.⁷ Eine anti-demokratische Stoßrichtung im Sinne von Systemfeindschaft wird nur bei einigen derartigen Parteien, eine EU-Gegnerschaft dagegen bei vielen, auch nicht rechtsradikalen Parteien angetroffen. Wie sich ein populistischer, gegen die EU-gerichteter Diskurs auf die Legitimität der demokratischen Ordnung auswirken kann, vor allem wenn dieser Diskurs selbst prodemokratische Argumentationsfiguren enthält, ist in der empirischen Forschung bislang noch nicht überzeugend dargelegt worden.

Um das Argument von der Delegitimierung der Demokratie zu stützen, muss man daher noch ein wenig ausholen. Damit komme ich zum zweiten Punkt.

⁶ Siehe Pascal Perrineau: *Le vote d'extrême droite en France : adhésion ou protestation?* In: *futuribles* Nr. 276 (Juni 2002), 7-21; Michael Minkenberg, „Der Front National im Wahljahr 2002: Hoher Flug und tiefer Fall?“ in: *lendemains* Jg. 27, Nr. 105/ 106 (2002), S. 56-64.

⁷ Siehe Hans-Georg Betz, *Radical Right-wing Populism in Western Europe*. New York 1994; M. Minkenberg, *Die neue radikale Rechte im Vergleich*, a.a.O., Cas Mudde, *The Ideology of the Extreme Right*. Manchester 2000; Richard Stöss, *Rechtsextremismus im Wandel*. Berlin, 2005, S. 17.

2. Einbettung in antiamerikanischen und völkisch-rassistischen Diskurs

Der Anti-EU-Diskurs ist in andere Diskurse eingebettet. Denn was die NPD an der Verlagerung von politischen Kompetenzen nach Brüssel stört, ist nicht allein die tatsächliche oder angebliche Machtverlagerung und der Souveränitätsverlust der Bundesrepublik, sondern der Gewinn, den insbesondere die USA als Strippenzieher der EU daraus ziehen sowie die sog. „kosmopolitische Hochfinanz“ bzw., wie es bei Jürgen Gansel heißt, die „Judeo-Amerikaner“.⁸ Es findet also eine Vermischung von neuem Anti-EU-Diskurs und altem Anti-Amerikanismus statt.

Mehr noch, dahinter steht der rassistische Diskurs und die völkische Ideologie der NPD, die sich immer dann zeigt, wenn sie konkrete Probleme benennt, die sich aus der EU-Integration bzw. der EU-Erweiterung ergeben: Beispiele im Dossier sind Verweise der NPD auf „Schleuseraktivitäten“ und „organisierten Menschenhandel“, „Drogen bzw. grenzüberschreitende Kriminalität“, der Verlust der sog. „soziokulturellen nationalen Identität“, der Verlust der Kontrolle über das, wie es heißt, für das deutsche Volk „existenzielle“ Asylrecht, u.ä.⁹ Bei der Kritik an der Globalisierung wird es dann ganz deutlich: es geht um einen „völkischen Verteilungs- und Sozialkonsens“.¹⁰ Und damit geraten wir in die Mitte antidemokratischen Denkens bei der NPD. Hier – und auch in der Analyse zur dritten These im Dossier –

⁸ Siehe oben Dossier, bei Anm. 25.

⁹ Siehe Dossier, S. 42.

¹⁰ Siehe oben, Dossier, bei Anm. 11.

zeigt sich, was die NPD unter der von ihr vielbeschworenen Volksherrschaft meint: Ethnokratie, nicht Demokratie.

Es ist dieser Umweg, den die Delegitimierungsstrategie nehmen muss, um Anklang zu finden. Das bedeutet, es ist nicht der Anti-EU-Diskurs selbst, der Zweifel an der Demokratie der Bundesrepublik (höchstens an der der EU) nährt, sondern es ist derjenige, der diesen Diskurs führt. Man könnte sagen: wer der NPD in ihrer EU-Kritik Glauben schenkt, ist bereits als Demokrat verloren, weil er oder sie bereits die anderen Diskurse dieser Partei aufgegriffen hat. Insofern wäre der Delegitimierungseffekt des Anti-EU-Diskurses also eher als gering einzustufen.

3. Üblichkeit der Selbststilisierung als verfolgte Opposition

Dritter Punkt: Ähnliches trifft auch auf die Selbststilisierung der NPD als „verfolgte Opposition“ zu. Diese Strategie gehört wie auch der Anti-EU-Diskurs zu einem beliebten rhetorischen Mittel unter Rechtsradikalen und ist zentraler Bestandteil des populistischen Stils dieser Parteien.¹¹ Man stellt sich nicht nur als Opfer linker Politik und Gruppen, sondern aller Parteien, des Staates und seiner Organisationen, einschließlich des Geheimdienstes, dar. In Frankreich ist es die „Viererbande“, in Österreich war es der Parteienproporz, in Deutschland sind es die „Altparteien“. Der diskursive Gewinn dieser Strategie muss als begrenzt betrachtet werden, denn es ist nicht ganz nachzuvollziehen, warum man mit dem Vorwurf der Ausgrenzung durch das System zusätzliche Sympathien erwerben sollte. Daher würde ich diese Kri-

¹¹ Siehe M. Minkenberg, Die neue radikale Rechte im Vergleich, a.a.O., Piero Ignazi, Extreme Right Parties in Western Europe. Oxford 2003.

tik am System und die Rhetorik von der verfolgten Minderheit eher als nach innen gerichtet, d. h. auf den Zusammenhalt der Partei, des Lagers, der Wählerschaft abzielend, einstufen.

4. Gegenstrategie: Bloßstellung und Verunsicherung

Ein Fazit: Soweit die empirische Forschung dies nahe legt, entstehen wahre Delegitimierungseffekte weniger aus bestimmten populistischen, gar antidemokratischen Argumentationsfiguren, sondern aus (wachsendem) elektoralem Zuspruch für diese Parteien, egal aus welchen Gründen diese Parteien gewählt werden. Generell stellt sich der Wahlerfolg da ein, wo eine glaubhaft wirkende Alternative angeboten werden kann. Ob die Wahl vom September 2004 so interpretiert werden kann, ist noch eine Frage.

Die Auseinandersetzung mit der NPD sollte daher durchaus inhaltlich geführt werden, aber nicht, indem man auf die von ihr aufgeworfenen Fragen antwortet – also bloß reagiert – sondern indem man sie – auf möglichst sparsame Weise – intellektuell immer wieder belästigt, so dass man sie zwingt, sich bloß zu stellen. Das heißt: es bringt wenig, den Anti-EU Diskurs der NPD zu bekämpfen, ihn zu widerlegen. Es ist besser, auf Widersprüche, auf zugrunde liegende Diskurse, Grundannahmen usw. aufmerksam zu machen, und zwar mit dem doppelten Ziel:

- der Bloßstellung der Partei nach außen,
- der Verunsicherung ihrer Klientel nach innen (d.h. die Lager, Strömungen gegeneinander ausspielen).

Bei Rechtsradikalen in Parlamenten gibt es immer eine grundlegende Spannung, die auch den Grünen bekannt sein dürfte: die

zwischen Realos und Fundis. Präziser: eine Spannung zwischen dem Anspruch, seriös aufzutreten und sich darüber Legitimität zu verschaffen und dem Bedienen der eigenen Klientel und des harten Kerns am rechten Rand, um dort nicht als Verräter der Sache zu gelten. Das kann man bei der französischen Front National 1986 bis 1988 beobachten, bei den Republikanern in Stuttgart von 1992 bis 2001 und schließlich auch bei der FPÖ. In all diesen und weiteren Fällen gibt es zwei prinzipielle Wege:

Erstens die Zähmung der Partei durch die Parlamentsarbeit und ihr Koalitionspotenzial, z. B. FPÖ, aber auch die Umwandlung des MSI in die AN in Italien. Dies geht oft mit Spaltungstendenzen einher.

Oder zweitens das Verschwinden aus den Parlamenten. Hier zeigt die Forschung bislang, dass durch die Anwesenheit der Rechtsradikalen in den Parlamenten der Schaden für die Demokratie gering war, dass keine Delegitimierung derselben stattgefunden hat. Diese kommt eher durch das Verhalten etablierter Akteure zustande. Das bedeutet: in der Auseinandersetzung mit den Rechtsradikalen muss man immer auch auf das Umfeld wirken.

III. Fazit

Achim Wesjohann

Untaugliche Versuche in abenteuerlichen Theorien

Unsere These stellt in erster Linie Versuche der NPD-Fraktion, die Demokratie zu delegitimieren, dar. Inwiefern diese Versuche auch tatsächlich erfolgreich sind, haben wir nicht abschließend bewertet. Der Kommentar von Michael Minkenberg trägt dazu bei, diese Lücke zu schließen.

Wir haben von einem doppelten Effekt gesprochen, den die EU-Kritik und der Souveränitätsdiskurs der NPD-Fraktion wahrscheinlich bewirken sollen: „Menschen, die mit der Demokratie unzufrieden sind, werden an ein rechtsextremes Weltbild herangeführt. Rechtsextremisten finden wiederum einen Widerhall ihres Gedankengutes im Parlament. Bei den einen vertieft die NPD die Zweifel an der Demokratie und versucht den Wunsch nach einer grundlegenden Alternative zu wecken, bei den anderen wird die grundlegende Ablehnung der Demokratie aus dem parlamentarischen Betrieb heraus bestätigt.“

Letzteres dürfte unstrittig sein, aber ob es tatsächlich in relevanten Größenordnungen gelingt, aus Menschen, die mit der EU unzufrieden sind, ideologisch gefestigte Rechtsextremisten zu machen, muss in der Tat bezweifelt werden. Insofern ist Minkenbergs Einschätzung, dass „der Delegitimierungseffekt des Anti-EU-Diskurses (...) eher als gering einzustufen“ ist, wohl zutreffend.

Es sollte wohl stärker darauf verwiesen werden, dass die NPD-Fraktion an argumentative Grenzen stößt: Ihre Verschwörungstheorien sind zu abenteuerlich. Die dezidiert völkisch-rassistische Ideologie, aus der heraus ihre EU-Kritik formuliert wird, ist eben nicht für so viele Menschen nachvollziehbar, wie die NPD das gerne hätte.

Es ist zu vermuten, dass der Wahlerfolg der NPD von 2004 auf zwei Säulen beruhte: Zum einen sind rechtsextremistische Einstellungen in Sachsen überdurchschnittlich weit verbreitet und auch tief verankert. Auch wenn die Zahl der eindeutigen Rechtsextremisten noch nicht ausreichen dürfte, um der NPD das parlamentarische Überleben zu sichern, so bildet diese Gruppe doch einen für die NPD unverzichtbaren Sockel ihrer Wählerschaft. Zum anderen agierte die NPD 2004 aber auch rechtspopulistisch und verzichtete auf einen gar zu plakativen Rassismus. Die Parole „*Grenzen dicht für Lobdrücker*“ ist sicherlich rassistisch konnotiert, aber dafür dürften auch Menschen empfänglich gewesen sein, die angesichts der EU-Erweiterung tatsächlich um ihren Arbeitsplatz fürchten. Dass aktuelle Ängste gegenüber Globalisierung und EU der NPD auch in Zukunft helfen können, Stimmenpotenziale auszuschöpfen, ist nicht auszuschließen. Aber aus diesem Grund reicht es auch nicht, ihren Rassismus zu entlarven, sondern zusätzlich müssen ihre Horrorszenarien widerlegt werden.

Die „Delegitimierungsthese“ stützt sich aber auf zwei rechtsextremistische Diskurse. Dies ist neben dem Souveränitäts- und Anti-EU-Diskurs die ständige Neuauflage des Topos der „verfolgten nationalen Opposition“. Auch hier kann mit Minkenberg

vermutet werden, dass „der diskursive Gewinn dieser Strategie“ begrenzt ist. Selbst manchem rechtsgestrickten, aber nicht parteigebundenen Beobachter mag es unangenehm auffallen, mit welcher masochistischen Lust die NPD-Fraktion sich mit sich selbst und ihrer eingebildeten Verfolgtheit seitens der Politik und der Medien beschäftigt. Auch der Aufwand, mit dem sich die Fraktion den Begleitumständen von Nazi-Demonstrationen widmet, steht in keinem Verhältnis zu ihren übrigen Initiativen. Weiten Teilen der NPD-Wählerschaft dürften diese Probleme herzlich egal sein, und es könnte sein, dass die NPD-Fraktion manchen potenziellen Wähler mit ihrem Dauerlamento vergrault.

Allerdings sind Michael Minkenbergs Ausführungen zwei Differenzierungen an die Seite zu stellen.

Erstens: Wenn man feststellt, dass die Verfolgungsrhetorik in erster Linie „nach innen“ gerichtet sei, muss man ergänzen, dass aus Sicht der NPD das rechtsextremistische Lager in ein „Innen“ und ein „Außen“ zerfällt. Sie muss nämlich auch den „freien Nationalisten“, der Kameradschaftsszene, den militanten Neonazis, die Parteistrukturen gegenüber skeptisch eingestellt sind, beweisen, dass sie Teil der „verfolgten nationalen Opposition“ ist. Sie ist auf Solidarisierungseffekte in Kreisen angewiesen, die sich jederzeit von ihr distanzieren können. Die NPD bedarf der punktuellen Zusammenarbeit mit Kräften, denen ansonsten wenig an einer parlamentarischen Vertretung liegt (der Punkt 4.1 des Dossiers ist hier zu bekräftigen).

Zweitens: Leider glauben viele Menschen, dass eine demokratisch in ein Parlament gewählte Partei durch diese Wahl automa-

tisch zur demokratischen Partei geworden ist. Sie halten die Reaktionen auf die NPD-Provokationen für übertrieben oder für einen Ausdruck der Hilflosigkeit der demokratischen Kräfte. Bei diesen Menschen kann die NPD-Fraktion auf ein gewisses Verständnis hoffen, auch wenn sie ansonsten nicht mit ihrer Programmatik übereinstimmen. Es bleibt die Aufgabe, es der NPD-Fraktion zu erschweren, den Eindruck zu erwecken, die DemokratInnen seien zur argumentativen Auseinandersetzung nicht in der Lage. Deshalb sollte sie nicht nur mit Gesten der Ablehnung und des (berechtigten) Abscheus konfrontiert werden, sondern mit klarem inhaltlichen Widerspruch – und wenn dieser Widerspruch erfolgt, wie es im Sächsischen Landtag ja durchaus geschieht, muss er auch nach außen getragen werden.

Es ist ferner zu beachten, dass die NPD-Fraktion versucht, an die Strategien der Verharmlosung des Rechtsextremismus in Sachsen anzuknüpfen. Programme gegen Rechtsextremismus lassen sich denen gegenüber als Steuerverschwendung darstellen, die die rechtsextremistische Bedrohung nicht erkennen wollen, weil sie noch den alten Beschwörungsformeln von Biedenkopf und Co. (darunter etlicher Kommunalpolitiker) anhängen. Aber das Schüren einer entsprechenden Stimmung muss noch nicht bedeuten, dass die NPD dadurch Sympathien gewinnen kann – schließlich dürften viele auch darauf hoffen, dass der „Skandal“ des NPD-Erfolgs von 2004 rückgängig gemacht werden kann, damit wieder eine (vermeintliche) Ruhe im Freistaat einzieht.

In ihrer Fixierung auf die angebliche Bedrohung durch „Linksextremisten“ knüpft die NPD-Fraktion außerdem an eine unselbige sächsische CDU-Tradition an: Um die Realität des Rechtsex-

tremismus zu relativieren, hat man jahrelang das geringe linksextremistische Potenzial in Sachsen großgeredet und zu diesem Zweck auch noch die Gleichsetzung der PDS mit der NPD als „extremistische“ Partei betrieben. Auf den so entstandenen Popanz des „Linksextremismus“ kann die NPD-Fraktion heute Bezug nehmen. Dies sollte manchen sächsischen „Extremismustheoretikern“ (in Wissenschaft und Politik) zu denken geben.

In der Workshop-Diskussion, die sich an den Vortrag von Michael Minkenberg anschloss, wurde aus dem Publikum heraus darauf hingewiesen, dass die NPD keine Krise der Demokratie hervorrufen werde, sondern dass sie vielmehr von einer zu schwachen Verankerung der Demokratie in Sachsen profitiere. Auf diese Erkenntnis sollte der Schluss folgen, dass es in erster Linie weniger wichtig ist, die NPD zu „schwächen“, sondern die Stärkung der Demokratie eine vordringliche politische Aufgabe ist. Dass es der NPD zumindest dort gelingt, sich als Opfer darzustellen, wo ihre Vertreter als seriöse ortsansässige Bürger gelten (Leichsenring, Dr. Müller), war ein weiterer wichtiger Hinweis, der in der Diskussion zur Sprache kam.

B: Geschichtspolitik

I. Dossier

Achim Wesjohann

Die Deutschen als Opfer – Strategie zur Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen

1. Der Eklat um den „Bomben-Holocaust“... und was noch gesagt wurde

Der Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel äußert in der NPD-Parteizeitung „*Deutsche Stimme*“ vom November 2005 die Hoffnung, dass

„(...) sich Nationalisten keine Sinnlos-Debatten aufzwingen lassen, die in die Sackgasse der Politikunfähigkeit führen, zum Beispiel Nostalgie-Diskussionen zum Dritten Reich. Adolf Hitler und der historische Nationalsozialismus sind nun halt einmal Vergangenheit und nichts als Vergangenheit (...)“¹

Gansel versucht, sich und seine Partei von den Belastungen, die NS-Verherrlichung und vor allem die Leugnung des Holocausts für die alte bundesdeutsche extreme Rechte und auch für die NPD bedeutet haben, zu befreien. Seine Variante der „Historisie-

¹ Der Text „*Gegen Einwanderung, Europäische Union und Globalisierung. Die nationale Opposition muss noch stärker die soziale Frage nationalisieren*“ ist wie auch andere programmatische Texte Gansels auf den Homepages des NPD-Bundesverbandes, des sächsischen Landesverbandes und der Landtagsfraktion abrufbar.

rung' des Nationalsozialismus eröffnet für die NPD neue geschichtspolitische Perspektiven:

Die Leugnung des Holocausts wird nicht mehr versucht, um nicht mehr durch eine offenkundig absurde Behauptung WählerInnen und Mitgliederpotenzial abzuschrecken und um in diesem Punkt nicht mehr offensichtlich widerlegbar zu sein.

Gleichzeitig wird die Singularität des Holocausts indirekt geleugnet, indem der Nationalsozialismus zur „*Geschichte*“ erklärt wird. Hier liegt der Schlüssel zur Strategie, die deutschen Opfer des Zweiten Weltkrieges den Opfern des Nationalsozialismus gegenüberzustellen.²

Es wird versucht, dem Vorwurf zu entkräften, in der Tradition der NSDAP zu stehen. So erklären NPD-Abgeordnete in Landtagsdebatten, dass man es gar nicht nötig habe, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren.

Indem man von einer Fixierung auf das, was man als „*historischen Nationalsozialismus*“ charakterisiert, abgeht, wird das politische Spektrum, das man anzusprechen versucht, erweitert. Dies ist eine Voraussetzung für die „Volksfrontstrategie“ der NPD. Au-

² Diese Art der ‚Historisierung‘ bedeutet keine Distanzierung. In der „*Deutschen Stimme*“ vom Oktober 2001 hat Gansel beispielsweise in einem Artikel zur Harzburger Front geschrieben „*Als Resümee bleibt zu ziehen, dass die Hitler-Partei infolge des Zweckbündnisses von Harzburg die Macht im Staate erlangte und einem wesentlichen Grundsatz ihres Parteiprogramms auch nach dem 30. Januar 1933 treu blieb: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.*“

Berdem wird so die Bezugnahme auf die breitere Tradition der extremen Rechten vor dem NS-Regime ermöglicht.³

Diese Strategie bedeutet nicht den völligen Verzicht auf das Mittel der Geschichtsfälschung. In seiner berüchtigten Rede vom 21. 1. 2005, in der er die Bombardierung Dresdens als „*Bomben-Holocaust*“ bezeichnete, kündigte Jürgen Gansel an, dass die NPD-Fraktion die nächsten Jahre nutzen werde, „*um auch hier im Sächsischen Landtag mächtige Schneisen in das Dickicht antideutscher Geschichtslügen zu schlagen*“.⁴

Der Eklat um die „Bomben-Holocaust“-Rede hat in der öffentlichen Wahrnehmung den Blick auf den Umstand verstellt, dass Gansel nicht nur eine Provokation formulierte, sondern auch eine Neuinterpretation der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Das Geschichtsbild, an dem Gansel hier arbeitet, wird auch in Zukunft nur für ein begrenztes Publikum attraktiv sein. Aber sein Angebot einer historischen Neudeutung der deutschen Geschichte ist geeignet, ein wichtiger Baustein für ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild zu sein. Es ist ein Beitrag zur ideologi-

³ Das hat dem NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel auch die Möglichkeit eröffnet, sich in der Landtagsitzung vom 26. 1. 2006 über Behauptungen des NPD-Aussteigers Mirko Schmidt zum angeblichen „Hitlerismus“ der NPD und ihr Bestreben, ein Viertes Reich zu errichten, lustig zu machen. Der formale Verzicht auf eine positive Bezugnahme auf das Dritte Reich erklärt aber wahrscheinlich auch z. T. Entfremdungstendenzen zwischen der NPD und Teilen der militanten Kameradschaftsszene.

³ Ein wesentlicher Bestandteil der publizistischen Arbeit Jürgen Gansels sind seit Jahren „*Deutsche Stimme*“-Beiträge über Autoren der sogenannten „Konservative Revolution“ in der Weimarer Republik.

⁴ 8. Sitzung des Sächsischen Landtages vom 21. 1. 2005.

schen Festigung. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Verbindung mit dem jährlich wiederkehrenden Großereignis der „Trauermärsche“ der sächsischen „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO).⁵ Vielleicht wäre ein Vergleich der „Trauermärsche“ und der mit ihnen verbundenen Kampagnen mit den ebenfalls „traditionellen“ Rudolf-Heß-Märschen aufschlussreich.

In von ihr beantragten Aktuellen Debatte *„Verhalten der Sächsischen Staatsregierung und des Landtages zu Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der angloamerikanischen Terrorangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt Dresden“* am 21. 1. 2005 propagierte die NPD-Fraktion ein Geschichtsbild, das die folgenden Grundaussagen enthält:

Die Siegermächte sollen bereits seit Jahrzehnten die Vernichtung des Deutschen Reiches geplant haben. Der nationalsozialistische Vernichtungskrieg erscheint somit nicht länger als Ursache der Bombardierung deutscher Städte.

Die Deutschen leben angeblich in einer *„Umerziehungsrepublik“*, in der ihnen dem Willen der Siegermächte gemäß jedes Selbstbe-

⁵ Die sächsische JLO ist zwar formal unabhängig, arbeitet aber offensichtlich mit der NPD zusammen. Der JLO-Landesvorsitzende Alexander Kleber war Stadtratskandidat des Dresdner „Nationalen Bündnisses“ unter der Führung Holger Apfels und sitzt für dieses jetzt in einem Dresdener Ortsbeirat.

⁵ Beide Ereignisse stehen für eine Verbindung von einer Manipulation des historischen Bewusstseins mit einem „Event“. Beide sollen eine Schuldverschiebung propagieren: Rudolf Heß wird zum friedenswilligen Märtyrer stilisiert, der „ermordet“ worden sei. In Dresden wird der Kreis der „Ermerdeten“ drastisch erweitert.

wusst sein genommen werden soll. Deshalb werde den deutschen Kriegsoffern ein angemessenes Gedenken verweigert.

Die Bombardierung Dresdens bzw. der deutschen Städte wird in eine Reihe mit anderen Kriegen gesetzt, die angeblich von „*den-selben*“ Kräften angezettelt worden sind.

Die besagte Debatte eröffnete Holger Apfel mit der Behauptung, dass in der deutschen „*Sühnekultur*“ das Gedenken an die deutschen Opfer keinen Platz finde. Die Bombardierung Dresdens bezeichnete er als „*kaltblütig geplante(n) industrielle(n) Massenmord an der Zivilbevölkerung*“. Die Opfer würden marginalisiert, indem ihre Zahl nicht korrekt angegeben wird. Die Zahlen von 25 000 oder 35 000 seien „*Propagandazahlen*“. Dem stellte Apfel die Angabe des sowjetischen Außenministers Molotow von 250 000 gegenüber und schloss daran mit einer Provokation an:

„Nur bei anderen Opfergruppen sind Sie nicht so pingelig, wenn einmal eine Null fehlt. Sind Ihnen deutsche Opfer weniger wert als andere? Gibt es für Sie Opfer erster Klasse, die man betrauern darf, und Opfer zweiter Klasse, die man verhöhnern darf? Ist es nicht absurd, dass ausgerechnet jene an Zahlen herummanipulieren, die sonst bei jeder Gelegenheit Menschen vor Strafgerichte des BRD-Gesinnungsstaates zerren, weil sie jüdische Opferzahlen infrage stellen?“

Der Holocaust wird also durchaus nicht geleugnet. Die Diskussion um die Zahl seiner Opfer wird lediglich angedeutet, ohne dass Apfel hier eine Aussage zum Thema macht. Die Andeutung einer Privilegierung einer Opfergruppe ist geeignet, antisemitische Ressentiments aufzurufen. Apfel vermeidet aber eine klar antisemitische Aussage. Vielmehr deutet er an, dass den Deut-

schen verweigert werde, was Juden selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen:

„In diesem Zusammenhang sei der ehemalige Direktor des Holocaust-Museums in Washington, Michael Berenbaum, mit seiner so genannten Shoah-Stiftung zitiert: ‚Wir geben den Opfern ihre Namen, ihre Identität und ihre Geschichte zurück.‘ Sie werden nachvollziehen, meine Damen und Herren, dass auch wir dies möchten, nämlich den Toten ihre Identität und Geschichte zurückzugeben.“

Eine Besonderheit des rechtsextremen Umgangs mit der Geschichte der Bombardierung Dresdens ist die Verwendung des Begriffs „angloamerikanische Terrorangriffe“, wie sie auch im Titel der Aktuellen Debatte gegeben ist. Damit knüpft die NPD an die Darstellung der Ereignisse aus DDR-Zeiten an. In seiner Rede bemühte sich Apfel um einen antiimperialistischen Tonfall:

„Die Gleichen, die damals keine Skrupel hatten, Abertausende Zivilisten kaltblütig umzubringen, kennen auch heute keine Skrupel. Von Dresden über Korea, Vietnam und Bagdad zieht sich eine Spur durch das 20. Jahrhundert, die Sie auch mit noch so viel Niedertracht nicht den Deutschen in die Schuhe schieben können. Die gleichen Massenmörder, die am 13. Februar Dresden ausgelöscht haben, sind heute drauf und dran, neue Kriege vom Felde zu ziehen.“

Zentrale Elemente der Rede Apfels griff Jürgen Gansel in der Debatte wieder auf, um die historische Manipulation weiter zu treiben:

Die Verbrechen an den europäischen Juden werden relativiert, indem die Bombardierung deutscher Städte im Kriegsverlauf als mindestens gleichrangiges Verbrechen dargestellt wird. Gansels

Begriff des „*Bomben-Holocaust*“ schließt an Apfels Charakterisierung des 13. Februar als „*kaltblütig geplanter industrieller Massenmord an der Zivilbevölkerung*“ (siehe oben) an.

Den deutschen Opfern werde aber das Gedenken verweigert. Es wird suggeriert, dass den Deutschen eine historische Ungerechtigkeit widerfährt.⁶ Ausdruck davon sei auch, dass die Zahl ihrer Opfer „*klein gerechnet*“ werde. Die NPD versucht die Gedenkpraxis zu skandalisieren.

Schließlich wird die Kausalität der Ereignisse verdreht: Nicht der von Deutschland ausgegangene Vernichtungskrieg sei ursächlich für die Bombardierung deutscher Städte gewesen, sondern die angeblich schon vor dem Krieg gegebene Absicht der Alliierten, Deutschland zu vernichten.

Nachdem Gansel auf Opferzahlen und Gedenkkultur eingegangen war, brachte er den letzten Aspekt in die Debatte:

„Die Behauptung, ein allein durch Deutschland verschuldeter Krieg sei in Form des alliierten Bombenterrors auf das Land der Täter zurückgefallen – wie wir es von Herrn Prof. Weiss gehört haben –, ist infam, weil unwahr.“

Als vermeintliche Beweise für einen „*eliminatorschen Antigermanismus*“ führte Gansel neben einigen Churchill-Zitaten aus der Kriegszeit allen Ernstes den Umstand an, dass im Jahre 1896 in einer englischen Wochenzeitung der lateinische Satz *Germania est*

⁶ Gansel in seiner Rede in derselben Debatte: *„Wo nehmen die sächsischen Altparteien, die es auch geschichtspolitisch zu einer bemerkenswerten Einheit gebracht haben, eigentlich die moralische Arroganz her, Tote in gute und böse Opfer zu scheiden? Die bösen Opfer sind natürlich die Deutschen. Die guten Opfer sind alle anderen.“*

delenda („Deutschland ist zu zerstören“) gestanden habe. Ein isoliertes Zeitungszitat wird also als Beleg für eine fiktive politische Leitlinie Großbritanniens gewertet!

2. Geschichtswissenschaft à la NPD

Gansel bemühte sich in dieser Debatte um den Hinweis, er beziehe sich auf „*historische Fakten*“. Offensichtlich hat sein Geschichtsstudium für ihn einen hohen legitimatorischen Stellenwert. In der Debatte um den NPD-Antrag „*Errichtung einer Sächsischen Landesstiftung „Opfer des Luftkrieges“ und Einrichtung eines regulären Gedenktages zur Erinnerung an die alliierten Luftangriffe vom 13./ 14. Februar 1945*“⁷ am 25. 2. 2005 betonte er, dass die „*Kunst der Geschichtsinterpretation*“ darin bestehe, „*dass man historische Daten nicht nur aufsagen, sondern sie historisch einordnen und historische Kausalzusammenhänge herstellen kann*“. Dies lerne man „*an jeder bundesdeutschen Universität im historischen Grundseminar*“. In der NPD-Fraktionszeitung „*Klartext*“ sagt Gansel in einem Interview:

„Als studiertem Historiker geht es mir um eine gerechte und wahrhaftige Darstellung der Geschichte.“⁸

In einer Pressemitteilung vom 10. 5. 2005 befand er es für nötig, die Öffentlichkeit über die Abschlussnote seines Magisterstudiums zu informieren (1,6 nach neun Semestern).

Gansel dürfte selbst nicht erwarten, dass er von der Fachöffentlichkeit als Historiker ernst genommen wird, wenn er ein einzelnes Zeitungszitat als Beweis für lang angelegte Vernichtungs-

⁷ Landtagsdrucksache 4/ 437.

⁸ *Klartext*-Ausgabe 4/ 2005.

pläne gegen Deutschland anführt. Vielmehr versucht er wahrscheinlich, sich als Autorität für eine rechtsextremistische Teilöffentlichkeit zu etablieren, die bereit ist, derartige Konstruktionen als Deutung von kausalen Zusammenhängen anzusehen.

Diese Deutungsangebote dürften auch tatsächlich in der rechten Szene rezipiert werden.⁹

In der Debatte vom 25. 2. 2005 ergänzte Gansel seine älteren Ausführungen unter Bezugnahme auf einen Artikel aus der „Welt am Sonntag“ vom 6. 2. 2005, dass der britische Ingenieur Frederick Lancaster bereits 1916 in einem Buch die Möglichkeit einer Bombardierung deutscher Städte erörtert habe (dass diese Überlegungen während eines Weltkrieges angestellt wurden, blendet Gansel natürlich aus). Nach diesem Lancaster seien die britischen Bomber benannt worden, „*die Dresden in Schutt und Asche legen*“.¹⁰

Auch auf das Thema der historischen Kausalität ging Gansel kurz ein, indem er den Versailler Vertrag als Ursache des Nationalsozialismus zu benennen versuchte.

⁹ Am 17. 2. 2005 referierte Gansel zur Debatte vom 21. 1. 2005 vor der rechten „Coburger Runde“; siehe <http://www.coburger-runde.de/va/2005-/va200502gansel.php> (eine früher dort zu findende Audio-Datei ist nicht mehr herunterzuladen, liegt uns aber vor). Zur Mobilisierung zum „Trauermarsch“ am 11.2. 2006 wiederholte die JLO Sachsen in Audio-Dateien auf ihrer Homepage (<http://www.jlosachsen.de>) die Darstellungen Gansels.

¹⁰ Ralf Georg, Reuth, *Erstickt, verkohlt, zerstückelt*, Welt am Sonntag vom 6. 2. 2005. Gansel selbst hat in seinem Vortrag vor der „Coburger Runde“ gesagt, dass er diesen Zusammenhang erst aus der Welt am Sonntag erfahren habe.

3. Abbruch der Kampagne?

Allerdings ist die geschichtspolitische Offensive der NPD-Fraktion offenbar ins Stocken geraten. Außer den Debatten des Januar und Februar 2005 und einige Nachbereitungen in „Deutscher Stimme“ und „Klartext“ hat es bis jetzt entgegen der Ankündigungen Gansels keine Initiativen gegeben. Kleine Ausnahmen sind Kleine Anfragen zu vermuteten Massengräbern in der Dresdner Heide und zu Kriegsverbrechen in Sachsen im Jahr 1945.¹¹ Weitere geschichtspolitischen Initiativen gibt es zurzeit nicht. Womöglich ist die geschichtspolitische Schwerpunktsetzung zu Beginn der Wahlperiode intern als Belastung wahrgenommen worden.

Ob dies für einen Strategiewechsel in der NPD-Fraktion spricht, bleibt abzuwarten. Offenbar führte die Wortwahl Gansels (aber auch das Verhalten der Fraktion während der Gedenkminute für die Opfer von Zweitem Weltkrieg und Nationalsozialismus) auch zu innerparteilicher Kritik, weil sie geeignet war, bürgerliche Kreise abzuschrecken. In der „*Deutschen Stimme*“ vom März fühlte Gansel sich daher bemüßigt, seine Wortwahl zu verteidigen.¹² Als Anliegen formulierte er hier, dem Volk „*seinen Selbstbestimmungswillen wiederzugeben*“. Unmittelbar nach der Debatte vom 21.1. 2005 war der NPD-Fraktion das Thema noch wichtig ge-

¹¹ Drucksache 4/ 4552 (Kl. Anfrage *Kriegsverbrechen in Sachsen 1945* von Matthias Paul); Drucksache 4/ 3774 (Kl. Anfrage *In der Dresdner Heide vermutete Massengräber mit Opfern des Bombenangriffes auf Dresden vom 13./14. Februar 1945* von Matthias Paul).

¹² *Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren. Warum die NPD-Wortwahl im Sächsischen Landtag richtig war*, „*Deutsche Stimme*“, März 2005.

nug, um es in einer eigenen Broschüre zu dokumentieren und zu kommentieren.¹³

Aber auch die Gründung einer „*Dresdner Schule*“ im Umfeld der NPD-Landtagsfraktion ist geschichtspolitisch motiviert. So soll die „*Dresdner Schule*“ ein Gegenmodell zur Frankfurter Schule sein, der eine wichtige Rolle bei der „*Umerziehung*“ des deutschen Volkes zugeschrieben wird:

„Ein Hauptanliegen der Frankfurter Schule war es, die Deutschen durch eine irrwitzige Vergangenheitsbewältigung zu neurotisieren und ihres geschichtlichen Erbes zu entfremden. Sie sollten zu identitätskastrierten Gegenwartskriechern ohne (positive) Vergangenheit und damit auch ohne Zukunft gemacht werden.“¹⁴

Im „*Klartext*“ stellt Gansel die „*Dresdner Schule*“ im Interview unter der Überschrift „*Wir haben das Recht, ein selbstbewusstes Volk zu sein*“ vor.¹⁵

Von einer großen Produktivität der „*Dresdner Schule*“ kann im Moment nicht die Rede sein. Möglicherweise hat sich Gansel mit dem Anspruch, eine nationale Denkfabrik aus der Taufe zu heben, übernommen. Die „*Dresdner Schule*“ erscheint zurzeit weniger als ein Anschluss an die intellektuelle „*Neue Rechte*“ denn

¹³ NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, *Dresden. Erinnern. Dokumentation der Debatte über den „Bomben-Holocaust“ im Sächsischen Landtag aus Anlass der Zerstörung Dresdens vor 60 Jahren* („Beiträge zur sächsischen Landespolitik“, Heft 3).

¹⁴ *Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation. Der Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel zu Wesen und Wollen der Dresdner Schule*, „*Deutsche Stimme*“, Juni 2005 (auch auf den einschlägigen Homepages).

¹⁵ *Klartext*, Ausgabe 4/ 2005.

als ein Nachahmungsversuch. Die Beiträge der „*Dresdner Schule*“ bestehen bislang in einzelnen programmatischen „*Deutsche Stimme*“-Artikel, die auch in den diversen NPD-Internetpräsenzen zu finden sind.¹⁶

Dass das Repertoire an Geschichtsumdeutungen in der NPD erschöpft ist, ist aber nicht zu vermuten. Ob dieses Thema wie von der NPD angekündigt in Zukunft noch eine größere Rolle spielen wird, bleibt abzuwarten.¹⁷

¹⁶ Ein Beispiel dafür ist die Aussage Gansels vor der „Coburger Runde“, dass die Vertreibung von Deutschen nicht die Reaktion auf den nationalsozialistischen Krieg, sondern die Verwirklichung älterer Pläne, die bereits auf dem Panslawistenkongress von 1848 (!) diskutiert worden sei.

¹⁷ Die Unterstützung des Dresdner „Trauermarsches“ durch die NPD-Fraktion ist auch Thema im „*Klartext*“ (Ausgabe 7); hier wird vor allem das juristische Vorgehen der Fraktion aufgrund der erfolgreichen Blockade des Marsches angesprochen.

II. Kommentar

Michael Kohlstruck

Angepasste Strategie - Zur aktuellen Geschichtspolitik der NPD

1. Taktische Anpassung an die Rechtslage

Im Folgenden wird die These vertreten, dass die NPD im Vergleich zu den 1990er Jahren ihre geschichtspolitischen Äußerungen, insbesondere im Hinblick auf den Nationalsozialismus und seine Verbrechen den neuen rechtlichen Gegebenheiten angepasst hat. Substantielle Änderungen gibt es keine. Die für die NPD konstitutive völkische Weltanschauung bildet nach wie vor den Rahmen der Argumentationen. Sie markiert den entscheidenden Unterschied zu allen Varianten demokratischer Geschichtspolitik. Eine direkte Leugnung geschichtlicher Fakten ist anspielungshaltigen semantischen Strategien gewichen, die sich nicht unmittelbar auf die Vergangenheit, sondern auf die gegenwärtige Konstruktion von Erinnerung richten.

Das Spezifische der aktuellen Geschichtspolitik lässt sich durch einen Vergleich mit den 1990er Jahren zeigen, als Günter Deckert in der NPD eine führende Rolle spielte. Deckert, langjähriges NPD-Mitglied, JN-Gründungsmitglied, zeitweise Bundesvorsitzender der NPD (1991 bis 1995) und Schriftleiter der „Deutschen Stimme“, hatte u. a. Veranstaltungen zusammen mit Fred Leuchter durchgeführt, der, gestützt auf zweifelhafte Gutachten, die Ermordung von Juden durch Gas in Frage gestellt hatte. Deckert hatte sich diese Thesen zu Eigen gemacht.

Er wurde im April 1995 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhass zu zwei Jahren Haft verurteilt.¹ Der Fall Deckert hatte 1994 zu einer Strafrechtsänderung geführt, in deren Folge der § 130 StGB ergänzt wurde. Seit dem 1. 12. 1994 kann bestraft werden, wer Verbrechen der Nazis „billigt, leugnet oder verharmlost“.²

2. Der Eklat im Sächsischen Landtag

Im Vergleich zur aggressiven Leugnung der Ermordung der europäischen Juden, ist die NPD-Geschichtspolitik heute etwas subtiler angelegt. Als ein Beispiel sollen die Vorgänge im Sächsischen Landtag am 21. Januar 2005 dienen.

Am Vorabend hatte die NPD beim Landtagspräsidenten beantragt, eine Schweigeminute ausschließlich für die Opfer der Bombardierung Dresdens auf die Tagesordnung zu setzen. Eine Schweigeminute kann jedoch laut Geschäftsordnung des Landtages nicht für die Tagesordnung beantragt werden, da es sich dabei um eine protokollarische Angelegenheit handelt. Damit war der Antrag hinfällig. Die Antwort des Landtagspräsidenten auf den erinnerungspolitischen Vorstoß der NPD bestand darin, vor Eintritt in die Tagesordnung der achten Sitzung am 21. Janu-

¹ Uwe Backes/Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland (4. Aufl.), Bonn 1996, S. 337.

² Vgl. zum Fall Deckert u.a. Anja Weusthoff: Endlich geregelt? Zur Ahndung der Holocaust-Leugnung durch die deutsche Justiz, in: Brigitte Bailer-Galanda/ Wolfgang Benz/ Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): Die Auschwitz-leugner. "Revisionistische" Geschichtslüge und historische Wahrheit (2. Aufl.), Berlin 1997, S. 252-272; Thomas Wandres: Die Strafbarkeit des Auschwitz-Leugnens, Berlin 2000, S. 113-122.

ar 2005, die Abgeordneten zu einer Schweigeminute aufzurufen.³ Er verwies darauf, dass dies die letzte Landtagsitzung vor dem 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, und dem 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens sei und forderte die Abgeordneten auf, sich zu Ehren der Opfer zu erheben. Dabei fasste er die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Opfer des alliierten Bombardements zusammen, indem er von „Opfer[n] der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ sprach, „gleichviel durch welche Willkür und Gewaltmaßnahmen sie zu Schaden gekommen sind“.⁴ Die Abgeordneten der NPD kamen dieser Bitte des Präsidenten – anders als alle anderen Abgeordneten – nicht nach und verließen vorübergehend den Saal, der Abgeordnete Uwe Leichsenring protestierte anschließend gegen die „Vermischung“ der beiden Opfergruppen.

Den zweiten Antrag innerhalb der anschließenden Aktuellen Stunde hatte die NPD eingebracht: „Verhalten der Sächsischen Staatsregierung und des Landtages zu Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag der angloamerikanischen Terrorangriffe auf die sächsische Landeshauptstadt Dresden“.

³ Vgl. Reiner Burger: Brüllende Parlamentsfeinde. Wie die NPD versucht, die sächsische Volksvertretung für ihre extremistischen und revisionistischen Absichten zu benutzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 25. 1. 2005, Nr. 20, S. 3; NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag (Hrsg.): Dresden. Erinnern. Dokumentation der Debatte über den "Bomben-Holocaust" im Sächsischen Landtag aus Anlass der Zerstörung Dresdens vor 60 Jahren, Dresden 2005, S. 2f.

⁴ Alle Zitate der Landtagsdebatte nach Sächsischer Landtag, Plenarprotokoll 4/ 8 (21. 01. 2005), (www.landtag.sachsen.de, 31. 07. 2006).

Als erster Redner kritisierte Holger Apfel, der Fraktionsvorsitzende der NPD, den Umstand, dass der Opfer des Angriffs auf Dresden von Seiten der Staatsregierung und des Landtages nicht in einer eigenen Gedenkveranstaltung gedacht werde. Er unterstellte, die Zahlen der Getöteten würden bewusst reduziert und knüpfte daran die rhetorische Frage „Sind Ihnen deutsche Opfer weniger wert als andere?“ Apfel eröffnete damit einen Vergleich zwischen den jüdischen Opfern des Nationalsozialismus und den deutschen Opfern des Bombenkrieges. Im weiteren Verlauf berichtete er, die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) habe dem Fraktionsvorsitzenden der CDU und dem sächsischen Ministerpräsident die Schirmherrschaft für den Trauermarsch am 13. Februar angetragen. Außerdem werde die NPD-Fraktion beantragen, eine Staatsstiftung einzurichten, die als zentrale Gedenkstätte die zivilen Opfer der Bombenangriffe dokumentiere.⁵ Abschließend skizzierte Apfel eine Kontinuität in der Politik der USA und Großbritannien vom Zweiten Weltkrieg zur Gegenwart, die er als „Massenmörder“ bezeichnete. Dies gipfelte in der Versicherung, „dass wir uns auch in der Zukunft nicht zu Komplizen angloamerikanischer Gangsterpolitik machen lassen“.

Die Rede von Apfel war polemisch und teilweise vulgär: Die demokratischen Parteien im Landtag wurden als „Blockparteien“ angesprochen, die von der NPD kritisierten Versäumnisse seien „würdelos bis zum Erbrechen“, der Landtag werde von den demokratischen Parteien zu einer „gedenkefreien Zone“ ernannt,

⁵ Vgl. Landtagsdrucksache 4/ 0473 sowie die Stellungnahme der Landesregierung zu diesem Antrag.

„Menschen“ würde man „vor Strafgerichte des BRD-Gesinnungsstaates zerren“, weil sie abweichende Meinungen verträten. Jürgen Gansel führt als zweiter Redner der NPD die Polemik fort. „Niemand ist verächtlicher als solche deutsche Politiker, die das Geschichtsbild der Siegermächte auf moralische Kosten ihres eigenen Volkes unkritisch übernehmen und ihre eigenen Schuldneurosen auf dem Rücken ihrer Landsleute kultivieren.“ Gansel behauptete, der „Bomben-Holocaust von Dresden“ gehe nicht auf den deutschen Überfall auf Polen vom September 1939 zurück, sondern sei Folge einer sehr viel älteren Absicht der Briten, Deutschland zu zerstören. Die Vertreter der demokratischen Parteien würden letztlich im Dienst dieser alten Strategie der Siegermächte stehen und gegen ihr eigenes Volk arbeiten. Der SPD-Abgeordnete Cornelius Weiss, der Apfels ersten Beitrag zurückgewiesen hatte, sei „ein würdiger Vertreter dieser Umerziehungs- und Canossa-Republik“. Während Churchill, als politisch Verantwortlicher für den Angriff auf Dresden, in der „Tradition eines eliminatorischen Antigermanismus“ gestanden hätte, sei heute gegen die von den demokratischen Parteien im Parlament praktizierte „Schuldknechtschaft des deutschen Volkes“ zu kämpfen.

An diesem Auftritt im Sächsischen Landesparlament und seiner Vorgeschichte sind mehrere Sachverhalte bemerkenswert.

- Die NPD nimmt den bevorstehenden Jahrestag der Bombardierung Dresdens zum Anlass eines Angriffs auf die damaligen Alliierten USA und Großbritannien sowie zu einer Attacke auf die demokratischen Parteien und deren Ge-

schichtspolitik.⁶ Im Zentrum steht somit nicht ein Gedenken der Opfer als solcher, sondern die mit dem Datum verbundenen Möglichkeiten einer Feindbestimmung, einer historischen Anklage und ihrer Aktualisierung. Die Jahrestage von historischen Vorgängen sind für die NPD nicht Grund für ein politisch zweckfreies Gedenken, sondern Anlass für ihre spezifische Erinnerungspolitik und die Abgrenzung von den anderen Parteien. So hat auch die der CDU angetragene Schirmherrschaft über eine Veranstaltung der JLO rein strategischen Charakter: Es wäre überraschend, wenn eine der etablierten Parteien mit der JLO zusammenarbeiten würde, die vom Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen wegen maßgeblicher „rechtsextremistischer Strömungen“ beobachtet wird.⁷

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist nicht die Tatsache bemerkenswert, dass die NPD Geschichtspolitik betreibt. Geschichtspolitik, in diesem Fall genauer: Erinnerungspolitik betreiben auch etablierten Parteien. Ein Beispiel ist die vom Landtagspräsidenten angesetzte Schweigeminute zu Beginn der achten Sit-

⁶ Der Terminus Geschichtspolitik umfasst üblicherweise beides, Deutungen und Entscheidungen über Mittelvergabe. Soweit politische Akteure wie die NPD nur über eingeschränkte Entscheidungsmacht verfügen, bleibt es bei einer bloßen Deutungspolitik, d. h. öffentlich vorgetragenen Interpretationen und Slogans. Vgl. Michael Kohlstruck: Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie, in: Birgit Schwelling (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen, Wiesbaden 2004, S. 173-193.

⁷ Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Freistaat Sachsen 2005, Dresden 2006, S. 43-45.

zung; mit dieser Schweigeminute wollte er einerseits der Opfer der Bombardierung wie der NS-Opfer gedenken, zugleich aber auch verhindern, dass die NPD ihr Vorhaben eines exklusiven Erinnerns an die Dresdener Opfer über die Einberufung des Landtagspräsidiums durchsetzen konnte.

- Die politische Abgrenzung erfolgt einmal als Angriff auf die für die Bombardierung verantwortlichen historischen Akteure sowie die unterstellte Kontinuität ihrer Politik. Die Hauptattacke gilt aber der Erinnerungspolitik der anderen Parteien und der Memorialkultur in Deutschland. Hier erbringt der eingangs angesprochene Vergleich mit den negationalistischen Strategien der 1990er Jahren Aufschluss über die neuen Elemente der rechtsextremen Geschichtspolitik. Thematisiert werden die heutigen Deutungen und Bewertungen, nicht die historischen Fakten als solche. Gegenstand der Angriffe sind bestimmte Auffassungen und Redeweisen, wie sie in der symbolischen Ordnung der politischen Kultur im Hinblick auf die NS-Verbrechen in den letzten Jahren üblich geworden sind. „Politische Kultur“ meint in diesem Zusammenhang die Ordnung von Bedeutungen, die legitime Auffassungen von Ereignissen und Handlungen von solchen unterscheidet, die als illegitim gelten. "Politische Kultur ist gleichsam ein Regelsystem, von dem abhängt, was und wie 'man' innerhalb eines sozialen Verbandes politisch handeln,

politisch reden und politisch denken kann, ohne mit informellen gesellschaftlichen Sanktionen rechnen zu müssen."⁸

Verstöße gegen die weichen Regeln der Political Correctness lassen sich weniger eindeutig festmachen als Verstöße gegen Gesetze und werden auch nicht von institutionalisierten Einrichtungen wie Gerichten sanktioniert. Die Äußerungen im Sächsischen Landtag waren – wie eine Überprüfung ergab – strafrechtlich nicht zu verfolgen. „Durch die unzulässige Gleichsetzung der Bombardierung Dresdens mit der Judenvernichtung im Dritten Reich hat die NPD den Holocaust an den europäischen Juden relativiert, ohne dabei die Grenzen zur Strafbarkeit zu überschreiten.“⁹

Die Verstöße gegen die in der politischen Kultur als legitim geltenden Regeln des Redens über den Nationalsozialismus werden von der NPD als bewusste Provokationen angelegt. „Ich habe den Begriff Bomben-Holocaust in provozierender Absicht benutzt“ räumte Gansel gegenüber der Presse ein.¹⁰

Wie funktionieren solche Provokationen? Das Wort vom Bomben-Holocaust stellt eine Verbindung von Themen her, die nach den Normen der politischen Kultur nicht zulässig ist. Die systematische Ermordung der europäischen Juden auf der einen Seite und die Bombardierung von deutschen Städten auf der anderen

⁸ Karl Rohe, Politik. Begriffe und Wirklichkeiten (2. Auflage), Stuttgart 1994, S. 163.

⁹ Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2005 (Vorabfassung), Berlin 2006, S. 110.

¹⁰ Berliner Zeitung, 24. 01. 2005, Nr. 19.

Seite werden in einem polemischen Akt beabsichtigter Regelverletzung sprachlich gleichgesetzt. Mit dem Wort Bombenholo-caust ist ein doppelter Sinn verbunden. Einmal wird der Meinungskonsens über eine weithin angenommene verbrecherische Singularität des Holocaust aufgekündigt. Zum anderen wird die Bombardierung Dresdens als ein Verbrechen bewertet, dessen Verwerflichkeit der Ermordung der Juden gleichkommt.

Derartige gezielte Regelverletzungen können funktionieren, weil bestimmte eingeschliffene Deutungs- und Redeweisen einen hohen Rang in der politischen Kultur, also gleichsam den Status von reservierten Vokabeln haben. Deutlich wird dies an einer Reaktion auf die NPD-Redebeiträge in der Januarsitzung. Der SPD-Abgeordnete Johannes Gerlach betonte:

„Das Wort Holocaust ist ein für allemal für diesen einmaligen und mit nichts vergleichbaren barbarischen Akt der Vernichtung von Menschen durch die Nazis belegt. Ich verwahre mich als Mitglied dieses Landtages davor, dass dieses Wort (...) mit irgendwelchen anderen Begriffen vermischt oder verwoben wird.“

- Die erinnerungspolitische Strategie eines provokatorischen Wortgebrauches ist daran gebunden, dass „Holocaust“ heute in der deutschen Öffentlichkeit der Bundesrepublik nicht als Begriff, sondern als Name gilt. Folgt man dieser Deutung, kann es nur einen Holocaust geben, nämlich den Mord an den europäischen Juden.¹¹

¹¹ Tatsächlich werden aber mit „Holocaust“ in der öffentlichen Diskussion immer häufiger nicht allein die Verbrechen an den Juden, sondern die natio-

- Die erinnerungspolitische Strategie der aggressiven sprachlichen Assoziation ist als solche nicht neu, sie hatte am 21. Januar 2005 keine Premiere.¹² Die in sprachlichen Neuschöpfungen verdichteten Attacken auf die herrschende Erinnerungskultur sind seit längerem aus den Publikationen der NPD bekannt.¹³ Auch das Wort vom Bombenholocaust war

nalsozialistischen Gewaltverbrechen im Ganzen bezeichnet. Ein Beispiel: "Die Frage, dass und wie die Nazivergangenheit und ihre Verbrechen, also der Holocaust, Teil deutscher, Teil europäischer, Teil humaner Identität ist oder sein muss, diese Frage beschäftigt uns mehr denn je." Wolfgang Thierse: Der Holocaust im öffentlichen Bewusstsein, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 54 (2006), H. 6, S. 532-536, S. 532f.

¹² Die Bezeichnung des Bombardements von Dresden als Holocaust findet sich bereits früher. Vgl. Erich Schwinge: Bilanz der Kriegsgeneration. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Zeit, Marburg (1979), 8. Aufl. 1982, S. 69. Schwinge zitiert die Bewertung, die Harold Nicolson in seiner Besprechung von David Irving's Buch „The Destruction of Dresden“ formuliert hatte. Nicolson ging für Dresden von der mittlerweile revidierten Opferzahl von 135.000 aus, vergleicht sie mit rd. 71.000 Toten von Hiroshima und kommt dann zu dem Schluss: „it was the greatest single holocaust caused by war.“ (The Observer, Nr. 8966, 5. 5. 1963, S. 25).

¹³ Vgl. Rolf-Josef Eibicht/ Anne Hipp: Der Vertreibungsholocaust. Politik zur Wiedergutmachung eines Jahrtausendverbrechens, Riesa 2000; dazu die Rezension: Otto Scrinzi: Gelegener Holocaust. Das Standardwerk über die Vertreibungsverbrechen von Tschechen an der deutschen Bevölkerung im Sudetenland, in: Deutsche Stimme (DS) 25 (2000), Nr. 10 (Okt.), S. 17; Jürgen W. Gansel: Die Entdeckung des Vertreibungsholocausts. In der Novelle "Im Krebsgang" verarbeitet Günter Grass die Tragödie des Flüchtlingsschiffes "Wilhelm Gustloff" 1945, in: DS 27 (2002), Nr. 3 (März), S. 24; Claus Nordbruch: Schuld kult bizarr: "Kolonialgreuel" in Südwest? Die Geschichtslüge vom "Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika" ist widerlegt, in: DS 29 (2004), Nr. 10 (Okt.). S. 17.

bereits im Zusammenhang mit der Demonstration der JLO im Februar 2004 verwendet worden.¹⁴ Neu war im Januar 2005 vielmehr, dass die erinnerungspolitischen Slogans der NPD von einem prominenten Ort aus verkündet wurden. Nach dem Einzug der NPD in das Sächsische Landesparlament hatte Karl Richter, Leiter des Parlamentarischen Beratungsdienstes der NPD-Fraktion, betont: „Mandate, Gelder und Ressourcen werden neu verteilt“, die NPD werde nun „Strukturen nutzen, Signale setzen“. Eben dies wurde im Januar 2005 getan, und das Rednerpult eines Landtags für die Darlegung von rechtsextremen Geschichtsinterpretationen genutzt.¹⁵

3. Die Strategie der sprachlichen Anspielung

Provokatorisch gemeinte Wortneuschöpfungen oder Neukontextualisierungen von eingeführten Termini werden im Rahmen der aktuellen NPD-Erinnerungspolitik systematisch eingesetzt. Es lässt sich geradezu von einer gezielten Strategie aggressiver semantischer Allusionen sprechen. In den oben zitierten Ausführungen finden sich weitere Beispiele.

¹⁴ Vgl. Roland Bau: Machtvoller Auftritt des geschichtsbewussten Deutschlands. Bei Demonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen gedenken fast 3.000 Deutsche des alliierten Bombenterrors, in: DS 29 (2004), Nr. 3 (März), S. 10. Auf einem der bei dieser Veranstaltung mitgeführten Transparente heißt es: „Der Bombenholocaust lässt sich nicht widerlegen“ – mit der Implikation, dass eine Widerlegung in anderen Fällen durchaus möglich sei.

¹⁵ Karl Richter: *Das Fanal von Sachsen* (Gastkolumne), in: DS 29 (2004), Nr. 10 (Okt.), S. 1; Karl Richter: *Wozu Rechte im Landtag?* in: Nation & Europa, 54 (2004), Nr. 1/12, S. 16-20.

„Angloamerikanische Terrorangriffe“ war die stehende Wendung, mit der in der Geschichtspolitik der DDR die Bombardierung Dresdens bezeichnet worden war. Man setzte mit dieser Formel die Sprachregelung fort, die die NS-Behörden während des Zweiten Weltkrieges eingeführt hatten.¹⁶ Die von Gansel gebrauchte Wendung einer „Tradition eines eliminatorischen Antigermanismus“ nimmt die populärwissenschaftliche Diagnose von Goldhagen auf, der von einer deutschen Tradition eines eliminatorischen Antisemitismus gesprochen hatte.¹⁷ Die Formel von der Abwehr einer „historischen Schuldknechtschaft des deutschen Volkes“ ist eine Variation der These von einer ökonomischen „Zinsknechtschaft des deutschen Volkes“, wie sie von Gottfried Feder 1919 propagiert wurde und mit deutlich antisemitischer Zielrichtung Aufnahme in das 25-Punkte Programm der NSDAP von 1920 gefunden hatte.¹⁸ Gansel hatte

¹⁶ Vgl. Jörg Friedrich: *Das Gesetz des Krieges. Das deutsche Heer in Rußland 1941 bis 1945. Der Prozess gegen das Oberkommando der Wehrmacht*, München Zürich 1993, S. 310-320; Gilad Margalit: *Der Luftangriff auf Dresden. Seine Bedeutung für die Erinnerungspolitik der DDR und für die Herauskristallisierung einer historischen Kriegserinnerung im Westen*, in: Susanne Düwell/ Matthias Schmidt (Hrsg.): *Narrative der Shoah. Repräsentationen der Vergangenheit in Historiographie, Kunst und Politik*, Paderborn 2002, S. 189-207.

¹⁷ Daniel Jonah Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* (1996), Berlin 1998.

¹⁸ Vgl. Gottfried Feder: *Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes*, Diessen 1919 (Reprint 1982 im Faksimile Verlag Bremen des Nachdrucks von 1926); Albrecht Tyrell: *Gottfried Feder. Der gescheiterte Programmierer*, in: Ronald Smelser/ Rainer Zitelmann (Hrsg.): *Die braune Elite. 22 biographischen Skizzen*, Darmstadt 1990, S. 28-40.

diese Anspielung schon in einer früheren Veröffentlichung verwendet.¹⁹

Bemerkenswert ist diese Strategie aggressiver Assoziationen in mehreren Hinsichten.

- Solche Signalwörter werden verwendet, um die Aufmerksamkeit der Medien zu erreichen. Je ungewohnter die Assoziationen sind oder je verstörender die Neuschöpfungen wirken, um so eher erreichen sie das Ziel einer Empörung und damit der medialen Berichterstattung. Mit einem minimalen Aufwand lässt sich ein großer – und manchmal auch für die Akteure überraschend groß – Erfolg bewirken, der in der Szene goutiert wird. So gesehen haben es die beiden NPD-Redner im Januar 2005 verstanden, den ganzen Landtag und die Medien zu Mitwirkenden ihrer Strategie zu machen. Ohne die große Aufregung der anderen Parteien, ohne die Gegenrede des SPD-Abgeordneten und ohne die anschließende öffentliche Debatte über die Möglichkeit eines weiteren NPD-Verbotsverfahrens hätten die Äußerungen nicht eine öffentliche Resonanz erster Ordnung erfahren.²⁰ Man kann diese Strategie als eine ökonomisch modernisierte Öffentlichkeitsarbeit bezeichnen: Für die eigene Selbstdarstellung macht man sich die Novitätsverpflichtung der Me-

¹⁹ Jürgen W. Gansel: Geschichtsschreibung: Ende der historischen Schuldnechtschaft. Die Debatte um den alliierten Bombenterror zeigt einen historischen Gezeitenwechsel an, in: DS 28 (2003), Nr. 2 (Febr.), S. 24.

²⁰ Vgl.: Debatte über NPD-Verbot. Empörung nach Eklat im sächsischen Landtag, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) 23. 01. 2005, Nr. 3, S. 2.

- dien, die Skandalisierungsbereitschaft der politischen Konkurrenz, das Empörungsbedürfnis der politisch-moralischen Eliten und die Sensationslust der Öffentlichkeit zunutze.
- Mit diesen Verbalmarkierungen des eigenen Denkterritoriums spricht man sowohl nach innen zu den eigenen Anhängern wie nach außen zur allgemeinen Öffentlichkeit. Manche Assoziationen können fast nur von einschlägig belesebenen Interessierten dechiffriert werden. Sie sprechen in erster Linie die eigene Szene an und sind ansonsten nur für die Beobachter der Sicherheitsbehörden und der Wissenschaft aufschlussreich. Andere Formulierungen wie das Wort vom Bomben-Holocaust sind für die eigenen Anhänger wie die allgemeine Öffentlichkeit verständlich. Mit der wiederholten Verwendung von sprachlichen Neuschöpfungen und Neukontextualisierungen bekannter Schlagwörter sollen bestimmte Vokabeln etabliert werden, die den Angriff auf die bundesdeutsche Erinnerungskultur symbolisieren. Inhaltlich geht es der NPD darum, den besonderen herausgehobenen Status der Erinnerung an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus und die daraus abgeleiteten Verpflichtungen gegenüber den Nachkommen der Opfer und gegenüber dem Staat Israel zu destruieren sowie eine historische Schuldzuschreibung an Deutschland grundsätzlich abzulehnen.²¹

²¹ Vgl.: „Das BRD-Establishment hat den zehn christlichen Geboten längst ein elftes hinzugefügt: Du musst die Juden ehren! Danach hat der Jude als das Opfer der Weltgeschichte schlechthin, als das Unschuldslamm aus der Wüste Kanaans, zu gelten - gestern, heute und morgen, in der Politik, der Wirt-

- Solche Wortformeln bleiben unterhalb der Ebene von ausgearbeiteten Argumentationen. Damit werden einschlägige Strafgesetze unterlaufen. Einzelne Schlagwörter führen Argumentationen nicht aus, es sind bloße Signale und Markierungen.

4. Der alte weltanschauliche Rahmen

Das Spezifische der NPD-Deutung des Nationalsozialismus und der Gegenwartsbedeutung seiner Verbrechen sind nicht die bislang dargestellten Elemente. Charakteristisch für die NPD sind nicht die Mittel polemischer Allusion und die Kritik etablierter Vergangenheitsdeutungen als solcher, sondern erst die Mittel und die Positionen im Zusammenhang mit ihrer weltanschaulichen Begründung. Die beiden für die NPD-Geschichtspolitik zentralen Bestandteile der Weltanschauung sind das Konzept des völkisch verstandenen Volkes und die Auffassung von Deutschland als Opfer der Geschichte.

Das völkische Konzept von Volk und Nation kann man analytisch als holistisch-ethnisch bezeichnen: Damit ist einmal gemeint, dass die Mitgliedschaft im Volk über kulturelle Gemeinsamkeit und ethnische Abstammung konzipiert wird und dass zweitens das Verhältnis zwischen Individuum und Volk so verstanden wird, dass die Körperschaft Volk als vorgängiges Gan-

schaft und in der Kultur!": Jürgen W. Gansel: Walser-Verurteilung durch den Literaturgerichtshof. Antisemitismus-Streit im Literaturbetrieb um Martin Walsers neuen Roman "Tod eines Kritikers", in: DS 27 (2002), Nr. 7, S. 5.

zes verstanden wird.²² Volk als vorgängiges Ganzes bedeutet eine Nachrangigkeit der individuellen Person gegenüber dem Ganzen. Das erstgenannte Element einer kulturellen und genealogischen Vorstellung von Volk bedeutet eine Mythologisierung und Substanzialisierung von „Volk“. Zu diesen beiden internen Bestimmungen von „Volk“ kommt die Entscheidung hinzu, „Volk“ zum Zentralwert des politischen Handelns zu machen, d. h. Erhaltung, Stärkung, Schutz des eigenen Volkskörpers und seiner vermeintlich reinen Volkssubstanz zum wichtigsten Ziel des politischen Handelns zu erklären.²³

An diesem Element des weltanschaulich-ideologischen Rahmens der NPD-Geschichtspolitik hat sich nichts verändert: Die mythisierte Substanz des Volkes, die Homogenität der Volksgemeinschaft und der autoritäre Volksstaat waren und sind essentielle Bestandteile rechtsextremen Denkens.

²² Vgl. Stefan Breuer: *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2001, S. 77f. und 96-99.

²³ Vgl. dazu u.a. Ausführungen des verstorbenen Rechtsanwaltes der NPD Hans-Günter Eisenecker: Grundwissen und Grundverständnis über die NPD. Eine zusammenfassende Darstellung der Erwiderng auf den Verbotantrag des Bundesrates, in: DS 27 (2002), Nr. 2 (Febr.), S. 22, wo es heißt: "Jedem Volk liegt ein innerer Daseinsauftrag, ein Urwort, ein Mythos zugrunde, der Wesen und Lebensweg des Volkes vorgibt und dem das Volk folgt (...). Von daher hat ein Volk, auch wenn es deutlich als Einheit erkennbar erscheint, letztlich etwas nicht genau in Worte Fassbares."; Michael Mayer: *Bildung aus dem Strom des Blutes. Plädoyer für einen neuen Erziehungsbegriff*, in: DS 31 (2006), Nr. 8 (Aug.), S. 16; weitere Belege finden sich unten im Dossier zu These III (Sozialpolitik).

Für den geschichtspolitischen Argumentationszusammenhang ist ein weiteres Rahmenelement charakteristisch, nämlich die Annahme, das eigene Volk werde in Geschichte und Gegenwart kontinuierlich von Feinden bedroht. In der Grundfigur besagt dieses Argument, die Feinde Deutschlands wechselten zwischen heißen und kalten Kriegen, zwischen direkten militärischen und indirekt psychologischen Attacken. „Hier werden internationale Langzeitziele und viele verdeckte Umsetzungsmethoden erkennbar, die sich bei näherer und gründlicher Betrachtung und Prüfung als gegen das gesamte deutsche Volk gerichtet erweisen und zu Gegenreaktionen geradezu herausfordern! Unter dem Schutz der Nebelwände dieses Jahrhunderts der Lüge wird noch verdeckt, aber seit langer Zeit eine gezielte Diffamierungskampagne gegen alles Deutsche und gegen die Deutschen geführt.“²⁴ Bereits in den frühen 1950er Jahren formulierte Herbert Grabert: „Es ist die Nachkriegsschuld der Sieger, dass sie gegen das zu Tode besiegte Deutschland nach Abschluss der Kampfhandlungen einen geistigen Zersetzungskrieg“ führen.²⁵

In der Erläuterung seiner Wortwahl im Landtag hat Gansel die beiden Motive des völkisch interpretierten Volkes und des Geschichtsopfers Deutschland zusammengeführt. Damit hat er die

²⁴ Emil Schlee: Wir müssen aus der Geschichte und voneinander lernen, in: Rolf-Josef Eibicht (Hrsg.): Jörg Haider. Patriot im Zwielicht? Stuttgart 1997, S. 415-435, S. 428.

²⁵ Herbert Grabert: Hochschullehrer klagen an. Von der Demontage deutscher Wissenschaft (2. Aufl.), Göttingen 1952; vgl. Martin Finkenberger (Hrsg.): Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901-1978) und seine Verlage, A-schaffenburg 2004.

weltanschauliche Grundlage der NPD-Geschichtspolitik verdeutlicht:

„Durch eine systematische Schuldneurotisierung sollen die Deutschen von der Vertretung ihrer Lebensinteressen abgehalten werden. Durch injizierte Schuldgefühle sollen sie moralisch gedemütigt, politisch bevormundet und finanziell ausgepresst werden. Der nationalen Opposition muss es jetzt gelingen, diesem Volk seinen Selbstbehauptungswillen wiederzugeben. Die selbstbewusste Vertretung deutscher Geschichtsinteressen ist nur durch einen Schluss-Strich unter eine irrwitzige Vergangenheitsbewältigung möglich. Mit den eingeübten Selbsterniedrigungsritualen und dem neurotischen Schuld kult muss Schluss sein. 60 Jahre nach Kriegsende ist es hoch an der Zeit, dass die Deutschen wieder den aufrechten Gang erlernen. Nur so haben sie als Volk eine Zukunft.“²⁶

Auch in dieser zweiten Hinsicht hat sich nichts geändert. Deutschland als ewiges Opfer seiner Feinde oder sogar als Opfer der Geschichte ist eine stabile Denkfigur und ein fester Topos rechtsaußen. Einschlägige Buchtitel beschreiben einen „ewigen Deutschenhass“ und sprechen von einem zweiten bzw. dritten Dreißigjährigen Krieg gegen Deutschland.²⁷

²⁶ Jürgen W. Gansel: Deutsche wieder den aufrechten Gang lehren. Warum die NPD-Wortwahl im Sächsischen Landtag richtig war, in: DS 30 (2005), Nr. 3 (März), S. 17.

²⁷ Joachim Nolywaika: Deutschland als Opfer der Geschichte, Rosenheim 2000; Heinz Thomann: Von Sarajewo bis Nürnberg. Der zweite Dreißigjährige Krieg (3. Aufl.). Wien 2005; die Auffassung eines dritten Dreißigjährigen Krieges vertritt im Anschluss an den Juristen und NS-Propagandisten Friedrich Grimm Emil Schlee: Die drei Dreißigjährigen Kriege gegen Deutschland, in: Soldat im Volk, 1996, Nr. 4 (April), S. 84-86.

Seitdem die NPD im Sächsischen Landtag vertreten ist, hat sie die Möglichkeit, ihre Geschichtsinterpretationen auch außerhalb der rechtsextremen Diskursgemeinschaft zu verbreiten und eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Von einer substantiell neuen Geschichtspolitik kann nicht die Rede sein. Die NPD folgt dem antimodernen Konzept des völkisch verstandenen Volkes und dem Motiv von Deutschland als Geschichtsoffer. Verändert hat sich lediglich die Form der Präsentation. Man hat sich der verschärften Rechtslage angepasst und arbeitet nun mit aggressiven Anspielungen auf der Ebene von Signalwörtern.

III. Fazit

Achim Wesjohann

Bemühen um Anschlussfähigkeit

Die Rede von einer „veränderten Geschichtspolitik“ der NPD, wie sie in unserer These vorgetragen wird, bezieht sich vor allem auf den beschriebenen neuen Umgang mit der Shoah, also auf den Verzicht auf eine offensive Holocaust-Leugnung. Der Beitrag von Michael Kohlstruck mag verdeutlichen, dass die demokratischen Parteien (bzw. die demokratischen Landtagsfraktionen) sich in geschichtspolitischen Fragen bislang zu sehr auf Tabus und Selbstverständlichkeiten verlassen haben, so dass die NPD-Provokation vom 21. Januar 2005 gelingen konnte. Dabei würde allein schon die sachliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges – und auch mit deren Vorgeschichte – genügen, um zu verdeutlichen, dass die Geschichtsinterpretationen eines Jürgen Gansel sachlicher Unfug sind.

Im Beitrag von Kohlstruck und in der Diskussion des Workshops wurde aber vor allem deutlich, dass die geschichtspolitischen Denkfiguren der NPD substanziell überhaupt nichts Neues bieten, sondern vielmehr an sehr alte rechtsextreme Vorstellungen über angebliche Bedrohungen und Feindschaften gegen Deutschland anknüpfen. In der These selbst wird dies nicht deutlich gesagt, auch hätte dieser Aspekt im Dossier deutlicher zum Ausdruck kommen können, auch wenn dort angedeutet wird, dass die veränderte Bezugnahme auf den Nationalsozialis-

mus u.a. dazu dient, an das breitere historische Spektrum der extremen Rechten anzuknüpfen. So kann die NPD auf traditionelle rechtsextreme Denkfiguren und Vorstellungen Bezug nehmen, die nicht unbedingt spezifisch nationalsozialistisch sein müssen, aber die in das Weltbild des Nationalsozialismus eingegangen sind: Beispielsweise die Vorstellung, dass Deutschland von allen Seiten in seiner Existenz bedroht sei. Eine andere „alte“ Vorstellung betrifft den in These I beschriebenen Zusammenhang – nach ihr sei die (westliche) Demokratie den Deutschen nicht weisungsgemäß und bedrohe ihre Identität.

Nach diesen Klarstellungen wird deutlich, dass von wirklichen geschichtspolitischen Innovationen seitens der NPD-Fraktion eigentlich nicht die Rede sein kann (vielleicht erklärt sich aus dem Umstand, dass sie ihr Pulver in diesem Bereich bereits verschossen hat, auch das Ausbleiben von nennenswerten geschichtspolitischen Initiativen nach dem Eklat vom Januar 2005).

In der Diskussion des Workshops wurde aber (unter anderem vom Michael Minkenberg) die Frage aufgeworfen, ob die positive Bezugnahme auf die DDR, wie sie im Teil III unseres Dossiers („Sozialpolitik“ – siehe unten) dargestellt wird, nicht vielleicht die eigentliche geschichtspolitische Innovation der NPD bzw. der NPD-Fraktion sei. Dass sich hinter diesem DDR-Lob eine regelrechte geschichtspolitische Konzeption verbirgt, muss aber bezweifelt werden. Zum einen gibt es bei der NPD-Fraktion keinen homogenen Umgang mit der DDR-Vergangenheit. Hier mögen auch Differenzen zwischen ostdeutschen und westdeutschen Abgeordneten eine Rolle spielen (von Apfel, Gansel, Menzel und Delle sind keine positiven Aussagen

über die DDR bekannt). Zu erinnern ist an die Charakterisierung der DDR als Vasallen- und Stasistaat, der zu Recht untergegangen sei (siehe oben das Dossier zu These I). Vordergründig dürften positive Bezugnahmen auf die DDR dem Ansprechen einer „Es-war-nicht-alles-Schlecht“-Mentalität unter Bürgerinnen und Bürgern dienen, die die Nachwendejahre als Verunsicherung oder gar Abstieg empfunden haben. Eine solche Mentalität erleichtert es der NPD allerdings, ihr Publikum als „Opfer der Geschichte“ anzusprechen. Hier liegt also die Gefahr, dass die Selbstwahrnehmung von Menschen – insbesondere in den Neuen Ländern bzw. im Freistaat Sachsen – als Verlierer in den jüngsten historischen Entwicklungen wie Wende, Modernisierung, Globalisierung usw. auch die Rezeption des deutschen Opfermythos der NPD begünstigt. Hier könnte eine unappetitliche Mischung regionaler Befindlichkeiten und rechtsextremer Geschichtsbilder entstehen, die allerdings für NPD-Ideologen vom Schlage Gansels schwer handhabbar sein dürften.

Überhaupt – so wurde es in der Workshop-Diskussion von einem Teilnehmer festgestellt – ist es wohl unwahrscheinlich, dass die NPD sich zu einer erfolgreichen rechtspopulistischen Partei entwickeln kann, wie es den „Freiheitlichen“ in Österreich, dem Front National in Frankreich oder der Alleanza Nazionale bzw. der Lega Nord in Italien gelungen ist, denn die NPD ist ideologisch zu sehr festgelegt – anders gesagt: eben weil die Nazis Nazis sind, fehlen ihnen die Fähigkeiten (z. B. eine gewisse Flexibilität), im Ganzen eine wirklich populistische Partei zu werden, auch wenn sie gelegentlich populistisch agieren.

Es bleibt abzuwarten, ob die NPD-Fraktion oder ihre Mutterpartei noch andere Felder findet, in denen sie sich positiv auf die DDR bezieht. Bislang beschränkt sich dies – zumindest bei der NPD-Fraktion – auf die Behauptung, dass die DDR eine erfolgreiche „Bevölkerungspolitik“ betrieben habe. Diese „Bevölkerungspolitik“ wird aber als eine Tradition dargestellt, die aus dem Dritten Reich übernommen worden sei. Somit entpuppt sich die Bezugnahme auf die DDR als ein Verweis auf eine angeblich erfolgreiche Politik des Nationalsozialismus. Man nimmt den Umweg über die DDR, um einen vermeintlich positiven Aspekt des NS-Regimes darzustellen. Die Vorstellung einer „Bevölkerungspolitik“, die angeblich helfen soll, den Bestand des deutschen Volkes zu sichern, soll ehemaligen DDR-Bürgern näher gebracht werden, indem sozialpolitische Maßnahmen der DDR zu erfolgreichen „bevölkerungspolitischen“ Maßnahmen erklärt werden (dass in Wahrheit reale Effekte dezidiert bevölkerungspolitischer Maßnahmen wissenschaftlich nirgends nachzuweisen sind, steht noch auf einem anderen Blatt). Positive Bezugnahmen auf den DDR-Sozialismus dürften bei der NPD-Fraktion die Ausnahme bleiben, zumal die in anderen Teilen der extremen Rechten vielleicht noch aktuelle Debatte über mögliche „Querfront“-Strategien (mit der extremen Linken) in der NPD offenbar nicht mehr geführt wird.

Der völkische (und damit rassistische) Kern der Geschichtspolitik der NPD-Fraktion ist im Beitrag von Michael Kohlstruck deutlich herausgearbeitet worden. Auch hier zeigt sich, dass die NPD-Fraktion sich in einem Spannungsfeld befindet, das zum einen durch das Erfordernis, die eigene Szene mit Codes und

Signalwörtern zu bedienen, zum anderen durch das Bedürfnis, eine größere Öffentlichkeit zu erreichen, entsteht. Auch hier dürfte sich für sie ein Problem ergeben, das auch für die Versuche der Delegitimierung der Demokratie feststellbar ist (siehe These I mit Fazit): Die hanebüchenen und oftmals verquastenen Verschwörungstheorien und Geschichtskonstruktionen der NPD-Fraktion dürften für eine breite Öffentlichkeit schwer nachvollziehbar bleiben – abgesehen davon, dass ein großer Teil der NPD-Wählerschaft von 2004 andere Sorgen hat und sich für derartige geistige Verrenkungen wahrscheinlich überhaupt nicht interessiert.

Nach dem Frühjahr 2005 ist bei der NPD-Fraktion in Sachen Geschichtspolitik erst einmal ratloses Schweigen eingezogen. Sollte sie in diesem Feld wieder aktiv werden, sollten die demokratischen Fraktionen nicht mit Skandalisierung sondern fundierter Kritik darauf reagieren, denn der Skandal würde – wie es oben deutlich geworden sein dürfte – tendenziell dem Kalkül der NPD dienen. Vielmehr gilt es zum einen zu verdeutlichen, dass die Darstellungen der NPD-Fraktionen schlichtweg sachlich falsch sind und auf Verdrehungen und Verschwörungstheorien beruhen. Zum anderen ist das völkische Denken, das hinter der NPD-Geschichtspolitik steckt, stets deutlich zu benennen wie auch ihre wahre Absicht, Feindbilder zu pflegen. Dass das, was die NPD unter „Gedenken“ versteht, eine völlig würdelose Veranstaltung ist, hat sie im Januar 2005 schon selbst demonstriert.

C. Sozial- und Ausländerpolitik

I. Dossier

Christine Schickert / Johannes Lichdi

Globalisierungskritik, Ausländerfeindlichkeit und Sozialpopulismus – Propaganda für die völkisch-rassistische „Volksgemeinschaft“

1. Quantitative Analyse

a) Sozialpolitik

Die NPD-Fraktion erscheint im Bereich der Sozialpolitik engagiert. 10 von insgesamt 50 Anträgen oder 20 % (ohne Änderungsanträge) fallen in dieses Themenfeld. „Sozialpolitische“ Anträge sind also vergleichsweise stark vertreten. Einer der drei Gesetzentwürfe der Fraktion befasst sich mit der Absenkung von Kitagebühren für kinderreiche Familien. Die Initiativen lassen sich grob in vier Unterthemen gliedern: Familie, Kinder und Frauen, Hartz IV/ Sozialleistungen und Armut. Fast 8 % der parlamentarischen Initiativen lassen sich im Gebiet Sozialpolitik einordnen (Kleine Anfragen, Große Anfragen, Anträge und Gesetzentwürfe).

Die NPD-Fraktion startet ihre parlamentarischen Initiativen vor dem Hintergrund eines nach ihrer Ansicht bevorstehenden „Bevölkerungszusammenbruchs“ und einer bestehenden „gesellschaftspolitischen Verwahrlosung“ der Kinder und Jugendlichen. Der „Bevölkerungszusammenbruch“ soll durch Initiativen wie

„Müttergeld“, „Kinderrente“ oder „Ehekredit“ verhindert werden. Kleine Anfragen beschäftigen sich ausführlich mit den Gefährdungen von Kindern. Abgefragt werden Verhaltensstörungen (Drs. 4/ 2831), Drogenkonsum von Kindern und Jugendlichen (Drs. 4/ 3285) sowie physische Gewalt unter Kindern (Drs. 4/ 3286). Die NPD sucht offensichtlich Material für ihre These, dass die Gefährdungen für die Entwicklung von Kindern Folge einer fehlgeleiteten gesellschaftlichen Entwicklung sind. Der Titel einer Anfrage des Abgeordneten Petzold zeigt diese Motivation: *„Physische Gewalt unter Kindern und Jugendlichen als Ausdruck gesellschaftspolitischer Verwahrlosung im Freistaat Sachsen“*. Dort heißt es auch, physische Gewalt sei „Ausdruck einer anonymen, wertefreien Ellenbogengesellschaft“ (Drs. 4/ 3286).

Petzold knüpft damit an ein Papier des Pseudo-Fraktionsintellektuellen Jürgen Gansel, MdL, und des „Leiters des parlamentarischen Beratungsdienstes“, Karl Richter, an, die im April 2005 eine Grundsatzerklärung zur (aus ihnen bestehenden) „Dresdner Schule“ vorgelegt haben. Die NPD sucht damit offensichtlich den Anschluss an die Klage über „Werteverfall“ und „Verwahrlosung“, die bis weit in konservative Kreise hineinreicht. Dennoch bleibt der Eindruck, dass ‚gesellschaftspolitische Verwahrlosung‘ in der Sicht der NPD schon dann vorliegt, wenn eine Gesellschaft pluralistische Lebensweisen zulässt, fördert und wertschätzt.

Auffälligerweise wurde ein Großteil der Anträge erst ab September/ Oktober 2005 gestellt, nachdem ein Artikel von Gansel in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ erschienen war. Gansel verlangt eine Schwerpunktverschiebung zur Sozialpolitik. Er

sieht die „soziale Frage als Schrittmacher einer fundamentalen Renationalisierung“ und fordert die konsequente Nationalisierung der ‚sozialen Frage‘ (Deutsche Stimme 11/ 2005). Er verfolgt damit eine Strategie weiter, die die NPD seit der Wahl Udo Voigts zum Bundesvorsitzenden der NPD 1996 vorantreiben möchte.¹

Die im Vergleich zum Gesamtbild der parlamentarischen Initiativen der Fraktion überproportionale Anzahl von Anträgen im Bereich Soziales deutet darauf hin, dass die Fraktion die Forderung von Gansel aufgreift. Die NPD versucht gezielt, sich in der Öffentlichkeit als Partei zu präsentieren, welche die Ängste und Bedürfnisse der Bevölkerung im Hinblick auf ihre soziale Sicherheit ernst nimmt.

Zugleich ist nicht zu übersehen, dass diese plötzliche Aktivität auch als Reaktion auf journalistische und wissenschaftliche Veröffentlichungen zu verstehen ist, die entgegen den NPD-Wahlkampfparolen die politische Inaktivität der Fraktion auf sozialpolitischem Gebiet festgestellt hatten.

b) Ausländerpolitik

Das Themengebiet ‚Ausländer‘ ist eines der größten Beschäftigungsfelder der NPD-Fraktion. Sie produzierte zwischen September 2004 und Februar 2006 60 Drucksachen zu diesem Thema - fast doppelt so viele wie zu den Themen Arbeit (18) und Hartz IV (15) zusammen. Es gibt aber nur einen Plenumsantrag in diesem Bereich, und der behandelt das geplante ‚Inter-

¹ Staud, *Moderne Nazis*, S. 90.

nationale Quartier' in Leipzig, ein Thema, welches die Fraktion und die Partei als öffentlichkeitswirksame Kampagne aufziehen wollte.

2. Nachzuchtpolitik“ statt Familienpolitik

In dem Politikbereich, der sonst als „Familienpolitik“ zusammengefasst wird, sind vier Initiativen der NPD-Fraktion zu verzeichnen: ein Antrag auf Einführung eines Müttergebhalts (Drs. 4/ 3534), ein Ehekreditmodell für junge Verheiratete (Drs. 4/ 4281) sowie ein Antrag auf Einführung einer „Kinderrente“ (Drs. 4/ 4028). Die NPD sieht diese drei Anträge als Gesamtkonzept, um schnell noch den angeblich drohenden „Bevölkerungszusammenbruch“ bis 2020 zu vermeiden. In diesen Zusammenhang passt als vierte Initiative auch der Gesetzentwurf zur Änderung des Kita-Gesetzes (Drs. 4/ 4008). Kleine Anfragen zur Geburtenrate in Sachsen (Drs. 4/ 2295), zur sozialen Situation Alleinerziehender (Drs. 4/ 3290) sowie zur Entwicklung der Ein- und Mehrpersonenhaushalte in Sachsen (Drs. 4/ 2296) bildeten dafür offenbar die Grundlage.

Nach Durchsicht der Initiativen der NPD-Fraktion und ihrer Begründungszusammenhänge wachsen allerdings Zweifel, ob diese Initiativen unter die gängigen Vorstellungen von ‚Familien- oder Kinderpolitik‘ eingereiht werden können. Treffender könnten die Anträge als Teil einer Politik zur ‚ausreichenden Nachzucht des deutschen Volkes‘ gekennzeichnet werden. Schon die handlungsmotivierende Situationsanalyse ist von der kollektivistischen und katastrophischen Weltsicht der Rechtsextremisten gekennzeichnet. Die NPD-Fraktion sieht eine demographische Katastrophe, eine „Bevölkerungsimplosion“, einen „Bevölke-

rungszusammenbruch“ heraufziehen, so dass man um den „Bestand des deutschen Volkes“ fürchten müsse.

a) Funktionalisierung im Gebärgkollektiv

Es wird deutlich, dass die finanzielle Unterstützung von Alleinerziehenden, Familien und Kindern nur Mittel zum Zweck der Erhaltung des „deutschen“ Volkes ist. Gansel bekennt sich zu dieser Instrumentalisierung, wenn er die „soziale Frage“ als „Schrittmacher“ einer „fundamentalen Renationalisierung“ bezeichnet. Hier liegt ein entscheidender Unterschied zu demokratischen oder emanzipatorischen Ansätzen vor. Ist für eine emanzipatorische Familien- und Sozialpolitik der Gesichtspunkt der Gewährleistung eigener Autonomie und Selbstbestimmung der Klientinnen und Klienten handlungsleitend, erscheinen bei der NPD Mütter und Väter nur als Teil des potentiell gebärenden Kollektivs und Kinder als Neusaat gegen die „demographische Katastrophe“. Ihr individuelles Wohlergehen ist eigentlich unwichtig. Diese instrumentalisierende Betrachtung von Menschen erweist sich auch im Desinteresse an bzw. der bewussten Benachteiligung von Menschen, die nicht als Teil des Gebärgkollektivs funktionalisierbar sind.

Entsprechendes lässt sich bei näherer Betrachtung der Rolle der Frau im Weltbild der NPD-Fraktion zeigen. Die Rechtsextremisten haben keine eigenständige Frauen- und Gleichstellungspolitik. Frauen erscheinen in der Vorstellungswelt der NPD fast ausschließlich als Mütter. So stellte die Fraktion 12 Kleine Anfragen, in denen es auf die eine oder andere Weise um Frauen geht. Allerdings offenbaren bereits sieben Titel der 12 Anfragen, dass sie sich mit Frauen nur in ihrer Eigenschaft als potentielle Mütter

befassen. Die NPD interessieren Schwangerschaftsabbrüche (Drs. 4/ 1197, 4/ 1198), die Erwerbstätigenquote von Frauen mit und ohne Kinder (Drs. 4/ 2293) sowie die Anzahl allein erziehender Frauen im Freistaat (Drs. 4/ 2294).

Dies entspricht dem Parteiprogramm der NPD, in dem die Reduzierung der Frau auf die Mutterrolle deutlich wird. Dort heißt es in schlichter patriarchalischer Funktionalisierung der Frau:

„[Die Frau] sollte nicht aus finanziellen Gründen außerbäuslich arbeiten müssen, da der Beruf in der Familie sie voll auslastet.“

b) Völkischer Rassismus

Die Politik der NPD-Fraktion ist als völkisch zu bezeichnen, da Gegenstand und Zielpunkt ihrer Bemühungen das „Deutsche Volk“ als Ganzes ist. Das Individuum interessiert nur als Teil des Ganzen. Bei allen Äußerungen der NPD ist zu beachten, dass sie nicht den Begriff des „Deutschen“ im Sinne des Grundgesetzes verwendet. Nach dem Grundgesetz ist Deutscher, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Dagegen läßt die NPD den Begriff des Deutschen rassistisch auf. „Deutscher“ in dem Sinne kann nur sein, wer von Deutschen abstammt. Dies zeigte sich etwa in der heftigen Zustimmung der NPD zum Papier der Jungen Union Sachsen aus dem Frühjahr 2005, in dem diese sich zum „Abstammungsprinzip“ bekannt hatte.² Der völkische Ras-

² In der „Denkschrift“ der JU Sachsen „Ein Wert für sich: Deutschland“, wird wahrheitswidrig behauptet, dass das „Abstammungsprinzip“ im Grundgesetz festgeschrieben sei: „Ein wesentliches Element unseres Selbstverständnisses manifestiert sich im Artikel 116 des Grundgesetzes, welcher die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Abstammungsprinzip festschreibt.“ Das Mot-

sismus zeigt sich auch in der Begründung des „Ehekredits“. Die Fraktion beruft sich dabei nicht nur auf die DDR, sondern auch auf den Nationalsozialismus, den sie als „Vorkriegszeit“ verharmlost.

Dieser Rassismus ist durchaus aktuell. In Meldungen auf der Internetseite der Bundes-NPD heißt es etwa: „Es reicht auch nicht, ein paar gelbe Sterne auf blauen Stoff zu malen und zu behaupten, ein Schwarzer wäre Deutscher.“ (Reichelt 2006). Der rassistische Begriff des „Deutschen“ ist auch in der rassistischen Kampagne der NPD zur Fußball-WM 2006 ersichtlich, bei der ausgeführt wird, dass weiß „nicht nur eine Trikotfarbe“ sei. (WM-Planer auf der Internetseite der NPD, nach Strafanzeige des DFB entfernt).

Dazu passt es, dass die Initiativen der NPD-Fraktion stets mit einem ausländerfeindlichen Unterton versehen sind. So soll die Erhaltung des „Bestandes“ des deutschen Volkes Zuwanderung unnötig machen und durch Streichung der finanziellen Leistungen für Asylbewerber oder auch des Landesprogramms für Weltoffenheit und Toleranz finanziert werden.

to des Papiers ist übrigens ein fälschlich Johann Gottlieb Fichte zugeschriebener Vierzeiler („Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben...“ usw.), der sich häufig auch auf rechtsextremistischen Publikationen und Homepages findet. - Das Papier der JU Sachsen lässt tief blicken, wie weit rechtsextremistisches Gedankengut, sei es aus Dummheit, sei es bewusst, in die demokratische Partei der sächsischen CDU eingedrungen ist. Bezeichnenderweise hat sich die Parteiführung nicht offensiv von dem Papier distanziert, sondern es lediglich heimlich beerdigt.

c) *„Sicherung der Sozialsysteme“ und Sozialpopulismus*

Die NPD begründet ihre Initiativen regelmäßig auch mit der „Sicherung der Sozialsysteme“, die durch den „Bevölkerungszusammenbruch“ des deutschen Volkes bedroht seien, und die durch eine ausreichende Zahl deutscher Kinder noch bis 2020 abgewendet werden soll. Allerdings erscheint dieser Begründungsstrang deutlich dem völkischen nachgeordnet. Er dient wohl eher der bewussten Anknüpfung an breit geführte öffentliche Diskurse und der Betonung des Versagens der „etablierten Parteien“.

Die Initiativen können aber aus fachpolitischer Sicht inhaltlich nicht ernst genommen werden. Schon der Ausgangspunkt, die Bevölkerungsabnahme in Sachsen bis 2020 auf 3,7 Mio. Einwohner durch staatlich forcierte Geburtenförderung stoppen zu können, ist schlicht falsch. Weiterhin bemüht sich die NPD-Fraktion bei ihren Initiativen in keinem Fall um einen nachvollziehbaren, geschweige denn seriösen Finanzierungsvorschlag. Zugleich wirft sie etwa das beitragsfinanzierte Rentensystem mit der „Kinderrente“ wie im Vorbeigehen um. Außer dem Kitagesetz legt sie keine Gesetzentwürfe vor, sondern erwartet in ihren Anträgen, dass die Staatsregierung tragfähige Konzepte und Finanzierungsvorschläge erarbeitet, die die Forderungen der NPD-Fraktion erfüllen.

Die NPD bemüht sich, durch einen gnadenlosen Sozialpopulismus und die Demonstration von Entschlossenheit und Radikalität ihre fachliche Inkompetenz und Desinteresse zu verdecken. Dabei wird natürlich das „Versagen“ der „etablierten Parteien“ pauschal beklagt. Die äußerliche Anknüpfung an den öffentli-

chen Diskurs über die Zukunft der Sozialsysteme in den Zeiten des demographischen Wandels dient der NPD nur als Vehikel, um Interesse und Zustimmung für ihre im Kern völkisch-rassistischen und kollektivistischen Vorstellungen zu mobilisieren.

3. Fallbeispiel „Müttergehalt“

Im November 2005 brachte die NPD-Fraktion einen Antrag auf Einführung eines „Müttergehalts“ ins Plenum ein. Wie bei vielen Initiativen handelt es sich um keine originäre Idee der Fraktion. In konservativen Kreisen wird diese Idee unter dem Namen ‚Erziehungsgeld‘ bereits seit zehn Jahren diskutiert; die sächsische CDU beschloss schon 1996 die Einführung eines Erziehungsgelds im Freistaat, welches bei Fraueninitiativen durchaus gemischten Anklang fand (Stiegler 1999, 5).

a) *Völkische Zielsetzung*

Die NPD-Fraktion stellt die Idee in einen anderen Begründungszusammenhang: Wurde das Erziehungsgeld bisher vornehmlich unter dem Blickwinkel des Familienlastenausgleichs und der Anerkennung (meist weiblicher) Erziehungsarbeit diskutiert, kommt es bei der NPD zu einer völkischen Aufladung des Begriffs. So heißt es bereits in der schriftlichen Begründung des Antrags:

„Die bereits jetzt absehbare Bevölkerungsimplosion in Sachsen bedroht nachhaltig die Zukunftsfähigkeit von Volk und Staat.“ (Drs. 4/ 3534)

Bei ihrer Rede im Plenum des Landtags verwendet Gitta Schüller, MdL, ausschließlich den völkisch-rassistischen Begründungskontext einer ‚Volkserhaltung‘:

„Nach unserem Vorschlag erhalte jede deutsche Mutter für das erstgeborene Kind ein monatliches Nettogehalt von 1.000 Euro. [...] Für jedes weitere Kind würde sich dieser Betrag um jeweils 500 Euro monatlich erhöhen. Wir sehen hierin eine Möglichkeit, die Geburtenzahlen deutlich zu steigern.

Wir sind uns durchaus bewusst, meine Damen und Herren von den etablierten Parteien, dass Sie bisher nicht in der Lage und auch nicht willens waren, in den Kategorien „Volk“ und „Heimat“ zu denken.“ (PIPr. 4/ 36, 2762)

Letzte Zweifel an der völkisch-rassistischen Instrumentalisierung von Familien und Kinderpolitik werden angesichts der Absicht zerstreut, das Müttergehalt nur „deutschen“ Müttern zukommen zu lassen. Im Plenum führt Schübler aus:

„[D]ie NPD-Fraktion [fordert] schon aus volkserhaltenden Gründen, ein Müttergehalt nur Deutschen zukommen zu lassen, denn unsere Politik ist dem deutschen Volk verpflichtet.“ (PIPr. 4/ 36, 2762)

Die Fraktionszeitung „Klartext“ rückt noch einmal deutlich die völkische Motivation des Antrags in den Mittelpunkt: Bei „der demographischen Entwicklung“ gehe es „um eine Zentralfrage unseres Überlebens“ („Klartext“ 6, 1). Der Klartext malt Szenarien vom aussterbenden deutschen Volk und wirft den demokratischen Parteien Versagen vor:

„Initiativen, das Aussterben der deutschen Bevölkerung aufzuhalten oder wenigstens zu verlangsamen, sucht man bei den deutschen Etablierten vergebens.“ („Klartext“ 6, 1).

Und später:

„[F]ür die NPD [ist es selbstverständlich], das Müttergehalt nur deutschen Müttern zukommen zu lassen, damit erst gar kein Anreiz für eine weitere Zuwanderung von Ausländern entsteht[.]“ („Klartext“ 6, 1)

b) Nebenbegründung Armutsverhinderung und Verteilungsgerechtigkeit

Die Fraktion versucht, neben dem völkischen Argument bewusst an mehrheitsfähige Positionen anzuknüpfen. Sie betont, dass das Müttergehalt auch Armut verhindern soll: Kinder sollen kein Armutsrisiko sein. Allerdings geht es der Fraktion keineswegs um die Verwirklichung von Gerechtigkeitsvorstellungen. Eine Aufwertung meist weiblicher Erziehungsarbeit klingt nicht einmal am Rande an, gleichstellungspolitisch verfolgt die NPD-Fraktion keinerlei Ambitionen. Auf die Frage einer Abgeordneten der Linkspartei zur ungerechten Leistungsverteilung des bestehenden Familienfördersystems antwortete der Abgeordnete Uwe Leichsenring:

„Die von Ihnen angesprochenen Dinge sind mir in der Tat bekannt, nur wollen wir mit unserem Antrag erst einmal auf die Grundproblematik hinweisen. Die ist nun einmal die niedrige Geburtenrate. Da kommen Sie mir manchmal vor – entschuldigen Sie – wie auf der Titanic. Das Schiff hängt schon so schief mit dem Heck im Wasser und Sie streiten sich, ob Sie das Geländer noch einmal grün oder rot streichen wollen“ (PIPr. 4/ 36, 2766).

Armutsverhinderung und soziale Absicherung von Kindern und des Lebens mit Kindern ist für die NPD-Fraktion ein allenfalls in populistischer Absicht taktisch verwendeter Aspekt, entscheidend ist einzig und allein die Geburtenrate.

c) „Müttergeld“ auch für Väter?

Im Bundesprogramm der NPD ist zu lesen, dass das „Müttergehalt“ auch allein erziehenden Vätern zusteht, allerdings nur den allein erziehenden. Die NPD-Fraktion in Sachsen gibt sich hier etwas moderner: in der schriftlichen Antragsbegründung gesteht sie das „Müttergehalt“ auch Vätern zu, die sich zu Gunsten der Erwerbstätigkeit ihrer Frau entscheiden und ausschließlich Haus und Erziehungsarbeit verrichten. Auch im „Klartext“ geriert man sich fortschrittlich: „Selbstverständlich sieht der Antrag auch eine sinngemäße Anwendung auf Väter vor“ („Klartext“ 6, 1).

Allerdings verrät der Name „Müttergeld“ bereits, wie es um die Modernität der sächsischen NPD-Fraktion wirklich steht. Leichensering lässt sich durch kritische Zwischenfragen sofort aus dem moderner zurecht gelegten Konzept bringen:

„Bei dem von uns vorgeschlagenen Müttergehalt, das eine stärkere Orientierung der Eltern auf Familie und Kinder honoriert – wir haben bewusst auch die Väter mit hineingeschrieben, weil wir die Mutter eben nicht als Heimchen am Herd haben wollen; ich weiß nicht, was Sie immer in unsere Worte hineininterpretieren – geht es einfach darum, dass der Kinderwunsch – –

(Caren Lay, Linksfraktion.PDS: Es heißt doch Müttergehalt! Dann stehen Sie auch dazu!)

Na klar, dazu stehe ich, aber es gibt natürlich auch soziale Situationen, in denen es dem Vater zusteht, zum Beispiel dann, wenn die Mutter verstorbt“ (PIPr. 4/ 36, 2768).

Dieser Dialog gibt einen kleinen Einblick in das Bemühen der NPD um ein zeitgemäßeres Erscheinungsbild, leider blättert die

Tünche sofort von dem patriarchalischen Familienbild ab. Leichsenring wollte anscheinend seinem Redemanuskript folgend ausführen, dass die NPD durchaus ein emanzipiertes Frauenbild vertritt. Allerdings löste er sich durch den Zwischenruf verunsichert vom Manuskript und verfiel prompt in die ihm geläufigen patriarchalischen Vorstellungen.

4. Fallbeispiel „Ehekredit“

Im Februar 2006 brachte die Fraktion einen Antrag ein, mit dem die Staatsregierung ersucht wird,

„mit der Einführung eines Landes-Ehekredits jungen Menschen die Familiengründung zu erleichtern und damit die weitere Entvölkerung des Landes zu verhindern“ (Drs. 4/ 4281).

„Jungen Eheleuten“ soll ein „zinsloser Ehekredit in Höhe von 10 000 €“ für die Erstausrüstung bei Familiengründung gewährt werden. Je Kind soll sich die Rückzahlungspflicht um ein Drittel mindern; nach Geburt des dritten Kindes gilt der Kredit als getilgt. Sonst ist nach 5 Jahren mit der Rückzahlung zu beginnen.

a) „Bevölkerungszusammenbruch“

Eindeutig ausgemalt wird das völkisch-rassistische Katastrophenszenario, das die Fraktion zum Antrag motivierte, in dessen Begründung:

„Der seit mehr als 30 Jahren anhaltende Geburtenrückgang ist nicht nur das größte Risiko für die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, sondern gefährdet auch den Bestand des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit. In Sachsen wird bis 2020 der Bevölkerungszusammenbruch erfolgt sein, wenn

Geburtenschwund und Abwanderung in der vom Landesamt für Statistik vorhergesagten Größenordnung anhalten.“

Nicht nur fachlich falsch, sondern auch mehr als skurril, ist die Rede vom drohenden „Bevölkerungszusammenbruch“ in Sachsen bis 2020, sollte der NPD-Ehekredit nicht eingeführt werden. Der Begriff des „Bevölkerungszusammenbruchs“ ist offenbar in biologistischer Tendenz pseudowissenschaftlich der biologischen Teildisziplin der Populationsökologie entlehnt. In der Populationsökologie wird beschrieben, wie sich die Veränderung von Umweltbedingungen auf die Entwicklung der Anzahl von Individuen einer Population auswirken. Als Population wird die Gesamtheit der Lebewesen einer Art in einem bestimmten Raum angesehen, deren einzelne Mitglieder in genetischem Austausch stehen (Genfluss).³ Die NPD erkennt in der sächsischen „Bevölkerung“ offenbar eine „Population“ im Sinne der Biologie. Offensichtlich halluziniert die NPD eine genetisch abgeschlossene „Population“ der Sachsen, deren Mitgliedsindividuen bis 2020 in Massen aufgrund verschlechterter Umwelt und Nahrungsbedingungen zu Grunde gehen werden.

b) Traditionspflege bis ins „Dritte Reich“

Der Vorschlag eines „Ehekredits“ kann in Sachsen aufgrund der Erfahrungen in der DDR sowie einem verbreiteten Diskurs, mehr „für die Familie“ tun zu sollen, durchaus mit Sympathie rechnen. Der Abgeordnete Winfried Petzold bezieht sich ausdrücklich zustimmend auf die DDR:

³ So die biologische Definition einer „Population“ im dtv-Atlas Ökologie, 1990, S. 75.

„Ganz bewusst wollen wir Nationaldemokraten das Beispiel der früheren DDR anführen, die es mit ihren familien- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen schaffte, zumindest zeitweise wieder für eine annähernd bestandserhaltende Geburtenrate zu sorgen“ (PIPr. 4/ 46, 3692 ff).

Die verschiedentlich geäußerte Ansicht, die Fraktion versuche bewusst, an positive DDR-Erfahrungen der Bevölkerung anzuknüpfen, findet hier einen Beleg (Staud 2005, S. 91). In der (wissenschaftlichen) Auseinandersetzung mit der NPD wird in diesem Zusammenhang oft ein Faltblatt des sächsischen Landesverbandes von 1998 zitiert:

„Die Mehrheit unserer Mitglieder ist im 8. Jahr des Beitritts der DDR zur BRD der Meinung, dass die DDR das bessere Deutschland war. Wir wollen deshalb die positiven Erfahrungen der DDR in die deutsche Politik einbringen. [...] Wir fordern ehemalige Hobeitsträger und Führungskräfte der DDR auf, in unserer Partei mit ihrer Sachkunde und ihrem politischen Kritikvermögen zu wirken“ (zitiert nach Staud 2005, S. 91).

Diese Grundstimmung „pro DDR“ steht übrigens nicht im Widerspruch zu dem Bemühen, sich betont scharf von der SED-Diktatur abzugrenzen. Die DDR-Vergangenheit in ihren Nachwirkungen auf heute wird durch Kleine Anfragen zu Stasi-Verstrickungen und SED-Mitgliedschaften von RichterInnen, JuristInnen und MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst thematisiert (Drs. 4/ 1814, 4/ 2268, 4/ 2431, 4/ 3289, 4/ 4007, 4/ 4184). Die Fraktion interessiert sich für die Entschädigung von Opfern kommunistischer Verfolgung (Drs. 4/ 18214/ 1823) und brandmarkt die Linkspartei.PDS in Debatten als die ‚SED mit neuem Namen‘. Die betonte Abgrenzung zu Funktionsträgern der DDR passt durchaus zur bewussten Anknüpfung an

spezifisch ostdeutsche, positive Versorgungserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger. Denn auch die Wut gegen Personen aus der DDR-Führungsschicht entspricht leicht aufrufbaren Gefühlen in der Bevölkerung.

Der Ehekredit ist allerdings keine DDR-Erfindung, sondern existierte als Ehedarlehen schon in der Nazidiktatur. Dieser Traditionstrang wird keineswegs verleugnet, sondern zweimal im Plenum hervorgehoben. So äußert der Abgeordnete Petzold:

„Neben vielen anderen Maßnahmen war es vor allem der Ehekredit, der dafür sorgte, dass der durchaus vorhandene Wunsch nach Familie und Kindern auch umgesetzt wurde. Mit dem Ehekredit knüpfte die DDR an positive sozialpolitische Traditionen der Vorkriegszeit an, denn bereits 1934 verabschiedete die damalige Reichsregierung das Gesetz über das Reichsehestandsdarlehen, welches jungen Eheleuten ein zinsfreies Darlehen von 1 000 Reichsmark zusprach“ (PIPr. 4/ 46, 3692).

Noch deutlicher wird die Abgeordnete Schübler:

„Die DDR war mit ihren eindeutig geburtenfördernden Maßnahmen, die zu einem erheblichen Teil von den Nationalsozialisten übernommen wurden, innerhalb kürzester Zeit erfolgreich“ (PIPr. 4/ 46, 3695).

Es verdient festgehalten zu werden, dass sich die Fraktion hier ausdrücklich und öffentlich zu „positiven sozialpolitischen Traditionen“ nationalsozialistischer Politik und zu ihr als Ideengeberin bekennt. Zu dieser Aufwertung passt, dass die Nazi-Diktatur verschleiernd als „Vorkriegszeit“ umschrieben wird. Die NPD

sieht also Aspekte der DDR als „besseres Deutschland“ an, insofern sie Züge des „Dritten Reichs“ weitergeführt hat.⁴

c) *Nur für „deutsche“ Ehepaare?*

Der Kredit darf nur von Ehepaaren in Anspruch genommen werden. Dies zeigt die durchaus reaktionäre Weltsicht der NPD-Fraktion. Pluralistische Lebensweisen sind unerwünscht. Der Antragstext begrenzt den Ehekredit zwar nicht ausdrücklich auf „deutsche“ Eheleute. Allerdings verweist die schon oben zitierte Begründung eindeutig auf die völkischrassistische Motivation. Zielpunkt der Bemühungen ist der „Bestand des deutschen Volkes“. Anders als behauptet geht es nicht um eine „Ermunterung ... einen bestehenden Kinderwunsch in die Tat umzusetzen“, sondern in bezeichnender Hühnerzüchtermentalität um „deutsche Bestandserhaltung“. Ehe und Familie tragen nicht einen Wert in sich, sondern sind lediglich ein Mittel zur Steigerung der Geburtenrate von „Deutschen“. Die Abgeordnete Schüßler führt aus:

„Die Anzahl der Deutschen wird immer kleiner. [...] Die Ursache dieser Entwicklung ist eine völlig verfehlte Familienpolitik der etablierten politischen Kräfte. Bundesweit werden nach dem Gießkannenprinzip jährlich weit über 100 Milliarden Euro für die Familien ausgegeben, ohne dass jedoch ein geburtensteigernder Effekt feststellbar wäre“ (PPr. 4/ 46, 3694).

⁴ Die Behauptung, dass die DDR-„Bevölkerungspolitik“ an den Nationalsozialismus angeknüpft habe, findet sich auch in der 2006 von der NPD-Fraktion herausgegebene Broschüre „Die demographische Katastrophe stoppen (Beiträge zur Sächsischen Landespolitik, Heft 8), S. 5 u. 37.

Die finanzielle Förderung von Familien ist für die NPD also nur gerechtfertigt, wenn sie zu mehr Kindern führt. Auch hier wird sichtbar, dass es nicht um die Schaffung besserer Lebenschancen und gerechterer Teilhabemöglichkeiten für Kinder und Eltern geht. Die Fraktion gibt denn auch freimütig zu, dass der Ehekredit wie auch frühere Initiativen ‚bevölkerungspolitische Instrumente‘ sein sollen. Die Abgeordnete Schüßler erläutert dazu:

„Wie die von uns bereits vorgestellten bevölkerungspolitischen Instrumente, das Müttergehalt und die Kinderrente, ist auch der Ehekredit ein geeignetes Mittel, dem Bevölkerungsverlust entgegenzuwirken und den Trend kurzfristig umzukehren. Dass dies möglich ist, haben die historischen Erfahrungen ja gezeigt“ (PIPr. 4/ 46, 3695).

5. Fallbeispiel „Kinderrente“

Im Januar 2006 bringt die NPD-Fraktion einen Antrag mit der Aufforderung an die Staatsregierung ein, sich im Bundesrat für die „Umstellung des bisherigen Rentensystems auf eine Kinderrente“ einzusetzen (Drs. 4/ 4028).

Dabei sollen folgende „Eckpunkte“ beachtet werden: Begrenzung des Beitragssatzes für gesetzlich Rentenversicherte auf 20 %, „staatlich garantierte Grundrente von 900 € monatlich“, Erhöhung der Grundrente „für jedes nach dem 1. Januar 2007 geborene Kind für die Eltern um 300 € monatlich“, jeder Beitragszahler erhält für jedes Kind bis zu dessen 18. Lebensjahr „einen monatlichen Beitragsbonus von 50 Euro“. Schließlich „soll der Erziehungsurlaub für jedes neugeborene Kind ab 1. Januar 2007 ... auf fünf Jahre ausgedehnt und auf die durchschnitt-

liche Beitragsdauer zum Erhalt der Grundrente angerechnet werden“.

Auch die Idee der „Kinderrente“ ist kein NPD-Konzept. Sie stammt offensichtlich aus der CSU, Teile des Konzepts stammen von CDU und PDS. Diesmal gibt die NPD-Fraktion den Konzeptklau aber offen zu. Dies dient offensichtlich dazu, die Kritik der demokratischen Parteien als fachlich unhaltbar und ideologisch motiviert darzustellen. Offensichtlich ist die NPD in sozialpopulistischer Manier bemüht, sich im öffentlichen Diskurs durch das Versprechen besonders weitgehender Sozialleistungen Gehör zu verschaffen.

Unterschwellig soll den Bürgerinnen und Bürgern die Theorie vom „Bevölkerungszusammenbruch“ durch Schürung von Ängsten vor Altersarmut nahe gebracht werden. So heißt es in der Plenumsbegründung:

„Der sich abzeichnende demografische Zusammenbruch in einem Land, in dem pro Paar deutlich weniger als zwei Kinder geboren werden, nämlich durchschnittlich 1,4, wird sich künftig immer stärker auf das ganze bisherige Sozialsystem auswirken“ (PlPr. 4/ 41, 3221).

Die Debatte zur Kinderrente ist auch ein Lehrstück zum Thema soziale Gerechtigkeit à la NPD. Es werden Menschen mit Kindern gegen Menschen ohne Kinder ausgespielt. Der Abgeordnete Leichsenring erklärt:

„Wer kinderlos oder kinderarm ins Rentenalter geht und mit dem Pathos des Selbstgerechten für gleiche Beitragsleistungen gleiche Rente verlangt und erhält, zehrt im Grunde von der Mehrleistung der Kinderreichen, die seine Minderleistung kompensiert haben“ (PlPr. 4/ 41, 3225).

Die Zeugung und Erziehung von Kindern ist in der rechtsextremistischen Weltansicht keine höchstindividuelle Entscheidung, Aufgabe und Glück, sondern kalte „Leistung“ im Dienste der Bestandserhaltung des „deutschen“ Volkes. In den Genuss einer staatlichen Altersabsicherung jenseits einer Grundrente sollen nur Menschen mit Kindern kommen, die sich also nach NPD-Verständnis um Staat und vor allem um das ‚Volk‘ und ‚Volkserhaltung‘ verdient gemacht haben. Gerechtigkeit ist für die NPD-Fraktion nicht ein Wert, der sich aus der Würde des Menschen ableitet, sondern aus dem Nutzen des Einzelnen für die Gemeinschaft.

6. Fallbeispiel: Gesetzentwurf zur Freistellung kinderreicher Familien von Kitagebühren

Einer der drei Gesetzentwürfe der NPD-Fraktion wurde im Januar 2006 eingebracht und bezweckt die gestaffelte Freistellung kinderreicher Familien von Kitagebühren für das zweite bis vierte Kind (Drs. 4/ 4008).

Nach § 15 des Sächsischen Kindertagesstättengesetzes kann die Gemeinde in Absprache mit dem Träger der Einrichtung und dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe festlegen, dass die Kitagebühren für Familien mit mehreren Kindern in Kitas abgesenkt werden. Um Kürzungen des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe nicht auf eine Erhöhung der Elternbeiträge durchschlagen zu lassen, schlägt die NPD vor, die öffentlichen Träger der Jugendhilfe zu verpflichten, die Kosten zu tragen. Zugleich sollen die Kosten für den Besuch der Kindertagesstätte ab dem dritten Kind zu 80 % und ab dem 4. Kind zu

100 % übernommen werden. Alleinerziehende sollen schon ab dem ersten Kind entlastet werden.

Die NPD betont zwar in der Begründung des Gesetzentwurfs sowie in ihrem Plenardebattenbeitrag die Verschiedenheit der Regelung in den Landkreisen, die eine Abweichung vom „Subsidiaritätsprinzip“ (!) rechtfertige. Im Vordergrund steht aber auch hier der völkische Ansatz:

„Die Förderung von Familien mit mehreren Kindern muss im Blick auf die demographische Situation in Sachsen vordringlichstes Ziel der Familienpolitik werden“ (Drs 4/ 4008, S. 5).

Ebenso führt der Abgeordnete Dr. Johannes Müller im Plenum aus:

„Wir sind dann auch bereit, einen vernünftigen Vorschlag einer anderen Fraktion mitzutragen. Ich denke, gerade auch die demografische Entwicklung – Kollege Eggert ist jetzt nicht da, er ist Vorsitzender der Enquete-Kommission –, die voraussehbare demografische Katastrophe zwingt uns einfach, aktiv zu werden“ (PIPr. 4/ 39, 3024).

Der Gesetzentwurf spiegelt zum zweiten die sozialpopulistische Handschrift der NPD, die Wohltaten für das Volk in Aussicht stellt, ohne für deren Finanzierung ernsthafte Vorschläge zu unterbreiten. So argumentiert der Gesetzentwurf mit der Überlastung der Gemeinden durch eine Übernahme der Absenkungsbeiträge, bürdet diese aber zwingend den Landkreisen auf. Die Landkreise als zweite kommunale Ebene stehen aber nicht vor einer besseren finanziellen Situation und finanzieren sich unter anderem über die Kreisumlage, die von den kreisangehörigen Gemeinden erhoben wird. Daher handelt es sich hierbei um kei-

nen seriösen Finanzierungsvorschlag, die NPD setzt nur eine Verschiebung der Finanzierung in Gang. Das Geld, das in die Kindertagesstätten fließen soll, wird durch die Kürzung anderer (Sozial)Ausgaben freigesetzt. Allerdings kann sie wohl damit rechnen, dass ihre Anhängerschaft das nicht erkennt.

7. Exkurs: Zur geringen Bedeutung von „Hartz IV“

a) Anspruch ...

Im Landtagswahlkampf 2004 hat die NPD erfolgreich versucht, den verbreiteten Unmut über die „Hartz IV“-Gesetzgebung in Wahlzustimmung umzumünzen. Sie stellte sich betont als Protestpartei dar und warb mit Plakaten mit dem Slogan „Quittung für Hartz IV“. Henrik Steglichs Analyse der Wahl legt nahe, dass „Hartz IV“ für NPD-Wählerinnen und Wähler eine überdurchschnittlich große Rolle spielte: 57 % der NPD-Wählerschaft sahen „Hartz IV“ als wahlentscheidendes Thema. Der Bundesdurchschnitt lag bei nur 34 %.⁵

Auch nach der Wahl betonte die Fraktion, dass „Hartz IV“ eines ihrer Hauptanliegen sei. So äußerte sich zum Beispiel der Pressesprecher der Fraktion H. Szymanski in einem Interview in der Fraktionszeitung wie folgt:

„Unser Hauptaugenmerk darf nicht der Geschichte, sondern muss der Gegenwart mit ihren zahlreichen Problemen gelten. Deshalb sind wir ja 2004 in den Sächsischen Landtag gekommen – Stichwort Hartz IV“ („Klartext“ 5, 3).

⁵ Steglich 2005, S. 52.

b) ... und Wirklichkeit

Die parlamentarische Realität sieht indes anders aus: nach 1½ Jahren Parlamentsarbeit kann die Fraktion nur mit 15 Drucksachen zum Thema aufwarten, allein zu dem grundstürzenden Thema eines Polizeieinsatzes im „Bikerclub Rathmannsdorf“ produzierte sie dagegen 21 Drucksachen.

Mehr als ein halbes Jahr nach Einzug in den Landtag erschien am 30. 5. 2005 die erste Presseerklärung zu einer eigenen Initiative der Fraktion gegen „Hartz IV“. Die drei weiteren Presseerklärungen zum Thema wurden am 6. 10. 2005 (zwei) bzw. am 9. 11. 2005 verfasst. Sie befassen sich alle nur mit einem Teilaspekt, der die „Hartz IV“-Betroffenen wohl kaum interessiert haben dürfte, nämlich der vom Bund damals beabsichtigten Rückforderung von Bundeszuschüssen an die Kommunen.

Gleichwohl versucht die Fraktion, ihr spärliches Engagement möglichst breit öffentlich darzustellen. Offensichtlich versucht die Fraktion durch mediale Präsenz den Eindruck großer Aktivität zu vermitteln. In der Fraktionszeitung „Klartext“ wird „Hartz IV“ in 4 von 7 Ausgaben aufgegriffen. 9 Artikel in 7 Ausgaben beschäftigen sich mit Sozialleistungen, dabei werden so unterschiedliche Themen wie „Hartz IV“, Girokonten für sozial Schwache und Praxisgebühr behandelt. Allerdings fällt bei genauerem Hinsehen auf, dass es sich um eine relativ geringe Anzahl von Initiativen handelt, welche jedoch konsequent und mehrfach publiziert wurden. Dadurch soll wohl der Eindruck entstehen, dass es sich dabei um ein Hauptanliegen der Fraktion handelt. Weiterhin ist auffällig, dass Kleine Anfragen zu diesen

Themen offensichtlich schnell zu Anträgen führten aber auch hier größten Teils erst ab Ende September 2005.

c) *Schreckensszenarien statt Konzepte*

Es fällt auf, dass die NPD-Fraktion keine Konzepte zur Ablösung oder Verbesserung von „Hartz IV“ vorträgt. Reden zum Thema werden in protestpopulistischer Manier zu Hetzreden gegen die demokratischen Parteien verwendet. Die Wut der NPD richtet sich insbesondere gegen die PDS, die vermutlich als direkte Konkurrenz in diesem Bereich wahrgenommen wird. Daher versucht die Fraktion bei allen sich bietenden Gelegenheiten, die PDS-Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin anzugreifen. Hauptsächlich dienen die Reden jedoch der Heraufbeschwörung von Schreckensszenarien. So führt etwa Holger Apfel, MdL, in einer Rede zu einer aktuellen Debatte der PDS zur Umsetzung von „Hartz IV“ aus:

„Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich wird weiter zunehmen, teilweise mit krassen Konsequenzen, wie wir sie von den Schwellenländern wie Brasilien und Mexiko kannten. Der Deutsche Mieterbund rechnet aufgrund der Hartz IV-Gesetze mit dem Beginn einer beträchtlichen Umzugswelle und als Folge davon mit einer Gettoisierung“ (PIPr. 4/ 7, 385).

Auch hier ist eine Strategie der NPD zu erkennen: in Ermangelung regionaler Beispiele greift man auf außersächsische Regionen zurück. Man spricht in Anspielung der Straßenkrawalle in Frankreich von „Pariser Zuständen“ oder auch von „Kreuzberger Zuständen“ oder zieht eben Mexiko und Brasilien zum Vergleich heran. Halb und Unwissen in der Bevölkerung wird bestärkt, um diffuse Ängste zu schüren. Die „Hartz IV“-

Kampagne dient der NPD offensichtlich lediglich dazu, ihre Vorstellungen vom Zerfall des „deutschen Volkes“ und einer „gesellschaftspolitischen Verwahrlosung“ zu belegen, um so ihre völkisch-rassistischen Konzepte zu verbreiten.

8. Zum Begriff des „Ausländers“ bei der NPD

Offensichtlich hält die NPD an dem völkischen, aber historisch und soziologisch uninformierten Konstrukt einer einheitlichen und stetig bewahrten Abstammung und Identität der „Deutschen“ fest. Hinter dem Appell an die Bewahrung des „Deutschen“ steckt ein Identitätsangebot an bestimmte Bevölkerungsgruppen, die ihr Selbstwertgefühl mithilfe einer überindividuellen Identitätsebene aufpolieren wollen. Es ist interessant zu beobachten, wie völkischer Anspruch und sozialpopulistische Agitation miteinander in Konflikt geraten können, wie sich bei der Haltung der NPD zu den Spätaussiedlern zeigt.

So stellte der Abgeordnete Leichsenring im Januar 2006 acht Kleine Anfragen mit dem Titel *„Probleme bei der Integration von Spätaussiedlern auf dem Pirnaer Sonnenstein“* (Drs. 4/ 3878-4/ 3885). Diese kamen nach eigenen Aussagen zustande, nachdem mehrere Beschwerden der BewohnerInnen des Sonnensteins bei der Fraktion eingegangen waren. In den Anfragen erkundigt sich die Fraktion nach Arbeitslosen- und Kriminalitätsraten, und zwar aufgeschlüsselt nach ‚Deutschen‘, ‚Spätaussiedlern‘ und ‚Ausländern‘. In der Terminologie offenbart sich das Problem: die Unterscheidung zwischen ‚Deutschen‘ und ‚Spätaussiedlern‘ ist fragwürdig, da Spätaussiedler qua Abstammung Deutsche sind. Eine Trennung zwischen „Deutschen“ und „Spätaussiedlern“ ist also gerade im völkischen Verständnis des ‚Deutschen‘ der NPD

eigentlich nicht möglich. Das weiß auch die NPD: so hat sie denn auch u. a. in Pirna-Sonnenstein Flugblätter in russischer Sprache verteilt, welche die SpätaussiedlerInnen als die ‚wahren Deutschen‘ bezeichneten.⁶ Es scheint der Fraktion und der Partei allerdings schwer zu fallen, diese Position auch an die Basis zu vermitteln, wie man an den Beschwerden aus der Bevölkerung über SpätaussiedlerInnen sieht. Das Klientel der NPD ordnet Spätaussiedler wohl eher in die Rubrik ‚Ausländer‘ ein.

9. Rassismus konkret I: Der „Ausländer“ als Problem

a) Vorurteile

Allgemein lassen sich in den Kleinen Anfragen eine Anzahl von Themen bzw. Themenverbindungen feststellen. Zum einen interessiert sich die Fraktion für allgemeine Informationen AusländerInnen und AsylbewerberInnen betreffend, wie Anzahl und Verteilung auf Landkreise und kreisfreie Städte (z. B. Drs. 4/ 1090, 4/ 1103, 4/ 1388). Die verbleibenden Anfragen kann man in folgende Themenkomplexe gliedern: Kriminalität, Bezug von Sozialleistungen, Arbeit, Kinder mit Migrationshintergrund. Auffallend ist dabei, dass schon in den Themenkomplexen die Vorurteile der Partei gegen ausländische MitbürgerInnen abzulesen sind: So ist schon die tendenziöse Formulierung der Titel auffällig, etwa *„Verdrängung deutscher Arbeiter durch ausländische Scheinselbständige“* (Drs. 4/ 1812) oder *„Missbrauch beim Bezug von Arbeitslosengeld II durch türkische oder andere ausländische Staatsangehörige“*.

⁶ Flugblätter in Berlin <http://www.taz.de/pt/1998/08/03/a0170.1/text?re=bl>

rige (I)“ (Drs. 4/ 3428) oder „*Schleusertätigkeit der China-Mafia in Sachsen*“ (Drs. 4/ 1609).

Die Vorurteile lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. „Ausländer sind kriminell“,
2. „Ausländer kommen nur wegen der Sozialleistungen nach Deutschland“,
3. „Ausländer nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg“,
4. „Ausländer bekommen mehr Kinder und gefährden so den Fortbestand des ‚deutschen Volks‘“.

b) Kriminalität

Die NPD-Fraktion versucht mit aller Macht das Vorurteil des kriminellen Ausländers mit statistischen Daten zu belegen. Zum Themenkomplex „Ausländer und Kriminalität“ stellte die Fraktion im Untersuchungszeitraum 18 Kleine Anfragen, was 30% des Gesamtvolumens im Bereich Migranten entspricht. Akribisch fragt Uwe Leichsenring in 5 Anfragen - aufgeschlüsselt nach Landkreisen - den Ausländeranteil an Straftaten wie Mord, Drogendelikten, Vergewaltigung, Landfriedensbruch, räuberische Erpressung, Kindesmissbrauch, Diebstahl, Körperverletzung, Urkundenfälschung und Kfz-Diebstahl ab (in dieser Reihenfolge, Drs. 4/ 1091-1095). Die Kleine Anfrage 4/ 2428 ermittelt den Anteil von Ausländern in sächsischen Gefängnissen (einschließlich einer Auflistung der Staatsangehörigkeit), die Anfrage Drs. 4/ 3432 fragt nach einer Aufschlüsselung nach Gefängnissen, Haftart und Staatsbürgerschaft. In der Kleinen Anfrage Drs. 4/ 1156, die sich dem Titel nach mit Verstößen gegen § 86a und

§ 130 StGB (Verfassungswidrige Symbole u. Volksverhetzung) befasst, erkundigt sich die Fraktion nach dem Ausländeranteil in sächsischen Gefängnissen, Haftgrund und Nationalität. Weiteres Interesse gilt dem angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen durch ausländische Mitbürger (Drs. 4/3428 und 3429) sowie der Grenzkriminalität, insbesondere im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung (Drs. 4/ 1446, 4/ 1450, 4/ 1609, 4/ 3433).

In den Pressemitteilungen der NPD-Fraktion wird die Sicht auf ausländische Mitbürger, vor allem Muslime, als Sicherheitsrisiko deutlich. So heißt es in einer Pressemitteilung zu den Anschlägen in London vom 7. Juli 2005:

„Statt die Grundrechte der Deutschen weiter einzuschränken wäre es an der Zeit, durch eine restriktive Zuwanderungspolitik, d.h. auch eine Politik der Ausländerrückführung, die Sicherheit in Deutschland wieder herzustellen, den Rechtsstaat zu schützen und vor allem der kulturellen Überfremdung Europas durch muslimische Einwanderer entgegenzutreten.“⁷

c) *Sozialleistungen*

Als zweiten Punkt interessiert sich die Fraktion für Migrantinnen und Migranten, die in Sachsen Sozialleistungen beziehen. In den Anfragen wird ausländischen Beziehern von ALG II pauschal unterstellt, Sozialleistungen zu missbrauchen, so lauten die Titel in Drs. 4/ 3428 und Drs. 4/ 3429 etwa *„Missbrauch beim Bezug von Arbeitslosengeld II durch türkische oder andere ausländische Staatsangehörige“*. Obwohl die Staatsregierung in ihrer Antwort darauf hin-

⁷ Pressearchiv http://www.npd-fraktion-sachsen.de/fra_startseiten/presse.-html (Zugriff am 24. 05. 2006)

weist, dass es keinen nennenswerten Missbrauch gibt, werden beide Anfragen auf den Internetseiten der Fraktion zugänglich gemacht (insgesamt sind nur ca. 10 % der Anfragen auf diese Weise abrufbar). Bewusst werden die Grenzen zu kriminellen Handlungen verwischt. So heißt es in Drs. 4/ 3886: *„Reicht für EU-Ausländer zum Bezug von Leistungen nach SGB II der Vorwand, sich wegen Arbeitsplatzsuche in Deutschland aufzuhalten?“* Es wird also pauschal unterstellt, dass Menschen Arbeitssuche nur vortäuschen und sich auf Sozialleistungen ‚ausruhen‘.

In den Debatten über Arbeit und Sozialleistungen wird eines sichtbar: die NPD-Fraktion behauptet, sowohl Arbeit als auch staatliche Leistungen sind begrenzt. Die Konsequenz daraus ist für sie, dass diese Güter ausschließlich an das eigene „Volk“ verteilt werden dürfen. Anstatt konstruktive Ideen zur Vermehrung von Arbeitsplätzen, der Neugestaltung des Arbeitsmarktes oder der Festigung der sozialen Sicherungssysteme zu liefern, spielen sie Menschen aufgrund ihrer Herkunft gegeneinander aus.

d) Arbeit

Ein weiterer für die NPD-Fraktion wichtiger Punkt ist die Frage nach Migranten als Konkurrenten für Deutsche auf dem Arbeitsmarkt. Hier ist der Abgeordnete Winfried Petzold besonders aktiv (außer Drs. 4/ 1812 zu ‚ausländischen Scheinselbständigen‘). Petzold hatte sich bereits im Landtagswahlkampf 2004 auf der Internetseite der NPD mit folgenden Worten empfohlen:

„Die EU-Osterweiterung wird zu weiterem Lohnverfall, zu Arbeitslosigkeit und zur Verarmung führen. Schluss [sic!] damit! Ausländische Arbeitnehmer dürfen sich hier nur noch ansiedeln, wenn keine heimischen Fachkräfte

zur Verfügung stehen und ein Bedarf durch ortsansässige Firmen mit seriösen Lohnstandards nachgewiesen ist. [...] im Öffentlichen Dienst sind Einheimische mit sozialer Verwurzelung einzustellen.“

Von der NPD ist man eine Ablehnung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union gewohnt. Bemerkenswert ist aber die Forderung nach einer Beschränkung des Zugangs zum Öffentlichen Dienst auf „Einheimische mit sozialer Verwurzelung“ - was auch immer damit genau gemeint sein soll. Dies widerspricht den grundgesetzlich verankerten Zugangskriterien der Eignung und Leistung. Es ist wohl eine Absicht von Petzold, Ressentiments gegenüber „Westbeamten“ zu schüren. Die NPD möchte damit offensichtlich den Eindruck ihrer Wählerklientel bestätigen, dass „Ausländer“ und „Westbeamte“ verantwortlich für eine als bedrückend empfundene persönliche Lage sind. „Einheimische“ sollen Vorteile gegenüber aus Ost und West Zugewanderten genießen. Aber darüber hinaus zeigt sich in der Forderung noch etwas anderes: die negative Aufladung jeglicher Veränderung und der Wunsch nach Abschottung der Gesellschaft durch die NPD-Fraktion. Vorrecht sollen nur die Menschen genießen, die schon ‚immer‘ an ein und demselben Ort wohnen und arbeiten. Wie lebensfremd diese Forderung ist, zeigt die Realität: Mobilität ist für viele Menschen ein Grundwert einer offenen Gesellschaft und eine berufliche Grundanforderung.

Im Bereich Arbeit wird unter anderem die Anzahl der ausländischen Gastronomien in Sachsen und deren Konzentrationsgebiete erfragt (Drs. 4/ 2520). Weiterhin interessiert sich die Fraktion für ausländische Bürger als Angestellte des Freistaats (Drs. 4/ 2839), sowie für die so genannte ‚Migrantenökonomie‘ im

Freistaat, es werden ausländische Arbeitgeber in Sachsen abgefragt (Drs. 4/ 3007). Außerdem erkundigt sich die Fraktion nach den Arbeitsverhältnissen jüdischer Kontingentflüchtlinge (Drs. 4/ 2238).

Die NPD-Fraktion stellte eine Anfrage zur Anzahl ausländischer Saisonarbeiter und ihrer Einsatzgebiete (Drs. 4/ 2608). Dies soll wohl Hintergrundinformationen für die EU-Osterweiterungsdebatte liefern. Im zweiten Teil wird unter Bezugnahme auf die Massenarbeitslosigkeit gefragt, was getan wurde, um deutsche Arbeitslose als Saisonarbeiter zu vermitteln und wie in Zukunft damit umgegangen werden soll. Die NPD redet bereits im Informationsteil der Anfrage von einer „bewusste[n] Diskriminierung einheimischer Arbeitskräfte“ und erzeugt auch im weiteren Verlauf das Gefühl, ausländische SaisonarbeiterInnen wären ein ‚Problem‘ und nähmen arbeitswilligen Deutschen die Arbeitsplätze weg. Dies geht vollkommen an der Realität vorbei, wie auch die Stellungnahme der Staatsregierung deutlich macht.

Interessant ist dabei auch, dass die Aussage „Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg“ im eklatanten Gegensatz zur ebenfalls geäußerten Behauptung „Ausländer kommen nur wegen der Sozialleistungen nach Deutschland und wollen gar nicht arbeiten“ steht. Aber inhaltliche Widersprüche sind ja in der rassistischen und menschenfeindlichen Argumentation der NPD-Fraktion nicht selten.

e) *Debatte: „Grenzen dicht für Lobndrucker“*

Die Verwendung der Anfragen erfolgt im Zuge von Arbeitsmarktdebatten und Debatten zur EU-Osterweiterung, wie etwa

in der von der NPD beantragten „Aktuellen Stunde“ zum Thema „Grenzen dicht für Lohndrücker“ (PIPr 4/ 17, 1297 ff). Allerdings werden die von der Staatsregierung übermittelten Antworten nicht in Betracht gezogen, wenn sie nicht in das fremdenfeindliche Weltbild der NPD passen. Stattdessen dominieren populistische Verallgemeinerungen und Verzerrungen. Dies verdeutlicht zum Beispiel der Redebeitrag des Abgeordneten Apfel in einer Debatte über Mindestlöhne. Dort heißt es:

„Vor allem seit dem Beitritt der zehn neuen Länder zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 erleben wir einen massiven Verdrängungswettbewerb von Lohndrückern aus den Beitrittsländern zulasten der heimischen, deutschen Beschäftigten. [...] Wir haben in einigen Bereichen, zum Beispiel im Reinigungsgewerbe, in der Gastronomie oder im Wachgewerbe, eine verheerende Lohnsituation, und hier muss dringend eine Auffangleine geboten werden.“ (PIPr. 4/ 18, 1405, Hervorhebung JL/ CS)

Die NPD-Fraktion versucht in solchen Debatten zum Teil, ihre Ausländerfeindlichkeit oberflächlich zu kaschieren, wenn sie darauf angesprochen wird. Holger Apfel erklärt zum Beispiel zur Aktuellen Debatte der NPD-Fraktion „Grenzen dicht für Lohndrücker“:

*„Mit Ausländerfeindlichkeit hat dies jedoch nichts, aber auch gar nichts zu tun. Natürlich können die Menschen in Osteuropa nichts für das von den Blockparteien angerichtete Desaster. **Ich kann einem Ausländer nicht einmal verübeln, dass er die Freizügigkeit der BRD schamlos ausnutzt.** Die Schuld, meine Damen und Herren, tragen nicht die Ausländer, sondern verantwortungslose Politiker mit ihrem Globalisierungswahn. Deutsche wie Ausländer sind Opfer einer missratenen Politik, sie sind wie deutsche Arbeitnehmer machtlose Rädchen innerhalb der*

Logik des kapitalistischen Systems [...]“ (PIPr 4/ 17, 1297, Hervorhebung JL/CS)

Die Behauptung, nicht ausländerfeindliche Ressentiments zu schüren, ist eine durchsichtige Schutzbehauptung gegenüber der weiteren Öffentlichkeit. Dies zeigt die Wortwahl: der Titel der Debatte redet von ‚Lohndrückern‘ es wird von ‚Billigkonkurrenz‘ gesprochen und Ausländer nutzen angeblich die Sozialsysteme „schamlos“ aus. In Publikationen spricht der Abgeordnete Gansel auch schon mal von Migranten als ‚Sozialschmarotzern‘. Es wird deutlich, dass die Fraktion Menschen ohne deutschen Pass und Menschen anderer Hautfarbe pauschal auf Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihres Aussehens vorverurteilt. Die Wortwahl zeugt weiterhin von einer klaren Missachtung der Würde und der Persönlichkeit dieser Menschen.

10. Rassismus konkret II: Unfähigkeit und Unwilligkeit zur Integration

Ein zentrales Thema der Fraktion ist das - unterstellte - Scheitern von Integration. Parlamentarische Initiativen gibt es nicht, wohl aber Reden und Veröffentlichungen. Dabei werden in menschenverachtender Weise die Gefahren von - so wörtlich - „*kulturell inkompatiblen Orientalenmassen*“ im Namen eines „*historisch gewachsenen Identitätsbewusstseins Europas*“ beschworen. Die Abgeordnete Schübler führt in einer von der Koalition angestoßenen Debatte zur Zwangsheirat aus:

„Die Nationalen haben schon vor Jahrzehnten davor gewarnt, dass durch die Masseneinwanderung von ethnisch und kulturell völlig inkompatiblen

Orientalenmassen die Konfliktpotenziale der Einwanderer mit importiert würden. Genau das ist geschehen.“ (PIPr. 4/ 34, 2644)

Der Abgeordnete Apfel meint zum Türkeibeitritt der EU:

„Ferner ist unvorstellbar, dass die 90 Millionen Muslime, die die Türkei 2012 zählen wird und die das unverzichtbare, historisch gewachsene Identitätsbewusstsein Europas nicht teilen, jemals in irgendein politisches Europakonzept integrierbar sein könnten, das mehr darstellt als die Schaffung einer Freihandelszone vom Atlantik bis nach Wladiwostok“ (PIPr. 4/24, 1934).

Die Ablehnung der Türkei im Namen Europas ist vor dem Hintergrund der aggressiven Europafeindschaft der NPD, wie sie im Ersten Teil beschrieben wurde, als Versuch zu verstehen, an konservative beitriffsfeindliche Kreise anzuknüpfen. Dabei wird unterschwellig dort bestehende Vorstellungen vom „christlichen Abendland“ angeknüpft, dass keine Muslime verträge. Dies zeigt, wie wirr und inkonsistent die NPD-Fraktion mit verschiedenartigen ausländer- und muslimfeindlichen Ressentiments spielt.

11. Rassismus konkret III: Der Antrag zum „Block 99“ – Internationales Quartier Leipzig

Die Initiative beruht auf einem Artikel der Leipziger Volkszeitung vom 24./ 25. 09. 2005 und stellt ein besonders krasses Beispiel für die Verdrehung von Tatsachen dar. Bei dem Leipziger Projekt „Block 99“ geht es um die Aufwertung des Einzelhandels im Bereich der Eisenbahnstraße im Leipziger Osten durch die Etablierung von Geschäften, die sich durch hochwertige nationenspezifische Angebote auszeichnen. Das Anliegen der Stadt Leipzig und der vor Ort ansässigen (deutschen) Geschäftsleute

ist es, einen strukturschwachen Stadtteil für Kunden attraktiver zu machen. Daraus phantasierte sich die NPD-Fraktion angebliche Pläne zur Bildung eines „Ghettos“ zusammen.

Zunächst fragt die NPD-Fraktion die Angaben des Zeitungsartikels in Kleinen Anfragen ab. Im zweiten Teil werden wilde Gerüchte, die der NPD offensichtlich zu Ohren gekommen sind (oder von ihr gestreut wurden) abgefragt. Unter anderem ist die NPD-Fraktion der Meinung, dass deutsche AnwohnerInnen durch Planungen der Stadt Leipzig absichtlich in unsanierte Plattenbausiedlungen verdrängt würden, während Ausländer angeblich die Gründerzeithäuser erhielten (Drs. 4/ 3284).

Der zweite Teil der Kleinen Anfrage offenbart allerdings noch etwas anderes. Unter Frage 3 heißt es:

„Wie bewertet die Staatsregierung die real gegebene Gefahr, dass bei Umsetzung des Pilotprojektes „Block 99“ ein Sozial-Ghetto entsteht mit einer Wohnbevölkerung, die sich mehrheitlich aus sozial schwachen deutschen Menschen und Zuwanderern, die zu großen Teilen den Sozialetat der Bundesrepublik belasten, zusammensetzt?“

Die Formulierung der Frage legt nahe, dass die NPD-Fraktion auch klare Differenzierungen zwischen Deutschen vornimmt, denn manche von ihnen stellen für sie eine ‚Belastung‘ der Sozialsysteme und damit des Staates und der Gesellschaft dar. Das menschenverachtende Weltbild der NPD zeigt sich also nicht nur in Bezug auf MigrantInnen, sondern auch in Bezug auf Deutsche, in deren Interesse sie angeblich ihre Arbeit stellen.

Die Begründung des Plenarantrags nutzt die bereits in den Themenschwerpunkten 1 (Kriminalität) und 3 (Sozialleistungen) ge-

nannten Vorurteile: zum einen führt eine Ansiedlung von einer größeren Anzahl von Ausländern in der NPD-Logik zwangsläufig zu einer Zunahme von Kriminalität und zum anderen belasten angeblich alle dort wohnenden MigrantInnen die sozialen Kassen.

Apfel führt in einer von der NPD-Fraktion beantragten Debatte im Landtag aus:

„Die dort [in deutschen Großstädten] lebenden Ausländer sind jedoch nicht gewillt, sich zu integrieren – der vermeintlichen Integrationsideologie Folge zu leisten; sie wollen ihre eigene Identität wahren, sie wollen ihre eigenen Kulturen ausleben. Da helfen auch keine Umschulungen, da helfen keine Deutschkurse, da helfen auch keine für sie bemühten Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote. Trotz alledem entstehen immer mehr Parallelgesellschaften in Westdeutschland. Das ist die traurige Realität, meine Damen und Herren, und es zeigt eben, dass die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer gescheitert ist“ (PIPr. 4/ 37, S. 2871).

Auch in hier kommt Apfel wieder auf die angebliche Kriminalität der MigrantInnen zu sprechen: er führt aus:

„Das Viertel wird nach und nach von Ausländern majorisiert. Nach einiger Zeit wird es erste Berichte über Schutzgelderpressungen und Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern geben. Am Ende wird sich die Polizei nicht mehr in das Gebiet trauen [...] Diese Gegengesellschaften kennen nur das Recht des Stärkeren, die Schwarzwirtschaft und allen möglichen illegalen Handel“ (PIPr 4/ 37, 2867).

Wie bereits erwähnt kommen MigrantInnen nach NPD-Glauben nur nach Westeuropa, um die hiesigen Sozialleistungen auszu-

nutzen, sie sind „Zuwanderer in das westeuropäische Sozialnetz“. Apfels Begründung ist in erster Linie populistisch:

Dieses Szenario mag für Sie heute noch in weiter Ferne liegen und wie es sich für Multikulti-Fantasten gehört, verdrängen Sie natürlich die Folgen Ihres Handelns, besser gesagt in diesem Falle Ihres Nichthandelns. Dabei reicht ein Blick nach Frankreich und nach Großbritannien aus, um festzustellen, wie realitätsnah die von mir skizzierte Entwicklung leider ist.

Erst vor einem Monat flimmerten über die Fernsehbildschirme Bilder, die man in Mitteleuropa seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen hatte: Tausende verbrannter Autos; Brände in Schulen, Sporthallen, in Läden, Kraftstoffdepots, Busbahnhöfen; Feuergefechte mit Polizisten und Feuerwehr; Ordnungskeräfte, die mit Steinen, Hämmern und Schwefelsäureflaschen beworfen werden; vom Dach gestoßene Einkaufswagen; körperliche Angriffe auf Journalisten; Verrüstung von Schulen, Kindergärten, Polizeiwachen, Sozialeinrichtungen und Postämtern; Plünderungen von Banken und Lagerhallen. Zum ersten Mal seit dem Algerienkrieg war unser westlicher Nachbar wieder gezwungen, den Ausnahmezustand auszurufen. (PIPr. 4/ 37, 2867)

Für Apfel führt die Einrichtung eines internationalen Quartiers in Leipzig direkt zu den Ausschreitungen in Paris. Hier offenbart sich wieder eine Strategie der NPD: Da es in Sachsen nur einen Ausländeranteil von ca. 2 % gibt, müssen andere Regionen als Drohkulisse erhalten. Auffällig an dem Vergleich mit Frankreich ist hier allerdings eins: Apfel macht für diese Ausschreitungen nicht die MigrantInnen in den Vororten verantwortlich, sondern die französischen PolitikerInnen. Er sagt:

„Die Verantwortung hierfür tragen nicht die Zuwanderer in das westeuropäische Sozialnetz, sondern trägt einzig und allein die herrschende politische

Klasse, die in ihrem multikulturellen Größenwahn die Lunte für einen multikriminellen Rassenkrieg gelegt“ (PIPr 4/ 37, 2867).

Trotz dieser Beteuerung lassen Apfels Formulierungen deutlich fremdenfeindliche Ressentiments erkennen: Ausländer wandern ausschließlich mit dem Ziel der Ausnutzung der Sozialleistungen ein, sie sind multikriminell und werden früher oder später einen „Rassenkrieg“ anzetteln.

Literatur

Forschungsgruppe Wahlen: „Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: NPD und DVU“ 2004 unter:

http://www.forschungsgruppe.de/Ergebnisse/Wahlanalysen/Newsletter_NPD_DVU.pdf (Zugriff 7. 4. 06).

Reichelt, D.: „Krieg der Sterne“ Beitrag auf der NPD Internetseite vom 18. 4. 2006 http://www.npd.de/index.php?sek=0&pfad_id=7&cmsint_id=1&detail=368 (Zugriff 24. 4. 06).

Neu, Viola: „Landtagswahl in Sachsen am 19. 9. 2004“ Berlin: Konrad Adenauer Stiftung, 2004, http://www.kas.de/db_files-/dokumente/7_dokument_dok_pdf_5343_1.pdf, (Zugriff am 31. 3. 06).

Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln: Kiepenheuer und Witsch, 2005

Steglich, Henrik: Die NPD in Sachsen. Organisatorische Voraussetzungen ihres Wahlerfolgs 2004, Göttingen: V&R unipress, 2005

Stiegler, Barbara: Mutter, Kind und Vater Staat: geschlechterpolitische Aspekte des Erziehungsgehalts Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1999.

II. Kommentar

Helena Flam

Multikulturalismus und Rassismus – Zu den Debatten der NPD im deutschen Kontext

Wie These III zur Sozialpolitik besagt, redet die NPD-Fraktion – sich selbst gern als Retterin des deutschen Volkes stilisierend – bevorzugt von der „Überfremdung“ Deutschlands: im Zusammenhang mit der Sozialpolitik, aber auch mit den EU-Erweiterungen, dem Lohndumping usw. usf. Politikern in Deutschland und Sachsen wirft die NPD-Fraktion vor, dass diese das deutsche Volk nicht gegen Zuwanderung schützen wollen, sondern im Gegenteil und gegen ihren Willen den Deutschen die Zuwanderer aufzwingen. Die sozialpolitischen Diskurse der NPD und ihrer sächsischen Abgeordneten fordern u.a. Sozialleistungen wie „Müttergehalt“ oder „Kinderrente“, die – so die NPD – das physisch und kulturell bedrohte deutsche Volk gegen die „Multikulti-Fanatiker“ und „Multikulti-Fantasten“ schützen würden. Den Reden der NPD-Abgeordneten zufolge verwenden diese den Multikulturalismus – so These III – „als Instrument der Entwurzelung der Deutschen“.

Auch bei anderen Themen kommt in den NPD-Reden der Multikulturalismusbegriff vor. Dieser wird eingesetzt, um für ein ausländerfreies Deutschland und insbesondere ein ausländerfreies Sachsen zu plädieren. Es ist daher wichtig zu wissen, was die NPD als Partei und insbesondere die sächsische NPD-Fraktion mit diesem Begriff verbinden bzw. wie sie den Begriff des Multi-

kulturalismus auslegen, um ihn nicht nur als Lösung „deutscher“ Probleme abzulehnen, sondern ihn sogar zu einer schä(n)dlichen Krankheit für die deutsche Bevölkerung umzudeuten.

1. Der Multikulturalismusbegriff der NPD

Die NPD-Fraktion setzt – wie schon in ihrem aktuellen Parteiprogramm von 1997 und in ihrem Parteiorgan „Deutsche Stimme“ – eine multikulturelle Gesellschaft gleich mit interner Homogenisierung und Abschottungstendenzen, deren bevorzugtes Symbol die „Ghetto-Bildung“ oder das „Ghetto-Viertel“ ist (s. z. B. des NPD-Abgeordneten Apfels 1. Rede, Plenarprotokoll 4/ 37, 2867). Bereits durch die Reduktion des Multikulturalismus auf seine angebliche Erscheinungsform als „Ghetto-Viertel“, die der eigentlichen begrifflichen Bedeutung des Wortes Multikulturalismus nicht entspricht bzw. sogar widerspricht, wird sprachsymbolisch – ohne sich auf stichhaltige Argumente und lange Beweisführungen einlassen zu müssen – gegen den Multikulturalismus Stellung bezogen.

In diesen Ghettos – so die NPD – stellen die Ausländer „30 und noch mehr Prozent“ der Einwohner (s. z. B. Apfels 2. Rede, Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871). Es handelt sich also um Gegenden, in denen die ursprüngliche Bevölkerung mit den Zuwanderern und ihren Nachkommen zusammenlebt. Der Begriff „Ghetto“ wird in diesem Zusammenhang völlig falsch verwendet.

Dieses Wort bezeichnete ursprünglich die Wohnviertel einer ganz spezifischen, homogenen Bevölkerungsgruppe in Europa – nämlich die der Juden. Diese wurden mittels Gesetze als ethnisch oder rassistisch verschieden definiert und zwangsweise sozial

und räumlich ausgegrenzt.¹ Die Geschichte der USA und ihrer Städte hat diesem Begriff eine neue Bestimmung verliehen – kein Gesetz, sondern eher ökonomischer Zwang und die am Reiseziel vorgefundene Diskriminierung veranlassten die aus dem Süden fliehenden Sklaven und die neuen europäischen Zuwanderer, sich in solchen Stadtgebieten New Yorks oder Chicagos niederzulassen, wo die Mieten niedrig und die Erfahrungsgenossen bereits zu finden waren. In beiden Fällen handelte es sich aber um Gegenden, die nur von einer Bevölkerungsgruppe mehrheitlich bewohnt wurde. Nicht so bei der NPD, deren Vertreter offensichtlich nicht die objektiven Verhältnisse, sondern die vermuteten Gefühle bzw. die angenommene subjektive Sicht „der Deutschen“ zu vertreten meinen, da sich die NPD als Sprachrohr dieser, durch sie künstlich geschaffenen Bevölkerungsgruppe versteht. Auf „die Deutschen“ kommen wir noch zurück. Hier soll festgehalten werden, dass auch wenn die „Ausländer“ eine Minderheit vor Ort darstellen, z. B. vom NPD-Abgeordneten Apfel (s. z. B. 1. Rede, Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867) behauptet wird, dass so ein Ghetto „von Ausländern majorisiert“ ist. Die NPD führt also eine Gleichsetzung zwischen Multikulturalismus und dem angenommenen Gefühl „der Deutschen“, durch die Ausländer „majorisiert“ zu werden, ein. Weiter fällt auf, dass, obwohl das Wort „Ghetto“ aus historischer und etymologischer Sicht falsch verwendet bzw. umgedeutet wird, es aus Sicht der NPD strategisch richtig eingesetzt ist, weil es die Assoziation zu „Juden“ und „Schwarzen“ hervorruft, also zu Gruppen, die von

¹ S. Karin Priester (2003), *Rassismus*. Leipzig, Reclam.

der NPD und Alltagsrassisten als „Rassen“ verstanden werden. Der Begriff „Ghetto“ spielt in diesem Zusammenhang eine zentrale Rolle, da mit seiner Hilfe eine Gleichsetzung von Ausländern mit „Rassen“ erreicht wird. Seine wiederholte Verwendung zielt darauf ab, den Eindruck zu erwecken, dass in Deutschland Ghettos, die von anderen „Rassen“ „majorisiert“ werden, ein schwerwiegendes bzw. zentrales Problem darstellen.

Die multikulturelle Gesellschaft wird zweitens als gegnerisch und kriminalisiert dargestellt. Das Lieblingssynonym der NPD für multikulturelle Gesellschaft ist die „multikriminelle Gesellschaft“. Als weitere Synonyme werden die „rechtlosen Zonen“ oder aber „Gegengesellschaften . . . [die] nur das Recht des Stärkeren, die Schwarzwirtschaft und allen möglichen illegalen Handel kennen“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867) verwandt.

Drittens wird die multikulturelle Gesellschaft emotionalisiert und dämonisiert. Es wird den Ghettoeinwohnern (oder auch Migrantenkindern) unterstellt, dass sie „glühende[n] Hass auf die deutsche Gesellschaft“ entwickeln und pflegen. Bevorzugt werden Ghettos als „Pulverfass“ und Jugendliche als „tickende Bomben“ sowie als eine enorme Gefahr für die Gesellschaft dargestellt, da sie Stadtviertel in Regionen verwandeln, in die „keine Post mehr ausgeliefert wird, Ärzte und Feuerwehr sich nicht hinwagen und die Polizei nur schwer bewaffnet erscheint“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867). Liest man diese Charakterisierung im kürzlich diskutierten Kontext der so genannten No-go-Areas, die als Gebiete definiert sind, in denen die öffentliche Ordnung nicht mehr garantiert werden kann, und tauscht die Einwanderer gegen

Rechtsextreme aus, könnte man meinen, von genau diesen sei hier die Rede.

Politikern, aber auch dem Großkapital und den Gewerkschaften² wird vorgeworfen, dass sie „Millionen von Ausländern wie Sklaven in der Neuzeit nach Deutschland geholt“ haben (s. Punkt 8 des seit 1985 unveränderten Parteiprogramms der NPD von 1997). Insbesondere den sächsischen Politikern wird nachgesagt, dass sie gezielt Ghettobildungen planen bzw. nicht zu bremsen versuchen (These III und Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867). Durch die Gleichsetzung der Migranten mit „Sklaven“ – so könnte eventuell argumentiert werden – versucht die NPD, Sympathie für die nach Deutschland Geholten zu erwecken. Der Gesamtkontext lässt aber eher darauf schließen, dass es sich um ein Wort handelt, das eine Assoziation mit angeblich minderwertigen Völkergruppen hervorbringen sollte. Es wird also der Politik, dem Großkapital und den Gewerkschaften vorgeworfen, minderwertige Völkergruppen nach Deutschland (und Sachsen) zu holen.

Um die Konsequenzen der aus Sicht der NPD unerwünschten und ominösen Politik auszumalen, bezieht sich z. B. der NPD-Abgeordnete Apfel (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867) sowohl auf Frankreich als auch auf England, obgleich er anschließend nur die Unruhen in den französischen Vorstädten schildert, die seiner Rede lediglich einen Monat vorangegangen waren. Diese – so seine Sicht der Ereignisse – veranschaulichten in Form von

² Obwohl sich Gewerkschaften seit den 1950ern bis heute regelmäßig gegen den „Import“ neuer ausländischer Arbeitskräfte äußern.

Fernsehbildern eindrücklich die Folgen von Multikulturalismus und Inaktivität der Politiker gegen diesen.

Die Folgen werden ohne weiteres Zögern mit Brutalität und Extremgewalt gleichgesetzt, wenn der Redner detailliert und in dramatischen Bildern „[t]ausende verbrannter Autos; Brände in Schulen, Sporthallen..., Feuergefechte mit Polizisten und Feuerwehr... vom Dach gestoßene Einkaufswagen; körperlich Angriffe auf Journalisten; Verwüstung von Schulen, Kindergärten, Polizeiwachen... Plünderungen von Banken und Lagerhallen“ schildert (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867).

Wie sein NPD-Kollege Apfel sieht der Abgeordnete Petzold Multikulturalismus als zwangsverordnet und „von sozialer Desorganisation“ geprägt. Auch er verweist auf „westeuropäische Großstädte“ und ihre „unerträgliche Realität“, wenn er vor „einer von sozialer Desorganisation geprägten multikulturellen Gesellschaft“ warnt (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2870).

Der einzige wichtige Unterschied besteht darin, dass er sich auf eine deutsche Studie namens „Überforderte Nachbarschaften, soziale und ökonomische Erosion“, die vom Bundesverband Deutscher Wohnungsunternehmen finanziert wurde, beruft, um die Essenz der multikulturellen Gesellschaft zu schildern. Wohl gemerkt werden nicht die freundlichen oder die gleichgültigen, sondern eben die schlimmsten, die „überforderte[n] Nachbarschaften“ mit dem deutschen Multikulturalismus gleichgesetzt.³

³ Diese – so Herr Petzold der Studie folgend – stehen für „ein ethnisch segmentiertes, distanziertes und auch feindliches Nebeneinander“, in dem

Während also der NPD-Abgeordnete Apfel die ärgsten Konsequenzen der gescheiterten polizeilich-repressiven, städtischen und sozialen Politik Frankreichs⁴ mit der multikulturellen Gesellschaft gleichsetzt, greift sein Parteifreund Petzold auf eine deutsche Studie zu städtischen Brennpunkten zurück, um die multikulturelle Gesellschaft zu beschreiben. Beide müssen sich also auf das Extreme berufen, wo Brutalität und Gewalt bzw. gegenseitige Feindlichkeit herrschen, um Schreckensbilder produzieren zu können.

Es lässt sich hiernach feststellen, dass die beiden NPD-Abgeordneten Apfel und Petzold auf übertriebene Dramatik, Extremfälle und ausländische Katastrophen, von deren Ursachen sie keine Ahnung haben, zurückgreifen müssen, um überhaupt in der Lage zu sein, ein Schreckensszenario für Deutschland auszumalen. Nun weigert sich aber die deutsche und, wie ich noch zeigen werde, besonders die sächsische Realität weitgehend, sich

Nachsicht, Toleranz, Hilfsbereitschaft zu Luxus-, Sich-Belauern und Anschwärzen hingegen zu Alltagsgütern wurden. Als Gründe dafür werden „Armut und Arbeitslosigkeit, übergroße Vielfalt und harter Konkurrenzkampf“, die „nicht viel Raum für einen kulturellen Austausch“ lassen, genannt.

⁴ Siehe z. B. Andreas Merx' Beitrag „Die Sprache der Gewalt – Wut und Hass aus den Vorstädten“ unter http://www.migration-boell.de/web/integration/47_365.htm; Didier Lapeyronnies Beitrag „Die Ordnung des Formlosen: Die soziale und politische Konstruktion von Rassismus in der französischen Gesellschaft“ in Eurozine/Mittelweg 36 unter: <http://www.eurozine.com/articles/2001-06-21-lapeyronnie-de.htm.1>; oder Francois Dubet / Didier Lapeyronnie. Im Aus der Vorstädte. Stuttgart. Klett-Cotta, 1994.

diesen Vorstellungen der NPD anzupassen – die westdeutsche, weil dort keine Ghettos brennen und die sächsische, weil es hier keine Ghettos gibt. Das stört die NPD-Abgeordneten allerdings nicht im Geringsten. Sie sind nicht die ersten Ideologen, die sagen: „Wenn die Wirklichkeit der Theorie nicht entsprechen will, dann zur Hölle mit der Wirklichkeit.“

2. Die Verwendung des „Rasse“-Konzepts

Das Interessanteste an der Rede des Abgeordneten Apfel ist, dass das Wort „Rassen“ ganz offen in der politischen Öffentlichkeit gebraucht wird. Seine Verwendung dieses Begriffes – der übrigens im Jahre 1951 von der UNESCO für unwissenschaftlich, in seinem Gebrauch für rassistisch-ideologisch motiviert befunden und damit abgelehnt wurde – markiert einen Unterschied zu den meisten Artikeln in der Parteizeitung „Deutsche Stimme“ und auch den Reden des Parteivorsitzenden Udo Voigts⁵, welche sich jeweils bemühen, ohne diesen Begriff auszukommen. Eher verlassen sie sich auf den neuen Kulturrassismus, um rassistische Inhalte zu vermitteln. Noch bemerkenswerter ist, dass die Rede von „Rassen“ im sächsischen Parlament keine Reaktion bei den anwesenden Politikern hervorruft.

⁵ Siehe das EU-geförderte vergleichende Projekt XENOPHOB *The European Dilemma: Institutional Patterns and Politics of ‚Racial‘ Discrimination*, das unter der Leitung der Autorin und Mitarbeit u. a. von Björn Carius (s. nächsten Beitrag) zwischen 2002 und 2006 am Institut für Soziologie der Universität Leipzig durchgeführt wurde. Die Ergebnisse werden als Sammelband „Migranten in Deutschland: Statistiken – Fakten – Diskurse“ 2007 veröffentlicht.

Auf jeden Fall taucht dieser Begriff zum ersten Mal auf, als der NPD-Abgeordnete Holger Apfel noch eine (hier: vierte) angebliche Folge des Multikulturalismus – den „multikriminellen Rassenkrieg“ – auflistet und die Verantwortung für diesen der „herrschenden politischen Klasse“ überträgt (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867). Er erscheint zum zweiten Mal, als der NPD-Parlamentarier „Spannungen zwischen Zuwanderern und Eingesessenen“ als eine unvermeidbare Folge des Multikulturalismus darstellt und für die absehbare Zukunft für Leipzig und Dresden – wie für Frankreich – „Rassenunruhen ungeahnten Ausmaßes“ prophezeit (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867). Würde er sich beleidigt fühlen und wehren wollen, wenn ich ihn als Rassist bezeichnen würde? Wahrscheinlich nicht. Im Gegenteil, er würde es als Kompliment nehmen und sich freuen, dass ihn endlich mal jemand richtig verstanden hat – wenn auch nur von „Rasse“ zu „Rasse“.

Angesichts seines expliziten Rassismus ist es nicht überraschend, dass der NPD-Abgeordnete Apfel seine Rede mit dem Plädoyer schließt: „Bewahren wir aus dieser Erkenntnis heraus die kommende Generationen in Sachsen vor der Hypothek einer multikulturellen, einer multikriminellen Gesellschaft und bewahren wir sie vor Ausländerghettos in sächsischen Großstädten“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2867)!

3. Der NPD-Kampagnenflyer: „Fremde Völkerscharen“ in Leipzig

Ein Blick auf einen NPD-Flyer, der gleichzeitig (auf der Rückseite) als Unterschriftensammelliste dienen soll, welcher mit den Aufforderungen „Leipzig braucht Arbeit, aber keine Moschee!“,

„Die Islamisierung unserer Stadt stoppen!“ und „NEIN zur Moschee in Leipzig!“ titelt, lässt erkennen, dass die NPD unter Multikulturalismus nicht nur (offensichtlich zukünftige, da gegenwärtig nicht existente) Konflikte zwischen Ausländern und Deutschen versteht, sondern auch Konflikte unter den zugewanderten Gruppen selbst, egal wie numerisch unbedeutend diese sind. Das Beispiel im Flyer bezieht sich auf Leipziger Juden und Muslime, die zusammen ca. 1 % der Gesamtbevölkerung einer Stadt mit ca. einer halben Million Einwohner ausmachen. Diese beiden kaum ins Gewicht fallenden Gruppen werden als fremde, konfliktlustige „Völkerscharen“ bezeichnet, die, sobald sie sich nur sehen bzw. „in unmittelbarer Nähe“ befinden, „im Herzen von Leipzig“ / „auf deutschen Boden“ übereinander herfallen würden. Daher gilt es, sich vor ihnen zu schützen und sie auszuschließen: „Sollen fremde Völkerscharen ihre ethnischreligiösen Konflikte auf deutschem Boden austragen? Wir brauchen kein Klein-Afghanistan im Herzen von Leipzig!“

Diese recht abstrakte und wenig überzeugende Gefahrenvision wird u. a. mit den lokalen Arbeitslosigkeitsstatistiken und dem Hinweis auf die um ihre Existenz bangenden, mittelständischen Unternehmen begründet. Ebenso wird das Bild von „Ausländerclans“ strapaziert, die „im Leipziger Osten“ „Gründerzeithäuser für einen Spottpreis von der Stadt Leipzig“ kaufen, „die deutschen Mieter vor die Tür“ setzen, dann mit „deutschen Steuergeldern“ die Häuser „aufwendig“ sanieren und „ihre Landsleute dort“ ansiedeln. Die Zuwanderer werden hiernach sowohl als Ursache von Arbeitslosigkeit als auch von Wohnungsnot dargestellt – wobei man sich angesichts der großen Leerstände in

Leipzig wirklich fragen muss, warum sich die NPD nicht wenigstens bemüht, ihre Aussagen den ostdeutschen bzw. Leipziger Verhältnissen besser anzupassen. Den „Ausländerclans“ wird weiter eine geschickte Dominostrategie zu einer gezielten, militärisch anmutenden Übernahme von Wohngebieten unterstellt: „Zuerst ein Haus, dann ein Straßenzug, dann kippt das ganz Viertel, Deutsche werden zur Minderheit im Wohngebiet.“ All dies dient dem Zweck, die „Deutschen“ als die wahren Opfer, als die Verlierer der städtischen und der Zuwanderungspolitik zu stilisieren. Abschließend wird mahnend an die französischen Ereignisse von November/Dezember 2005 erinnert, wo „Zuwanderer aus dem afrikanischem Raum... wochenlang brandschatzten und randalierten... was bald auch auf deutschem Boden droht.“ Die Vorderseite wird mit dem Appell beendet: „Wehret den Anfängen! Multikulturalisierung und Einwanderungspolitik legen auch in Deutschland den Zündstoff für sozialetnische Konflikte, bei denen Deutsche die Verlierer sein werden. Jetzt, hier und heute wird entschieden, ob und wie unser Volk in Zukunft überleben wird!“ Dadurch wird noch einmal Multikulturalismus mit konfliktlastiger Zuwanderung und den Deutschen als Verlierern sowie die Ablehnung der Zuwanderung mit dem Überleben des deutschen Volkes gleichgesetzt.

Da zur Zeit in Sachsen nicht mehr als 2,3 % der ganzen Bevölkerung ausländisch sind und keine Ghettos weit und breit, nicht mal mit der Lupe, zu entdecken sind, muss man den Abgeordneten Apfel bzw. die NPD als solche entweder als Hellscher(in) einstufen und sich fragen, ob die sächsischen Politiker, die vom Abgeordneten Apfel als Fantasten bezeichnet werden, jeden Be-

zug zur Wirklichkeit verloren haben, oder aber, ob es nicht die NPD-Mitglieder selbst sind, denen ein entscheidendes Quantum Realitätssinn abhanden gekommen ist.

Das Plädoyer Apfels gegen eine multikulturelle Gesellschaft könnte aber auch als Wunsch eines Perfektionisten nach dem absolut Absoluten verstanden werden. In seinen Reden hatte er bereits viele Gründe aufgelistet, warum er ein tiefes, aber ungestilltes Verlangen nach einem ausländerfreien, reindeutschen Sachsen spürt. Dass seine Partei und er Deutsche und Ausländer als Rassen definieren, muss weiter bedeuten, dass sein abschließender Aufruf der Rassentrennung gilt.

Dieses tiefe, ungestillte Verlangen nach Rassentrennung wird – wohl gemerkt – im Namen der „kommenden Generationen“ geäußert. Ich würde dies nicht als Zufall ansehen, sondern als ein mehr oder weniger bewusstes Zugeständnis des NPD-Abgeordneten Apfels, dass für die gegenwärtigen Generationen schon alle Hoffnung verloren gegangen ist. Das perfekte rassentrennte Leben ist für diese nicht mehr vorstellbar, da sich ihre Vertreter seit der Wende massiv in den wilden deutschen Westen begeben haben und immer noch begeben, um ihren eigenen Wunsch nach Arbeit, aber auch nach buntem, multikulturellem Leben zu stillen. Offensichtlich wussten und wissen sie nicht, das fast reindeutsche Sachsen des Abgeordneten Apfel ausreichend zu schätzen.

Auch der NPD-Abgeordnete Winfried Petzold schließt seine Rede damit, dass er „das von der Politik grenzenlos idealisierte multikulturelle Zusammenleben“ schwarz malt und dafür plädiert, „[d]en Standortvorteil der verhältnismäßig hohen sozialen

Stabilität unserer Städte und Gemeinden“ für die „kommenden Generationen“ zu erhalten, „um sie nicht mit dem Mühlstein einer von sozialer Desorganisation geprägten multikulturellen Gesellschaft zu belasten.“ (Plenarprotokoll 4/ 37 S. 2870)

Diesem Plädoyer mangelt es ebenfalls an jeglichem Bezug zur Realität. Die „verhältnismäßig hohe soziale Stabilität unserer Städte und Gemeinden“ ist eine Erfindung des NPD-Abgeordneten Petzold. Erstens scheint es sich um eine Überzeugung zu handeln, die, wie das Dossier von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu diesem Workshop zeigt, von seinen Fraktionskollegen wiederholt in Frage gestellt wird. Diese reden oft von einem bevorstehenden „Bevölkerungszusammenbruch“ und einer bestehenden „gesellschaftspolitischen Verwahrlosung“ der sächsischen Kinder und Jugendlichen (siehe oben: Dossier, S. 111f). Mittels kleiner Anfragen will die sächsische NPD-Fraktion an Material kommen, welches ihre These beweist, nämlich dass Sachsen unter einer Fehlentwicklung leide, sich schon in eine „anonyme, wertefreie Ellenbogengesellschaft“ verwandelt habe, woraus eine Gefährdung der sächsischen Kinder und Jugendlichen durch Verhaltensstörungen, Drogenkonsum und gegenseitige physische Gewalt resultiere (siehe oben: Dossier, S. 112).

Die „soziale Stabilität [der sächsischen] Städte und Gemeinden“ des Abgeordneten Petzold steht nicht nur im Widerspruch zu den üblichen Wirklichkeitsdarstellungen seiner Fraktion. An Fakten gemessen stellt sich dies als ein Produkt seiner Fantasie dar. Was „normale“ Kriminalität betrifft, so ist im vergangenen Jahr (2005) die Zahl der registrierten Straftaten und Vergehen gegen-

über dem Vorjahr zwar zurückgegangen⁶, bewegt sich aber nach wie vor im bundesdeutschen Mittelfeld.⁷ Außerdem weist Sachsen z. B. den höchsten Anteil an Neo-Nazis in ganz Deutschland auf; in den letzten drei Jahren nahm es bzgl. rechtsextremistischer Übergriffe⁸ jeweils den Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich ein.⁹ Ist es das vielleicht, was der Abgeordnete Petzold unter „Standortvorteil“ versteht?

4. Die Ablehnung der deutschen Integrationspolitik durch die NPD

Es lässt sich also festhalten, dass sich die beiden NPD-Abgeordneten in ihren Reden nicht nur deshalb gegen den Multikulturalismus wenden, weil sie rassistisch denken und einen „Bevölkerungszusammenbruch“ befürchten, sondern weil sie ihn auch mit feindlichem und potentiell explosivem Nebeneinander von Ausländern und Einheimischen, das in Brutalität und Gewalt umschlägt, assoziieren. Wie das NPD-Parteiprogramm aus dem Jahre 1997 noch deutlicher als die gerade besprochenen Abgeordnetenreden zeigt, handelt es sich für die NPD beinah

⁶ Polizeiliche Kriminalstatistik 2005 des Freistaates Sachsen: http://www.polizei.sachsen.de/lka/dokumente/downloads/downloads_ohne_konvert/Jue_PKS05_oVS.pdf.

⁷ Polizeiliche Kriminalstatistik 2005 des BMI: http://www.bmi.bund.de/-Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2006/Polizeiliche_Kriminalstatistik_20054_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Polizeiliche_Kriminalstatistik_20054_de.pdf.

⁸ Als bemerkenswert festzuhalten ist, dass oben genannte Kriminalitätsstatistiken nicht nach ausländerfeindlichen Straftaten aufschlüsseln.

⁹ http://www.migration-info.de/migration_und_bevoelkerung/artikel/0603-03.htm.

um einen Naturzustand der Feindseligkeit zwischen den Völkern, wenn sie „gezwungen werden“, miteinander Wohnraum zu teilen.

In Abschnitt 8 des Parteiprogramms mit dem Titel „Deutschland muss wieder deutsch werden“ wird die „mensen- und völkerverachtende Integration“ thematisiert, die „Ausländer und Deutsche ... gleichermaßen ihrer Heimat entfremdet und entwurzelt“, indem beide in von Ausländern dominierten Ghettos, wo alles „unerträglich“ ist, leben müssen (Parteiprogramm, 1997): „Deutsche und Angehörige fremder Völker stehen sich dort immer feindseliger gegenüber ...“ und der „innere Friede“ wird „zunehmend gefährdet“.

Das Parteiprogramm fordert daher, dass „die menschenfeindliche Integrationspolitik beende[t] sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten [wird].“ Dies wird im Namen des Rechts „der Völker auf Selbstbestimmung, auf kulturelle und nationale Identität“ propagiert. Aus Rücksicht auf diese nationale und kulturelle Selbstbestimmung wird im nächsten Satz die Erleichterung der Rückkehr von „Angehörigen anderer Völker“ in ihre Heimatländer verlangt. Dass es sich dabei nicht nur um leere Worte handelt, zeigte die Initiative des sächsischen NPD-Abgeordneten Mirko Schmidt, der Anfang Dezember 2004 für den Posten des Ausländerbeauftragten des sächsischen Landtags kandidierte.¹⁰ Sein Ziel war es, alle dauerhaft in Sachsen lebenden Ausländer zur Rückkehr in ihre Heimatländer zu bewegen: für ihre „Heim-

¹⁰ Siehe z.B. <http://dead-osa.50webs.com/news209.html?article=587> oder <http://taz.de/pt/2004/12/10/a0276.1/text.ges,1>.

kehr in Würde“ zu sorgen. Wie Uwe Leichsenring – ein anderer NPD-Abgeordneter – in diesem Zusammenhang betonte, hatte die NPD „natürlich“ nichts gegen ausländische Unternehmer oder Wissenschaftler (ah, da fühlt man sich erleichtert!), sondern nur etwas gegen „Scheinasylanten“ und „Wirtschaftsflüchtlinge“. Mit diesen kränkenden Worten werden also Asylbewerber ausgesondert und kriminalisiert, werden ihnen das Recht auf Asyl entgegen der deutschen Verfassung und das Recht auf gesetzlich vorgesehene Gerichtsverfahren von vornherein abgesprochen. Allerdings verfolgt die NPD hier eine Praxis, die – das muss man sagen – auch in der deutschen Politik und den Massenmedien seit den 1980er Jahren üblich geworden ist. Die inhaltliche Nähe des NPD-Wunsches nach „Heimkehr“ der Ausländer zum „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern“ der Kohl-Regierung aus dem Jahr 1983 ist nicht übersehbar. Allerdings wurde die Forderung nach der Rückkehr von „Angehörigen anderer Völker“ in Sachsen – im Vergleich zur NPD-Parteilinie – abgemildert und aufgeweicht, da Ausnahmen (Wissenschaftler und Unternehmen betreffend) vorgesehen wurden. Diese verharmloste Forderung fand dann ihr starkes, männlich-militantes Pendant in der Überzeugung des Abgeordneten Apfel, dass das Schreckensbild des Multikulturalismus, das er in seinen Reden ausgemalt hat, ausreichend ist, um zu zeigen, „wie notwendig nationaler Widerstand, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa gegen den multikulturellen Größenwahn ist“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871).

In einer anderen Rede desselben Sprechers finden wir noch eine Abweichung von der NPD-Parteilinie, wie sie im Parteipro-

gramm von 1997 zum Ausdruck kommt. Sein größter Vorwurf gegen die im Westen Deutschlands lebenden Ausländer – da es, wie gesagt, im Land Sachsen kaum welche gibt – ist, dass den „dort lebenden Ausländer[n]“ – nach bereits bekannten konservativen bzw. nationalchauvinistischen Argumentationsmustern – die Integrationsbereitschaft fehlte: diese „sind jedoch nicht gewillt, sich zu integrieren... sie wollen ihre eigene Identität wahren, sie wollen ihre eigenen Kulturen ausleben“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871).

Diese angeblich integrationsunwilligen Ausländer – so der NPD-Abgeordnete Apfel – machen jede politische Integrationsmaßnahme von vornherein ineffektiv, so dass es sich gar nicht lohnt, in die Integrationspolitik zu investieren: „Da helfen auch keine Umschulungen, da helfen keine Deutschkurse, da helfen auch keine für sich bemühten Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote“ (Plenarprotokoll 4/ 37 S. 2871). Nebenbei bemerkt halte ich es für äußerst aufschlussreich, dass der Abgeordnete Apfel in ein und derselben Rede die gescheiterte Integration fast zu bedauern scheint und gleichzeitig zu Rassentrennung (Plenarprotokoll 4/ 37 S. 2871) aufruft.

Aber noch bezeichnender ist, dass der Redner nicht fragt, wie diese Integrationsangebote aussehen, seit wann sie bestehen oder ob sie tatsächlich ausreichend zur Verfügung gestellt und finanziert werden. Dies wird vorausgesetzt. Genauso wird ihre Ausichtslosigkeit und Wirkungslosigkeit axiomatisiert. Die Wiederholung „da helfen keine“ stellt ein typisches Instrument klassischer Propaganda dar, das viele Redner, u. a. Hitler, aber auch z.B. Perón verwandten, um durch Repetition die Überzeugungs-

kraft der Aussage zu steigern. Mit Wiederholungen anstelle von Beweisen oder Argumenten sollen die Anwesenden zu der Einsicht gebracht werden, dass keine Integrationsmaßnahmen angesichts der angeblich fehlenden Integrationsbereitschaft der Ausländer sinnvoll seien.

Implizit geht es auch darum, die Zuhörer davon zu überzeugen, dass der Staat Deutschland die Ausländer mit zahlreichen Integrationsmaßnahmen über alle Maßen überschüttet bzw. überschüttet hat, was im internationalen Vergleich¹¹ eine riesige Propagandalüge darstellt.

¹¹ Die vergleichende Fallanalyse ist dem NPD-Abgeordneten Apfel keine unbekanntete Praxis, obwohl sie ihm vor allem zum Zweck dient, Argumente gegen die multikulturelle Gesellschaft zu finden. Das englische Integrationsangebot wird als Verzicht „auf verbindliche Wertvorgaben“ und das französische als eine „Illusion“, bei der „es genüge, jedem einen Pass und Staatsbürgerschaftsrechte zu geben“, dargestellt. Diese Illusion wurde „schlichtweg eingeäschert“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871). Nach diesem entschieden uninformierten Exkurs in die englische und französische Integrationspolitik warnt der Redner: „Wenn wir in Deutschland so weitermachen wie bisher, dann ist die Frage, ob die Gewalt auch in Deutschland ausbrechen kann, nicht eine Frage des Ob, sondern nur noch eine Frage des Zeitpunktes“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871). Mit diesem Satz, der direkt nach dem englisch-französischem Vergleich kommt, wird impliziert, dass Deutschland wie England „auf verbindliche Wertvorgaben“ verzichtet und wie Frankreich „jedem einen Pass und Staatsbürgerschaftsrechte“ gibt sowie von Gewalt bedroht wird. Weder das eine noch das andere entspricht auch nur im Entferntesten der Realität.

5. Beispiel: Die Integrationspolitik Schwedens

Um zu zeigen, dass Deutschland nicht zu den Vorreitern, sondern ganz im Gegenteil zu den Schlusslichtern auf dem Gebiet der Migrationspolitik gehört, vergleichen wir kurz Schwedens und Deutschlands Umgang mit – übrigens von der Zusammensetzung her sehr ähnlichen Gruppen von – Zuwanderern, die in beide Länder geholt worden sind, um die Wirtschaft anzukurbeln. Seit 1976 steht in Schweden die Integration der dort lebenden Zuwanderer auf der politischen Agenda. Dieses Ziel wird mit Hilfe einer großen Anzahl von Programmen verfolgt, z. B. durch mindestens drei Monate lange, bezahlte Sprachkurse für alle neu Zugewanderten, relativ leichte Einbürgerung nach vier Jahren, migrantengerechten Schulunterricht sowohl in Schwedisch als auch in der Muttersprache, amtliche Informationen in mehreren Sprachen, Integration über das Wahlrecht und über das Verbandswesen, „ethnische“ Abgeordnete, Ombudsmänner und -frauen, Massenmedienprogramme, usw. usf. Seit kurzem gibt es auch sehr strenge Anti-Diskriminierungsgesetze.

Im Unterschied dazu verharrte die Politik in Deutschland sehr lange in der Illusion, kein Einwanderungsland zu sein. Integrationsprogramme gab es vor allem für die zurückkehrenden Statusdeutschen. Gastarbeiter sollten ursprünglich, d. h. in den 1950/1960ern, dem Rotationsprinzip folgend, nach ein bis zwei Jahren in ihre Heimat zurückkehren. Da aber die Wirtschaft sie einerseits brauchte, ein Teil von ihnen andererseits auch bleiben wollte, ist seit den 1970er Jahren in der Politik immer wieder der Wunsch nach Integration der in Deutschland lebenden Zuwanderer und ihrer Kinder geäußert worden. Die Idee der multikul-

turellen Gesellschaft wird ab und zu als Ziel deklariert. Integration wird allerdings anders als in Schweden definiert: Es wird mehrheitlich (und viel ausdrücklicher als in Schweden) von Zuwanderern verlangt, dass sie sich an die deutschen Verhaltens- und Denkmuster anpassen. Deutsch gilt als die Amtssprache und wird als notwendige Voraussetzung für Integration, Einbürgerung, schulische und berufliche Leistung definiert – so auch durch das neue Zuwanderungsgesetz aus dem Jahr 2005. Diskriminierung wird verneint. Antidiskriminierungsgesetze gab es bis Juli 2006 nur für Betriebe. Nach langen Diskussionen im Bundestag über ein EU-konformes Antidiskriminierungsgesetz in den Jahren 2005 und 2006 wurde dieses am 7. Juli 2006 unter dem weniger verhänglichen Titel „Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz“ vom Bundesrat verabschiedet und mittlerweile in Kraft getreten.

Verglichen mit Schweden – auch ein Land ohne lange Einwanderungsgeschichte oder Kolonien – sind also Deutschlands Integrationsmaßnahmen sehr spät, nur zögernd und in bescheidenem Umfang – mit einem Budget auf dem Niveau von 2002, was von der Halbherzigkeit der Reform zeugt – eingeführt worden. Der Abgeordnete Apfel schafft aber den Eindruck, dass Deutschland so etwas wie ein Vorreiter auf dem Gebiet der Integrationspolitik sei. Diskursiv gesehen muss er diesen Anschein erwecken, damit er die Schuld für die misslungene Integration den Zuwanderern übertragen kann und das Thema Diskriminierung nicht erwähnen muss. Er schlussfolgert: „Trotz alledem entstehen immer mehr Parallelgesellschaften in Westdeutschland“ (Plenarprotokoll 4/ 37 S. 2871). Aus seiner Sicht sind es

nicht die deutschen Politiker, die zu wenig und zu spät anbieten, oder die Deutschen, die sich möglicherweise abschotten, sondern die Zugewanderten, welche die Hauptverantwortung für die Entstehung von Parallelgesellschaften tragen. Und die kleine Vokabel „allem“ soll noch einmal suggerieren, dass Deutschland schon alles getan habe, was überhaupt in seiner Macht stand. Dieses kleine Wort verneint, dass sich die deutschen Politiker mehrheitlich bis vor kurzem weigerten, Deutschland als Einwanderungsland anzuerkennen und zu definieren, und aus diesem Grund überhaupt kein Integrationsprogramm angeboten haben. Der letzte Satz in dieser Textpassage erklärt die Integration, die nicht mal mehrheitlich und wohlwollend initiiert oder begonnen wurde, für gescheitert: „Das ist die traurige Realität, meine Damen und Herren, und es zeigt eben, dass die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer gescheitert ist“¹²

¹² Apfel distanziert sich aber in der Folge von der Idee, dass die „Zuwanderer... die traurige Realität“ der gescheiterten Integration zu verantworten haben. Dabei ist plötzlich nicht mehr die Rede vom „Ausländer“ – ein Wort, das im Deutschen sehr schnell mit „Fremdheit“, „Ablehnung“, „Angst“ oder „Feindlichkeit“ verbunden wird – sondern er spricht von „Einwanderer[n]“, die nicht „die Verantwortung für die Politik“ tragen. Stattdessen wird Politikern – kommunalen, sächsischen, deutschen, westeuropäischen, usw. – die Schuld gegeben, da diese sich weigern, „den durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse provozierten Wanderungsbewegungen wirkungsvoll Grenzen aufzuzeigen!“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871). Jedoch wird diesen „Einwanderer[n]“ gleich im nächsten Satz unterstellt, dass sie die Politik für sich „[aus]nutzen“: „Man kann ihnen nicht einmal verdenken, dass sie das soziale Netz und die Bereitwilligkeit der westeuropäischen Politiker nutzen, [die] alle Heerscharen Länder in unsere Heimat auf[.]nehmen“ (Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871).

(Plenarprotokoll 4/ 37, S. 2871). Nicht unerwartet wird abschließend vor dem „unheilvolle[n] französische[n] Cocktail“ (Zuruf aus dem Parlamentssaal: „Sagen Sie mal Cocktail auf Deutsch“) gewarnt, der – implizit – an einen Molotow-Cocktail erinnert und damit lebensbedrohend ist (Plenarprotokoll 4/ 37 S. 2871 f.).

Fazit: Die Sozialpolitik Deutschlands muss also solche Mittel wie „Müttergeld“ oder „Kindergeld“ gegen den „Bevölkerungszusammenbruch“ einsetzen, nicht nur weil „die deutsche Volkssubstanz“ bedroht ist, sondern auch weil die Zuwanderung und die multikulturelle Gesellschaft keine Alternative darstellen, da sich die „Ausländer“ trotz besten Willens und zahlreicher Integrationsmaßnahmen abschotten und feindliche „Parallelgesellschaften“ einrichten, in denen sie „französische Cocktails“, welche die ganze deutsche Gesellschaft in die Luft jagen werden, basteln.

Björn Carius

Wider die antifaschistische Einheitsfront - die Querfront der Volkstreuen

1. „Deutsche“ nach dem Abstammungsprinzip?

Aus dem bislang Gesagten ging deutlich hervor: die NPD zielt sozialpolitisch darauf ab, Menschen, die von ihrer Herkunft als Ausländer definiert werden, von Sozialleistungen auszuschließen. So argumentiert z. B. die NPD-Abgeordnete Gitta Schübler, dass diese Leistungen nur in „die eigenen Menschen“, und zwar „aus volkerhaltenden Gründen“, investiert werden sollten. Erwartungsgemäß sieht sie die Politik der NPD als dem „deutschen Volk“ verpflichtet. Um dieses Ziel besser erreichen zu können, stellt sie die Möglichkeit in Aussicht, dass das Gesetz zur Reform der Staatsangehörigkeit abgeschafft wird, damit nur ‚das deutsche Volk‘ von den durch die NPD erwünschten Leistungen profitieren kann. Die Staatsbürgerschaft soll entsprechend wieder auf dem Abstammungsprinzip basieren:

„Im Übrigen sind wir der Meinung, dass es gar keine besseren Infrastrukturmaßnahmen geben kann, als in die Familien zu investieren, denn was nützt die beste Infrastruktur ohne die eigenen Menschen. Auch deshalb fordert die NPD-Fraktion schon aus volkerhaltenden Gründen, ein Müttergehalt nur Deutschen zukommen zu lassen, denn unsere Politik ist dem deutschen Volk verpflichtet. Sollen diesem Prinzip bestehende BRD-Gesetze entgegenstehen, so sind diese gegebenenfalls zu ändern. Diese Möglichkeit besteht durchaus. . . Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur daran, dass

das Abstammungsprinzip bis 1999¹ im Staatsbürgerrecht verankert war und erst unter Rot-Grün im Sinne der Multikultis geändert wurde. Das Staatsbürgerschaftsrecht könnte problemlos wiederhergestellt werden, sofern der politische Wille da ist (Redebeiträge Müttergehalt: Plenarprotokoll 4/ 36, S. 276 ff).

Als berechtigt für Sozialleistungen gelten also allein Deutsche. Dies jedoch ist eine höchst prekäre Kategorie, zumal in Sachsen. Nicht nur die Präsenz der wahrlich alteingesessenen Sorben im Osten des Landes verweist auf die mittelalterliche Besiedlung durch Menschen, die als Slawen gelten. Selbst die Namen der größten sächsischen Städte erinnern daran: ‚Drežďany‘ („Auwaldbewohner“), Lipzi („Linde“), Kamjenica („Steinbach“). Möchte die NPD ihre Hochburg Sachsen, da doch ihre deutsche Identität so zweifelhaft ist, aus ihrem Deutschland ausgliedern? Wer ist also gemeint, wenn die NPD etwa ein monatliches Nettogehalt von 1.000 Euro für „jede deutsche Mutter“ fordert? Auch Frauen namens Nowak und Kaminski mit ihren Nachnamen, deren germanischer Ursprung äußerst zweifelhaft ist? Und kann der Bundesvorsitzende der Jungen Nationalen und Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Stefan Rochow, zweifelsfrei als Deutscher gelten, wo ihn doch seine Na-

¹ Es entspricht tatsächlich der Wahrheit, dass zwischen 1913 und 1999 das Abstammungsprinzip im Staatsbürgerrecht verankert war. Bis in die 1990er Jahre wurde es insbesondere von der Union in programmatischen Schriften reproduziert. Allerdings stimmt es nicht, dass das Gesetz zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts aus dem Jahre 1999 dieses Prinzip abgeschafft hat. Es wurde nur durch Elemente des Territorialprinzips (*ius soli*) ergänzt – welche allerdings nur unter vielen zusätzlich zu erfüllenden Bedingungen gelten

mensendung eher mit Gorbatschow oder Uljanow als mit Voigt oder Apfel verbindet?

2. Ethnopluralistischer Rassismus

Es lässt sich daher nicht oft und deutlich genug betonen, dass die Kategorien ‚das deutsche Volk‘ bzw. ‚die Völker‘ im Zentrum der NPD-Programmatik stehen. Ihrem Programm hat die NPD ‚Grundgedanken‘ vorangestellt. Darin wird ausgeführt, wofür und wogegen sich die Partei positioniert. Diese Aufzählung gibt einen konzisen Überblick über die ideologischen Prämissen der NPD:

„Wir Nationaldemokraten stehen mit aller Konsequenz gegen die verstaubten Ideologien vergangener Jahrhunderte, gegen Aufklärungsutopien und gegen multiethnische Exzesse, denen derzeit das deutsche Volk ausgesetzt ist. Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremdung, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht (o. S.)“

Angesprochen ist hier also nicht allein die ‚Freiheit des deutschen Volkes‘, sondern die ‚Freiheit der Völker‘, die implizit der Freiheit der aufgeklärten Individuen entgegengesetzt ist. Den Ausgangspunkt bildet also nicht die Überlegenheit des deutschen Volkes, sondern die Gleichwertigkeit der Völker – wohlgemerkt als Völker. Damit korrespondieren die Annahmen, dass das Volk die Grundlage des Staates sowie „Volkstum und Kultur [...] die Grundlagen für die Würde des Menschen“ seien. Als Kriterium für die Volkszugehörigkeit wiederum gilt der NPD neben Sprache, geschichtlicher Erfahrung, Religion, Wertvorstellungen und

Bewusstsein auch die Herkunft. Entsprechend liefert die NPD in ihrem Parteiprogramm ein Bekenntnis zum „Prinzip der Volksabstammung“. Da die NPD von der Gleichwertigkeit der Völker ausgeht, sieht sie als ihre Gegner auch nicht die bekennenden Angehörigen anderer Völker, sondern diejenigen, die den positiven Bezug auf ‚das deutsche Volk‘ oder ‚die Völker‘ ablehnen. Dementsprechend „strebt das deutsche Volk Freundschaft und gute Beziehungen zu allen gutwilligen Nationen an, um gemeinsam der Zerstörung der Lebensgrundlagen durch multikulturelle, imperialistische und gleichmacherische Kräfte zu begegnen“. Als „multikulturelle, imperialistische und gleichmacherische Kräfte“ identifiziert die NPD all jene, die sich des Universalismus und der Missachtung des NPD-Ideals einer „Welt der tausend Völker“ verdächtig machen. So heißt es im Aktionsprogramm der NPD:

Nicht nur Menschen haben ein Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung, auch Völkern steht dieses zu. Die Unterdrückung dieses Rechtes hat die größten Katastrophen der Geschichte hervorgerufen. Dieses Selbstbestimmungsrecht steht im krassen Widerspruch zu jeglicher Form des Universalismus, da dieser eigene Anschauungen zu allgemeinverbindlichen Regeln erhebt, die anderen auch gegen deren Willen aufzuzwingen sind. [...] Die Kartellparteien unterstützen die Politik der USA, da diese ebenfalls Vertreter der Interessen der gemeinschaftsfeindlichen Interessen [sic!] der antisozialen Kapitalisten sind (S. 53).

Das Übel des volksfeindlichen Universalismus in der Bundesrepublik Deutschland wiederum geht auf linkskommunistische jüdische Intellektuelle zurück, wie der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel in seinen grundsätzlichen Ausführungen zu

„Wesen und Wollen der Dresdner Schule“ unter der Überschrift „Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation“ nahe legt: „Das heutige BRD-Establishment in Politik, Medien, und Kulturbetrieb ist das geistige Deformationsprodukt der Frankfurter Schule.“ Dabei wird das ‚Institut für Sozialforschung‘ in Gansels Darstellung zur „Frankfurter Giftküche“. Theodor W. Adorno und Max Horkheimer gelten ihm als Chefköche, die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht einmal zwei Jahrzehnte brauchten, um „eine ganze Studentengeneration mit ihrem Ideologiefraß zu füttern, ja fast zu mästen“ und die Deutschen unter „Dauereinsatz der Auschwitz-Keule“ der Demütigung preiszugeben.

3. Karl Richters Querfronten

Die NPD begreift sich im Gegensatz dazu als Lobby-Partei des ‚deutschen Volkes‘, allerdings in Interessengemeinschaft mit allen dezidiert antiuniversalistischen Aktivistinnen und Aktivisten. So erwägt Karl Richter, wissenschaftlicher Referent der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag, in der Deutschen Stimme mögliche Allianzen, die auch Konzessionen an den Aufenthalt von Muslimen in Deutschland beinhalten. Für Richter gilt daher das Motto: ‚Querfronten bilden‘, und zwar gegen die USA, insbesondere ‚die Ostküste‘, und Israel:

„Anzustreben ist der Schulterchluss nicht mit ‚Konservativen‘, Konservativ-Liberalen und anderen Kostgängern des etablierten Endzeitsystems, sondern mit Volkstreuen und Fundamentalisten, auch nichtdeutschen. Mit türkischen ‚Grauen Wölfen‘ und Aktivisten der islamischen ‚Hizb ut-Tabrir‘ verbindet uns partiell mehr als mit Kalten Kriegern von rechten Rand der Union, die nichts kapiert haben und sich immer noch vor den Wagen Wa-

shingtons spannen lassen. An der einen oder anderen Moschee im obnehin gesichtslosen Großstadtbiotop sollte die Kooperation nicht scheitern. Auch von multikulturellen Kindergärten und Schulklassen halten glaubensfeste Moslems viel weniger als pluralistisch vernagelte Ausländerbeauftragte und Integrationsfanatiker. Das ist gut so. Weder sollen muslimische Kinder in die westliche Wertewelt integriert werden noch europäische in die islamische. [...]

Mit Begriffen wie ‚rechts‘ und ‚links‘ sollte man zweckmäßigerweise nicht operieren. Die Fronten laufen längst quer durch die Lager. Ein gelungenes Beispiel dafür bietet das linke Internet-Forum ‚Kalaschnikow online‘ [...]. Verbündeter ist, wer gegen Globalisierung, US-Hegemonie und ‚westliche Werte‘ ist. Diese haben mit Freiheit und Gerechtigkeit nichts, sehr viel dagegen mit Ausbeutung, Ungerechtigkeit und Unfrieden zu tun. In der Ablehnung dieser Scheinwerte können sich überzeugte Abendländer, korantreue Moslems und der denkende Teil im Lager der Globalisierungsgegner die Hände reichen. [...] Die europäischen Rechtspopulisten haben ihren Teil darin verinnerlicht und spielen begeistert mit, zum Nutzen Washingtons, Israels, der Ostküste, aber nicht Europas. Damit muss Schluss sein. (Karl Richter: „Willige Vollstrecker der Globalisierung“, in: Deutsche Stimme 9/ 2003).

Auch im Aktionsprogramm der NPD werden unter der Überschrift „Multikulturelle Gesellschaft – multikriminelle Wirklichkeit“ die USA und Israel für die Gefährdung des Friedens weltweit verantwortlich gemacht:

„Eine ganz andere Art von krimineller Bedrohung durch den multikulturellen Wahnsinn der Herrschenden ist am 11. September 2001 offenbar geworden. Durch die bedingungslose Unterwerfung der herrschenden Politiker unter den Willen der USA, von BRD-Kanzler Schröder zur „bedingungs-

losen Solidarität“ schöngeredet, wird die BRD auch Angriffsziel derer, die weltweit unter den Folgen des US-Imperialismus zu leiden haben. Verschärfend wirkt in diesem Zusammenhang die Aggressions- und Vernichtungspolitik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk, an der von den Herrschenden in der BRD keinerlei Kritik geübt wird“ (S. 36).

4. Der „antiimperialistischer Antikapitalismus“ der NPD

Richters Aussagen wie auch die soeben zitierte Passage aus dem Aktionsprogramm charakterisieren den antiimperialistischen Antikapitalismus der NPD. Es werden die vermeintlich Verantwortlichen für das Fortwirken des globalisierten Kapitalismus identifiziert, d. h. Kapitalismuskritik wird personalisiert. Dabei bedient sich die NPD einer Antiestablishmentrhetorik, die auf der politischen Ebene alle anderen parlamentarischen Parteien dem Establishment zuschlägt. Dagegen gelten Deutsche sowie Migrantinnen und Migranten gleichermaßen als Opfer des globalisierten Kapitalismus, welcher vom politischen Establishment forciert werde. Die angesprochenen Momente finden sich verdichtet in einer Passage aus einer Rede des NPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Apfel zum Thema „Grenzen dicht für Lohndrücker“:

„Man zeige mir eine Regierung oder Opposition auf der Welt [...], die sich in ähnlicher Weise wie Sie um die Interessen fremder Völker bzw. zugewanderter Ausländer kümmert, um die Interessen des Volkes aber zuallerletzt. Mit Ausländerfeindlichkeit hat dies jedoch nichts, aber auch gar nichts zu tun. Natürlich können die Menschen in Osteuropa nichts für das von den Blockparteien angerichtete Desaster. Ich kann einem Ausländer nicht einmal verübeln, dass er die Freizügigkeit der BRD schamlos ausnutzt. Die Schuld, meine Damen und Herren, tragen nicht die Ausländer, sondern verantwortungslose Politiker mit ihrem Globalisierungswahn. Deutsche wie

Ausländer sind Opfer einer missratenen Politik, sie sind wie deutsche Arbeitnehmer machtlose Mädchen innerhalb der Logik des kapitalistischen Systems, dem „Terror der Ökonomie“, wie es die Buchautorin Viviane Forrester nannte“ (Plenarprotokoll 4/ 17).

Angesprochen werden zahlreiche Aspekte, die zusammen das völkische Ressentiment ethnopluralistischer Prägung ausmachen. Der Vorwurf der ‚Ausländerfeindlichkeit‘ wird explizit zurückgewiesen. Deutsche und Ausländer werden als Opfer der Politik der parlamentarischen Parteien angesehen, Kapitalismus wird letztlich zur Frage guter oder schlechter Politik, ohne in seiner immanenten Logik erfasst zu werden. Dieser Antikapitalismus ermöglicht auch den vagen Verweis auf die Globalisierungskritik der linksliberalen französischen Autorin Viviane Forrester (die, anstatt eine Kritik der politischen Ökonomie zu formulieren, lediglich den Neoliberalismus kritisiert). An anderer Stelle in besagtem Redebeitrag von Holger Apfel findet sich eine weitere Aussage, in der die Rhetorik der Fundamentalopposition und der Anspruch, den Volkswillen zu repräsentieren, offen zutage treten:

„Auch Ihre Versuche [angesprochen ist offenbar der Innenminister, B.C.], durch Diffamierung politisch Andersdenkender von Ihrer eigenen Politik abzulenken, werden die Menschen in unserem Lande durchschauen. Fakt ist, dass Sie und Ihre Gesinnungsfreunde der bürgerlichantifaschistischen Einheitsfront eine gesellschaftliche Pogromstimmung geschaffen haben, [...] in der jeder öffentlich an den Pranger gestellt wird, der mit einer zugelassenen demokratischen Partei nicht etwa sympathisiert, sondern ausschließlich auf wirtschaftlicher Ebene zusammenarbeiten möchte!“ (ebd.).

In beiden zitierten Passagen wird zur Delegitimierung der anderen parlamentarischen Parteien eine implizite Parallelisierung zwischen der ‚Nationalen Front‘ der DDR und dem heutigen bundesrepublikanischen Parteiensystem vorgenommen, indem Apfel von ‚den Blockparteien‘ bzw. der ‚bürgerlichantifaschistischen Einheitsfront‘ spricht. Die Opferrolle der NPD wird noch mehr zugespitzt, indem eine ‚gesellschaftlichen Pogromstimmung‘ gegenüber allen, die mit der NPD kooperieren, diagnostiziert wird. Nichtsdestoweniger formuliert Apfel jedoch ein Angebot an die anderen Parteien – und damit zumindest potentielle Volksgenossinnen und –genossen – gemeinsam im Sinne des „deutschen Volkes“ zu handeln:

„Lassen Sie uns aus Verantwortung für unser Volk – auch wenn es ihnen schwer fällt – gemeinsam daran arbeiten, den Druck vom deutschen Arbeitsmarkt zu nehmen, der heute wegen Lohndumping, Sozialabbau, und Scheinselbstständigkeit auf ihm lastet.“ (ebd.)

5. Zusammenfassung

Abschließend lässt sich sagen, dass die individuelle Bestimmung der Volkszugehörigkeit und der daraus folgende Ein- und Ausschluss gerade in Deutschland und gerade bei der NPD zum Wahn tendiert. Allerdings gelten „Ausländer“ für die NPD nicht ausschließlich als Täter: Sie werden zwar der Integrationsunwilligkeit beschuldigt, als Importeure von „Rassenkriegen“ und Konkurrenten um Arbeitsplätze und Wohnraum abgelehnt, aber blieben sie in ihren Herkunftsländern oder wären sie zur Rückkehr in ihre Heimat bereit, hätte die NPD an ihnen grundsätzlich nichts auszusetzen. Für die von der NPD diagnostizierte Misere des globalisierten Kapitalismus wird vielmehr das politische Es-

tablishment verantwortlich gemacht, welches versagt, Deutschland bzw. die einzelnen Bundesländer mittels „völkisch“ ausgerichteter Sozialpolitik vor den „Ausländern“ zu schützen. Die Entstehung dieses Establishments wiederum, welches abgesehen von der NPD sämtliche parlamentarische Parteien umfasst, wird dem Einfluss jüdischer Linksintellektueller zugeschrieben. Diese Tradition der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule ist es, der gegenüber sich die NPD in größtmöglicher Opposition sieht. In den Kategorien der NPD gesprochen, handelt es sich hierbei nicht, wie etwa bei der Mehrzahl der Landtagsabgeordneten, um mögliche deutsche Volksgenossinnen und -genossen, die es für die völkischnationale Sache zu gewinnen gilt. Ebenso wenig lassen sich in den Protagonisten der Kritischen Theorie gleichfalls antiuniversalistische Bündnispartnerinnen und -partner nicht-deutscher ‚Volkszugehörigkeit‘ oder nichtchristlicher Religionszugehörigkeit im Ringen um eine „Welt der tausend Völker“ sehen. Insofern ist der verkürzte Antikapitalismus der NPD fundamental antisemitisch geprägt, und birgt entsprechend ein nicht zu unterschätzendes Potential, über die soziale Frage auch antisemitisches Ressentiment zu aktivieren. Ihrem dezidierten Anti-Universalismus entsprechend positioniert sich die NPD zudem ablehnend gegenüber der als ‚Germanisierung‘ verurteilten Assimilation oder Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in die bundesdeutsche Gesellschaft. Allerdings ist es nötig, die Ablehnung von ‚Ausländern‘ seitens der NPD differenziert zu betrachten. Die Unterscheidung zwischen ‚deutschem Volk‘ und ‚Ausländern‘ ist für die nationaldemokratische Ideologie zwar grundlegend, aber keineswegs hinreichend. So gilt der dauerhafte Aufenthalt von Menschen mit Migrationshintergrund

in der BRD zwar zweifellos als unerwünscht, allerdings wird ihnen das Recht auf gleichrangige völkische Unabhängigkeit zugestanden. Teils wird ihnen sogar – wie etwa vom Parteivorsitzenden Udo Voigt – materielle Unterstützung im Falle der Rückkehr in ihre vermeintlichen Herkunftsländer in Aussicht gestellt. Entsprechend lässt sich sagen, dass die NPD Nicht-Deutschen durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, solange deren Denken und Handeln mit dem völkischen Prinzip korrespondiert.

III. Fazit

Christine Schickert

Die Schaffung eines imaginären Volkes: Verbindungen zwischen völkischer Sozialpolitik und Fremdenfeindlichkeit

Beide Texte zu These III verdeutlichen den engen Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Fremdenfeindlichkeit, der in der NPD-Ideologie besteht und den die Fraktion auch gebetsmühlenartig wiederholt.

Zwei Verbindungslinien treten deutlich hervor: zum einen wird Sozialpolitik zur reinen Bevölkerungspolitik uminterpretiert, sozial und familienpolitische Initiativen sind nur dann sinnvoll und erwünscht, wenn diese aktiv die Vermehrung des ‚Volkes‘ vorantreiben (oder die NPD-Fraktion zumindest glaubt, dass dies geschehen wird). Da das von der NPD-Fraktion imaginierte ‚Volk‘, wie im ersten Text ersichtlich, rassistisch gedacht wird, müssen für die NPD-Fraktion sozialpolitische Initiativen wie „Müttergeld“, „Kinderrente“ und „Ehekredit“ selbstverständlich auf Deutsche begrenzt bleiben. Diese Beschränkung nach Staatsbürgerschaft soll gleichzeitig dazu dienen, weitere Zuwanderung zu verhindern. Verschleiert wird dabei außerdem oft, dass der einzelne Deutsche für die NPD nichts zählt, sondern nur als Teil der Gemeinschaft wichtig wird.

Zu diesem in weiten Teilen eher implizit auftretenden Rassismus gesellt sich aber auch noch eine explizite Form, wie die Texte von Flam und Carius zeigt. Indem Menschen ohne deutsche

Staatsbürgerschaft pauschal unterstellt wird, nur nach Deutschland einzuwandern, um sich Sozialleistungen zu erschleichen, sie oft sogar als ‚Sozialschmarotzer‘ beschimpft werden, zeichnet die NPD-Fraktion ein negatives Bild von ‚dem‘ Ausländer, der nicht arbeiten will und dem es besser geht als den meisten Deutschen. Die NPD-Fraktion schürt bewusst Verteilungsängste und versucht mit demagogischer Hetze die Unsicherheit der Menschen, die der Umbau des Sozialstaates mit sich bringt, zu verstärken. Flam stellt treffend fest, dass die NPD-Fraktion die Debatte emotionalisiert und dämonisiert, um Ängste hervorzurufen oder zu verstärken. Sozialpolitische Forderungen werden häufig instrumentalisiert, um Ressentiments gegen Ausländer zu entfachen. Hier wird also eine zweite Verbindung zwischen Sozialpolitik und Fremdenfeindlichkeit deutlich.

Aber die fremdenfeindliche und rassistische Gesinnung der Fraktion geht weit über konkrete sozial- und familienpolitische Fragen hinaus, wie Flam und Carius zeigen: auch im EU-Diskurs, in Arbeitsmarktfragen und vielen anderen Punkten spielen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus eine mehr oder weniger offene Rolle in der Argumentation der sächsischen NPD-Fraktion. Alte Rassenideologien werden in der öffentlichen Rhetorik der Fraktion wiederbelebt. Nicht-Deutsche werden per se kriminalisiert, die multikulturelle Gesellschaft wird bevorzugt als „multikriminelle“ Gesellschaft bezeichnet und beschrieben.

Am Beispiel der Diskussion um das geplante Internationale Quartier in Leipzig wird ersichtlich, dass die NPD auch hier darauf abzielt, Furcht zu schüren, indem sie mit Verweis auf andere Orte in Europa Drohkulissen aufbaut. Dass diese Szenarien für

Sachsen vollkommen aus der Luft gegriffen sind, weil sich Sachsen in seiner Einwanderungsgeschichte fundamental von Paris oder Großbritannien unterscheidet, ist dabei vollkommen egal. Wie auch Flam und Carius feststellen, sind objektive Verhältnisse für die sächsische NPD-Fraktion unwichtig. Und noch etwas wird wieder deutlich: Auch wenn die NPD-Fraktion über das Zusammenleben von Deutschen und Nicht-Deutschen redet, verfällt sie in eine Gewinner-Verlierer-Rhetorik, in der, ähnlich wie in der Sozialpolitik, immer die Deutschen die Verlierer sind. Die Fraktion hat erkannt, dass diese Art des Diskurses durchaus erfolgreich sein kann, und versucht daher offensichtlich, ihn in verschiedenen Kontexten einzusetzen.

Beide Texte zeigen jedoch auch, dass die sächsische NPD-Fraktion nicht nur rechtsextrem, sondern auch zutiefst traditionell ist: in der Sozial und Familienpolitik trauert sie der „guten alten Zeit“ nach, wo Männer, Frauen und Kinder angeblich noch einen festen Platz in der Gesellschaft innehatten, auch das rassistische Weltbild der Fraktion strotzt vor alten fremdenfeindlichen Ideen, die vielerorts im rechtsextremen Lager schon längst überholt und durch subtilere Argumentationsstrategien ersetzt wurden. Neu ist allerdings bis zu einem gewissen Grad, dass man sich zumindest öffentlich für einen Ethnopluralismus stark macht und die freundschaftliche Verbundenheit mit anderen ‚Völkern‘ anstrebt, solange diese in ihren eigenen Landesgrenzen verbleiben. Aber selbst hier handelt es sich oft nur um Pseudogeschwätz, dass die fremdenfeindliche und rassistische Gesinnung der NPD-Fraktion verdecken soll. In konkreten Fällen

lehnen die Abgeordneten Versuche grenzübergreifender Zusammenarbeit normalerweise kategorisch ab.

Alle drei Texte zeigen weiterhin, wie phantasielos die NPD-Fraktion ihre Forderungen hervorbringt: trotz der thematischen Breite, mit der sie zwangsläufig im parlamentarischen Alltag konfrontiert wird und zu der sie sich äußern muss, handelt es sich bei allen Äußerungen doch immer nur um einige wenige menschenfeindliche Standardargumente, die sie ohne große Variation bei jeder Gelegenheit anbringt.

Die AutorInnen

Björn Carius, M.A. ist Germanist und befasst sich mit Fragen diskursiver Gruppenkonstitution. Er war bis vor kurzem Mitarbeiter des Forschungsprojekts *The European Dilemma: Institutional Patterns and Politics of 'Racial' Discrimination* (deutsches Teilprojekt unter Leitung von Prof. Dr. Helena Flam). Zur Zeit arbeitet er mit Melani Schröter an einem Einführungsband mit dem vorläufigen Titel "Zum politischen Gebrauch der Sprache" (voraussichtlich 2007).

Prof. Dr. Helena Flam ist Professorin für Soziologie an der Universität Leipzig. Sie hat an der Universität Lund (Schweden) und an der Columbia University studiert und u. a. an der Universität Uppsala sowie in Köln und Konstanz geforscht und gelehrt. Sie beschäftigt sich u. a. mit Fragen der Migration (in Kürze wird der Sammelband „Migranten in Deutschland: Statistiken - Fakten – Diskurse“ erscheinen). Von Ende 2002 bis Anfang 2006 war sie die verantwortliche Projektkoordinatorin für den in Leipzig durchgeführten deutschen Teilbereich des inzwischen abgeschlossenen EU-Forschungsprojekts *The European Dilemma: Institutional Patterns and Politics of 'Racial' Discrimination*.

Johannes Lichdi ist Abgeordneter des Sächsischen Landtages und innen- und rechtspolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Dr. Michael Kohlstruck ist Politikwissenschaftler. Er hat in Berlin studiert und leitet die Arbeitsstelle „Jugendgewalt und Rechtsextremismus“ am Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin. Diese Arbeitsstelle wird

seit 2001 kontinuierlich von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin (DKLB-Stiftung) finanziert. Schwerpunkte seiner Forschungen und Veröffentlichungen sind u. a. Fragen rechtsextremer Jugendkultur und der Geschichtspolitik. Vor kurzem hat er zusammen mit Andreas Klärner den Sammelband „Moderner Rechtsextremismus in Deutschland“ (Hamburg 2006) herausgegeben.

Prof. Dr. Michael Minkenberg ist Professor für vergleichende Politikwissenschaft an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. Er hat u. a. in Heidelberg und Washington DC studiert und an den Universitäten Göttingen und Heidelberg, Cornell University und New York University unterrichtet. Zu den Schwerpunkten seiner Forschungen und Publikationen gehören vergleichende Untersuchungen zum Rechtsradikalismus in den USA und in Europa und zu Fragen von Migration und Fremdenfeindlichkeit, z. B.: "Radikale Rechte und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland und Polen. Nationale und europäische Perspektiven", hrsg. zusammen mit Dagmar Sucker und Agnieszka Wenninger (Berlin 2006).

Christine Schickert ist Amerikanistin und studentische Mitarbeiterin der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag.

Achim Wesjohann ist Parlamentarischer Berater und Grundsatzreferent der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag.